

P R O T O K O L L

über die 51. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 13. Dezember 1984, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsi

Rudolf Steinmaßl

Manfred Wallner

Johann Zöchling

Ernst Platzer

Erna Probst

Josef Radler

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Erwin Schuster

Ing. Othmar Schloßgangl

Ernst Seidl

Franz Steinparzer

Otto Tremi

Dkfm. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Helmut Hanzlik

Walter Heumann

Karl Hochrather

Karl Holub

Rupert Humer

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Ottillie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenats-

rat Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Dr. Kurt Schmidl

Senatsrat Dr. Kurt Wabitsch

OMR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Direktor TOAR. Ing. Wolfgang Wein

Oberamtsrat Helmut Riedler

Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK. Dr.

Gerhard Alphasamer

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

K-1377/84	Ankauf des Ölbildes "Steyr - Motiv im Winter" von Prof. Dr. Friedrich Thiemann.
Bau3-2721/80	Ausbau der Wolfener Landesstraße "Baulos Steyr"; zusätzliche Bewuchsschädigung an Herrn Karl Grims.
En-6272/83	Errichtung der Straßenbeleuchtung Wolfener Straße; Ankauf eines Straßenbeleuchtungsverteilers.
GHJ1-7483/84	Ankauf eines Schallmeßgerätes.
Ha-7158/84	Fertigstellung des Hortes Resthof; Miete und Baukostenbeitrag für miteinbezogene Abstellfläche.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- | | |
|--------------------|--|
| 1) GemXIII-6494/84 | Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr;
Novellierung. |
| 2) Ha-4444/84 | Voranschlag 1985. |
| 3) Ha-4444/84 | Voranschlag 1985; Beschluß einer Kreditsperre. |
| 4) Präs-1137/84 | Bezugsregulierung 1985. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- | | |
|------------|---------------------------------------|
| 5) K-19/84 | Fassadenaktion 1984 - III. Abschnitt. |
|------------|---------------------------------------|

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- | | |
|-----------------|--|
| 6) GHJ1-7673/84 | Ankauf einer Waschmaschine und eines Wäschetrockners
für das ZAH. |
|-----------------|--|

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- | | |
|-----------------|--|
| 7) Bau3-1240/81 | Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße; Entschädigung
für Grundeinlöse, Bewuchs und diverse Bauten sowie
der Honorarnoten für die Sachverständigen. |
|-----------------|--|

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- | | |
|------------------------------|--|
| 8) ÖAG-7206/84
Stadtwerke | Ankauf eines Steyr-Stadtbusses für den städtischen Ver-
kehrsbetrieb. |
|------------------------------|--|

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- | | |
|-----------------|---|
| 9) Bau3-1501/72 | Baulos Märzenkellerumfahrung; Eisenstraße km 20.69 bis
km 22.53; Kostenbeitrag der Stadt Steyr - Schlußzahlung;
Ergänzung zum GR-Beschluß vom 2. 4. 1981. |
|-----------------|---|

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- | | |
|--------------------------------|---|
| 10) ÖAG-6141/76
ÖAG-1419/84 | Verkauf eines weiteren Gewerbegrundstückes an Günther
Hittinger und eines Gewerbegrundstückes an die Firma
Braunschmied GesmbH. |
|--------------------------------|---|

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die letzte Sitzung des Gemeinderates im heurigen Jahr und darf Sie dazu herzlich begrüßen. Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß und zeitgerecht einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich bitte die Kollegen Franz Mayr und Friedrich Reisner um Übernahme der Protokollprüfung für diese Sitzung. Beide haben diesem Vorschlag zugestimmt. Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich Kollege Stadtrat Feuerhuber und ich darf seine herzlichsten Grüße übermitteln. Ich habe gestern mit seiner Gattin gesprochen, er befindet sich noch im Krankenhaus, ist aber auf dem Wege der Besserung, seine Genesung macht sichtliche Fortschritte. Es ist zu hoffen, daß er das Weihnachtsfest zu Hause verbringen kann. Ich habe mir erlaubt, ein Billett mit Genesungswünschen zu kaufen und bitte Sie alle, dieses zu unterschreiben.

Zum Punkt Anfragen darf ich mitteilen, daß mir solche nicht vorliegen.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einige akute Dinge zur Kenntnis bringen. Am Freitag, 7. Dezember, waren einige Herren der BMW-Motorenengesellschaft unter Leitung von Assessor Doppelfeld bei mir und haben mitgeteilt, daß im Werk Steyr eine personelle Änderung eingetreten ist. Generaldirektor Dr. Büchelhofer wird ab Jänner 1985 nach München berufen, an seine Stelle wird Herr Dipl. Ing. Hans Joachim Lucae aus München treten. Außerdem wurde Herr Dkfm. Walter Durchschlag zum 2. Vorstand der BMW-Motorenwerke Steyr ernannt. Es war bereits der neue Vorstandsleiter Lucae in dieser Delegation im Rathaus anwesend und auch Herr Generaldirektor Büchelhofer. Generaldirektor Büchelhofer fällt der Abschied aus Steyr, den Eindruck habe ich gehabt, sichtlich schwer, denn er hat ja hier sein Familienleben und seinen Freundeskreis eingerichtet. Für ihn ist das eine Beförderung und eine ehrenvolle Berufung, ich glaube aber, - das habe ich auch zum Ausdruck gebracht - daß auch wir seitens der Stadt Steyr sein Ausscheiden aus dem Werk Steyr bedauern. Ich habe ihm den herzlichsten Dank des gesamten Gemeinderates für die gute Zusammenarbeit übermittelt.

Meine Damen und Herren, wie immer darf ich auch einige kurze Sätze zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt anbringen. Im November zeigte unser Arbeitsmarkt die erwartete Kontinuität. Allgemein gesehen ergeben sich gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Veränderungen. Es ist sogar im Vergleich eine etwas geringere Arbeitslosigkeit feststellbar. 869 Männer und 807 Frauen waren Ende November 1984 beim Arbeitsamt Steyr vorgemerkt. Es ist wohl eine absolute Zunahme im Vergleich zum Vormonat um 64, aber es ist relativ gesehen im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung, eine geringfügige Verbesserung, eingetreten. Dabei ist bemerkenswert, daß bei den weiblichen Vorgemerkten ein absoluter Rückgang von 16 zu beobachten ist, diese Entwicklung dürfte sicher darauf zurückzuführen sein, daß gerade auf dem Sektor der Dienstleistungsbereiche in der vergangenen Zeit in Steyr doch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Ich denke dabei an die verschiedenen Betriebsgründungen in unserem Bereich. Interessant, das möchte ich Ihnen auch nicht verhehlen, ist die Entwicklung und die Struktur der neu aufgenommenen Kräfte in den Steyr-Werken und ich darf kurz darauf hinweisen. Es haben nach Beendigung der Kurzarbeit im Werk Steyr Aufnahmen stattgefunden, und zwar in den Monaten September, Oktober und November 1984 wurden insgesamt 585 Aufnahmen in den Steyr-Werken getätigt und hier sind einige interessante prozentuelle Zahlen festzustellen. Es sind 63 % der Aufgenommenen aus dem Bereich unserer Stadt, aus der Gemeinde Steyr, und 37 % sind Pendler von auswärts. Beruflich gesehen sind 41 Prozent Facharbeiter und 59 Prozent angelernte Kräfte aufgenommen worden. Bereits im Werk waren 35 %, also nur 35 Prozent muß man hier sagen und noch nie im Werk 65 %. Vor der Aufnahme waren 37 % arbeitslos und 63 in Beschäftigung. Das ist eine Zahl, die äußerst interessant ist, denn eigentlich müßte man bei einer so hohen Zahl von 600 Kräften meinen, daß diese Aufnahmen doch zu einer Belebung des Arbeitsmarktes in größerem Maß führen könnten. Das ist aber nicht der Fall. Die Aufnahmen, die aus Beschäftigungsverhältnissen erfolgten, sind offensichtlich nicht ersetzt worden in den anderen Wirtschaftszweigen. Das muß ich hier sagen. Es ist äußerst interessant, daß wir diese Zahlen haben und ich muß

dafür herzlich danken. Ich glaube aber auch, daß man sieht aufgrund der Steyrer und Pendler, – dieses Problem haben wir auch mit dem BMW-Werk – daß doch größtenteils Steyrer Bürger bei den Aufnahmen berücksichtigt werden, es waren immerhin 63 % der Aufnahmen Steyrer.

Ich möchte Ihnen noch eine Mitteilung machen, die für Sie ziemlich neu sein dürfte. Seitens des Vorstandes der Steyr-Werke wurde mitgeteilt, daß der Beschluß gefaßt wurde, die neue Lehrwerkstätte zu errichten, und zwar in einer Größenordnung, die über den Bedarf des Werkes hinausgeht, also in einer Form, wie wir sie uns als Stadt immer vorgestellt haben, daß dort mehr Lehrlinge untergebracht werden können. Der Investitionsaufwand für diesen Bau wird voraussichtlich 45 Millionen umfassen und es werden Ausbildungsplätze für 300 oder 350 Lehrlinge dort geschaffen. Wir werden sicherlich heute noch im Zuge unserer Beratungen zum Budget auch zu diesem Punkt noch Stellung nehmen. Ich glaube jedenfalls, daß das bestimmt ein erfreulicher Aspekt ist.

Soweit meine Mitteilungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen, auch die Mitarbeiter der Presse und im besonderen die Mitglieder des Rundfunks, hier zu begrüßen. Wie immer um diese Zeit geht es bei einem der Punkte – es sind ja noch andere Punkte aufgenommen in der heutigen Tagesordnung – um die Erstellung des Budgets für das Jahr 1985. Ich glaube, daß diese Sitzung schon aus diesem Grund sicher eine der wichtigsten Sitzungen im Laufe eines Jahres ist. Das ist nicht nur bei uns in Steyr so, sondern auch in jeder anderen Gemeinde.

Weiters bitte ich Sie um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates. Hier darf ich Ihnen sagen, daß die Unterlagen vor den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder ergangen sind. Eine Auflistung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich bitte Sie gemäß § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes um Kenntnisnahme dieser Beschlüsse.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und ich darf als ersten Redner Kollegen Wippersberger zum Rednerpult bitten.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen insgesamt 4 Anträge zu unterbreiten. Der erste beschäftigt sich mit der Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr. Sie kennen den etwas umfangreichen Amtsbericht und ich glaube, ich kann es mir ersparen, diesen vorzulesen und darf mich daher mit der Verlesung des Antrages begnügen.

1) Gem-XIII-6494/84

Kanalbenützungsgebührenordnung der
Stadt Steyr; Novellierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. 11. 1984 wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt. (BEILAGE)

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben diesen Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Schloßgangl bitte.

GEMEINDERAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zur vorgeschlagenen Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung möchte ich anregen, daß man die Gebühr für großflächige Hallen und Werkstättengebäude entsprechend anpaßt, so daß diese nicht voll zur Leistung herangezogen werden. Bisher

war es so, daß die im nachhinein um Ermäßigung der Gebühren angesucht haben und im Zuge einer Gewerbeförderung diese auch erhalten haben. Ich bitte, dies bei der Novellierung zu berücksichtigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Wünscht der Referent ein Schlußwort dazu?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Schloßgangl, wir können natürlich die Anregung aufgreifen, aber es ist heute keine Beschlußfassung möglich, wir werden uns zu einem anderen Zeitpunkt noch darüber unterhalten müssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Ist jemand dagegen oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall, somit einstimmig beschlossen.
Wir kommen zum nächsten Punkt, zum Voranschlag 1985.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, daß ich die nächsten beiden Anträge, das Budget 1985 und den Zusatzantrag bezüglich der Kreditsperre, auch diesmal wieder in einem behandle.

Der Haushaltsvoranschlag für 1985, der Ihnen vorliegt und über den wir heute zu entscheiden haben, dient wie jeder Voranschlag als Grundlage für unsere Arbeit im kommenden Jahr. Er ist nicht nur eine Absichtserklärung über Art und Umfang in unserer für 1985 geplanten Tätigkeit, er veranschaulicht auch unsere Finanzsituation und gibt auch Aufschluß über die allgemeine Wirtschaftslage, in der wir uns befinden. Mußte ich bei meiner Budgetrede im vergangenen Jahr die Feststellung treffen, daß sich die Wirtschaftslage im Jahre 1983 bedauerlicherweise nicht verbessert, sondern eher verschlechtert hat, so kann ich nunmehr heute feststellen, daß in diesem Jahr, besonders in der zweiten Jahreshälfte, die Lage sich etwas gebessert hat. Eine Tatsache, die ich schon beim Nachtragsvoranschlag 1984 zum Ausdruck brachte und die ich heute erfreulicherweise unterstreichen kann. Die Beendigung der Kurzarbeit in den Steyr-Werken und die Einstellung von mehr als 600 Leuten in diesem Betrieb in den letzten Monaten sowie Personaleinstellungen bei BMW und die Eröffnung einiger Großhandelsbetriebe haben doch zu einer leichten Entlastung am Arbeitsmarkt und zu einer Belebung unserer Wirtschaft geführt. Diese Tatsachen haben für uns als Gemeinde zu erfreulichen Mehreinnahmen besonders bei der Gewerbe- und Lohnsummensteuer geführt und so dürfen wir doch mit etwas mehr Optimismus als im vergangenen Jahr in das kommende Jahr blicken. Darüber hinaus bringt uns als Stadt der zwischen Bund, Land und Gemeinden im September dieses Jahres abgeschlossene neue Finanzausgleich zwar keine zusätzlichen riesigen Ertragnisse, aber doch, wenn auch in einem bescheidenen Umfang, Mehreinnahmen von etwa 4 bis 5 Mill. Schilling. Der Haushaltsvoranschlag für 1985 zeigt diese Tatsachen auf, er ist ein von vorsichtigem Optimismus geprägtes Spiegelbild der jüngsten für uns doch etwas erfreulichen Entwicklung unserer Wirtschafts- und Finanzlage. Natürlich sind wir damit noch lange nicht aller unserer finanziellen Sorgen enthoben, wir müssen uns auch weiterhin nach der Decke strecken und können auch weiterhin nicht alle Wünsche, die an uns herangetragen werden, erfüllen. Im Gegenteil, wir müssen auch im kommenden Jahr ein größeres Darlehen aufnehmen, um nur die wichtigsten, die notwendigsten Aufgaben, die wir uns für 1985 vorgenommen haben, erfüllen zu können. Wir dürfen aber dabei keinesfalls den Bogen überspannen, mehr Schulden machen, als unbedingt notwendig, denn Schulden müssen mit Zinsen und Zinseszinsen zurückbezahlt werden und sind, wie ich schon einmal hier ausführte, eine Hypothek für die Zukunft, für jene, die nach uns kommen. Die Beratungen und Verhandlungen zur Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1985 gestalteten sich daher auch diesmal kaum minder schwierig und wir mußten in fast allen

Bereichen berechnete Anliegen zurückstellen. Wir haben den gesamten Voranschlag gewissenhaft, Position für Position, behandelt und durchbesprochen und ich bitte Sie um Ihr Verständnis, wenn der eine oder andere Wunsch, der Ihrerseits vorgetragen wurde, nicht oder nicht in vollem Umfang berücksichtigt werden konnte. In Anbetracht der noch immer für uns sehr angespannten Finanzlage war dies leider nicht anders möglich. Die Wünsche eilen den finanziellen Möglichkeiten voraus.

Eine Zuführung von Mitteln aus dem ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen Haushalt ist wieder nicht veranschlagt, doch könnte, wie zuvor schon von mir erwähnt, eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage zu Zuführungsbeträgen an den aoH führen. Auch für 1985 ist beim aoH wieder ein Abgang, wenn auch etwas niedriger angesetzt als im Budget 1984, im Voranschlag ersichtlich, nämlich rund 23,7 Millionen Schilling. Ein sehr erheblicher Teil auf der Einnahmenseite beim aoH ist ähnlich wie in diesem Jahr, die Aufnahme eines Kredites im Gesamtausmaß von S 44 Mill., und zwar bei den Geldinstituten und S 4 Mill. als zinsbegünstigtes Darlehen seitens des Wasserwirtschaftsfonds. Den Betrag von S 23,7 Mill. hoffen wir durch Mehreinnahmen aufgrund einer weiteren Konjunkturbelebung im kommenden Jahr und durch Bedarfszuweisungen von Bund und Land abdecken zu können. Sollte dies nicht möglich sein, müssen wir versuchen, auf der Ausgabenseite zu Einsparungen zu kommen. Eine Darlehensaufnahme über die im Budget vorgesehene Summe hinaus halte ich – das möchte ich nochmals unterstreichen – für sehr problematisch, da dies die Haushaltspläne der folgenden Jahre in einem kaum mehr vertretbaren Maße negativ beeinflussen würde. Der Schuldenstand wird mit Ende dieses Jahres auf insgesamt S 447 Mill. ansteigen und der für das Jahr 1985 anfallende Schuldendienst, Schuldentrückzahlung plus aufgelaufener Zinsen, S 48,8 Mill. betragen. Der Pro-Kopf-Schuldendienst wird sich demnach auf S 1.255,- belaufen. Der Grad der Verschuldung wird durch die im Budget vorgesehene Darlehensaufnahme, gemessen an den Einnahmen des OH, also an der für die Genehmigungspflicht ausschlaggebenden Komponente, auf 9,4 % ansteigen. Das mag im Vergleich zu anderen Städten unseres Landes noch immer sehr günstig erscheinen. Man muß bei diesen Betrachtungen, um zu einer echten Entscheidung zu kommen, auch die jeweilige Finanzkraft der Städte miteinander vergleichen und in diesem Vergleich liegen wir leider weniger günstig. Sehr negativ und nachhaltig wurden unsere Einnahmen, wie schon früher mehrmals erwähnt, bekanntlich durch das Ergebnis der Volkszählung 1981 beeinflusst. Dazu kommt, daß unsere Wirtschaftslage allzu sehr von der Beschäftigungs- und Wirtschaftslage eines Großunternehmens, den Steyr-Werken, abhängig ist. Auch das sollten wir bei allen unseren Überlegungen nicht übersehen.

Nach diesen einleitenden grundsätzlichen Feststellungen erlauben Sie mir nun, den Haushaltsplan für das kommende Jahr etwas näher zu beleuchten, ohne dabei allerdings allzu sehr in Details einzugehen.

Das Gesamtbudgetausmaß liegt auf der Ausgabenseite, oH und aoH zusammen, bei S 633,187.000,- und kann, ähnlich wie der Haushaltsvoranschlag des Vorjahres, als sparsam und realistisch bezeichnet werden. Er liegt nur im knapp S 34 Millionen, das sind rund 5,7 % höher als der Voranschlag 1984 und damit etwas über der Teuerungsrate im nunmehr zu Ende gehenden Jahr. Ein Vergleich mit dem Rechnungsabschluß 1983 hinkt. Der Rechnungsabschluß 1983 weist Gesamtausgaben in der Höhe von S 635,128.000,- aus, und war damit um rund 2 Mill. Schilling höher als der Voranschlag 1985. Der Rechnungsabschluß 1983 sagt aber auch aus, warum das geschehen ist. Wir haben zusätzliche große Grundankäufe getätigt, die normalerweise nicht zu tätigen sind, das war der Grund, warum der Budgetrahmen 1983 so stark ausgedehnt wurde. Dennoch werden auch vom Budget 1985 wieder sehr wertvolle Impulse für unsere Wirtschaft ausgehen, denn von den S 633,2 Millionen an Gesamtausgaben sind S 243,4 Mill. für Investitionen und Investitionsförderungen vorgesehen. Rechnet man zu diesem Betrag ferner die Investitionen der Stadtwerke im Ausmaß von S 21,2 Millionen des Reinholdungsverbandes in der Höhe von S 97,3 Millionen und der Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr in der Höhe von S 62,5 Millionen, so ergibt das ein Gesamtausmaß an Investitionen von rund S 424,4 Millionen.

Die Stadt Steyr betreibt demnach 1985 in verstärktem, kaum jemals zuvor dagewesenem Ausmaß Investitionspolitik, um bestehende Arbeitsplätze abzusichern und neue zu-

sätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Ein sehr erheblicher Teil dieser Mittel, nämlich insgesamt rund 145,1 Millionen, wird für Maßnahmen des Umweltschutzes, wie Kanalisation, Fertigstellung der Großkläranlage und Sanierung unserer Mülldeponie, um nur die größeren Ausgabenkosten davon zu erwähnen, ausgegeben.

Noch nie zu vor in der Geschichte unserer Stadt ist auf diesem Gebiet so viel geschehen als derzeit geschieht, sind derart große Mittel hierfür eingesetzt worden. Das sei hier einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen.

Und nun zu den einzelnen Kapiteln:

Der ordentliche Haushalt ist mit Einnahmen und Ausgaben von je S 522,291.000,- ausgeglichen und weist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um rund S 29,6 Millionen, das sind 6 %, auf. Der oH hat demnach prozentmäßig eine etwas größere Ausweitung erfahren als der Gesamthaushalt. Begründet auf der Einnahmenseite durch eine günstigere Einnahmenentwicklung, vor allem aufgrund einer etwas besseren Wirtschaftslage und durch den neuen Finanzausgleich und auf der Ausgabenseite durch erhöhte Pflichtausgaben, insbesondere am Personalsektor, durch einen erhöhten Personaleinsatz hervorgerufen. Von den Gesamteinnahmen stammen 72,2 %, d. s. S 376,9 Millionen, aus eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen. Im einzelnen rekrutieren sich diese Einnahmen, um nur die wichtigsten Posten zu erwähnen, wie folgt:

Die Bundesertragsanteile einschließlich der Unterschiedsbeträge gemäß dem FAG mit S 182 Millionen an der Spitze, gegenüber dem Voranschlag 1984 ein Plus von S 7 Mill. Die zweitwichtigste Einnahmenquelle ist die Lohnsummensteuer. Sie wurde aufgrund der besseren Beschäftigungslage von 62 auf 67 Mill. angehoben. Ähnlich die Gewerbesteuer, die von 30 auf 35 Mill. erhöht werden könnte. Als nächstes folgen die Kanalbenutzungsgebühr mit rund S 28 Mill., die Getränkesteuer mit S 18,8 Mill. und die Grundsteuer B mit S 17,7 Millionen.

Die Müllabfuhrgebühr wurde mit S 8,1 Millionen unverändert gelassen. Es ist derzeit keine Gebührenerhöhung vorgesehen, obgleich aufgrund des neuen Vertrages mit der Fa. Hasenöhrl wir in diesem und im nächsten Jahr mit einem stärkeren Defizit bei der Müllabfuhr rechnen müssen. Dann folgt auf der Einnahmenseite die Benutzungsgebühr für Gemeindeeinrichtungen und Anlagen, OKA mit 6,5 Millionen. Für Kanalanschlußgebühr insgesamt S 4 Millionen, für Abgaben für Gebrauch von öffentlichem Gut S 2,9 Millionen, für Verwaltungsabgaben und Lustbarkeitsabgabe jeweils S 1,7 Millionen, um nur die wichtigsten und größeren Einnahmenposten zu erwähnen.

Und nun zu den Ausgaben:

Die Ausgabenseite des oH ist gekennzeichnet durch eine überdurchschnittlich große Ausweitung der Personalkosten, auch das habe ich bereits angedeutet. Gegenüber dem Budget 1984 mit S 178,9 Millionen mußte das Personalbudget um S 1,43 Millionen auf 193,2 Millionen, das sind 7,9 %, angehoben werden. Diese enorme Ausgabensteigerung hat ihre Ursache in der Ausdehnung der Pflegeabteilung im ZAH und der Inbetriebnahme der zentralen Kläranlage. Insgesamt werden die Personalkosten einschließlich sämtlicher Pensionen und Ruhebezüge und der Aufwandsentschädigungen bei 230,9 Millionen zu liegen kommen. Für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand werden 137,6 Millionen erforderlich sein, das ist lediglich eine Steigerung um 3,6 %. Für die Tilgung von Darlehen für Investitionszwecke S 15,4 Millionen, ein Plus von S 4,6 Millionen. Die Gesamthöhe des Schuldendienstes, Schuldenrückzahlung plus Zinsen, werden, wie schon von mir erwähnt, insgesamt S 48,8 Millionen betragen. Die Kapitaltransferzahlungen wurden mit S 71,526.000,- etwas niedriger angesetzt als im Budgetjahr 1984. Hier kommen die etwas geringere Landesumlage und der geringe Beitrag zum Krankenanstaltsbeitrag zum Tragen. Die Landesumlage wurde mit S 17,5 Millionen und unser Beitrag zum Krankenanstaltensprengel mit S 16,1 Mill. veranschlagt. Das ist nicht unerheblich weniger als wir für das Budget 1984 veranschlagen mußten, aber in Anbetracht unserer Finanzlage noch immer eine starke Belastung unseres Haushaltsvoranschlages. Die Forderung nach gänzlicher Streichung der Landesumlage steht nach wie vor im Forderungsprogramm des Städtebundes. Die Verwirklichung, vor allem der Zeitpunkt der Verwirklichung dieser Forderung, ist aber derzeit nicht absehbar. Fest steht, daß wir im kommenden Jahr rund S 51,5 Mill. an das Land abführen müssen, das ist ein Mehrfaches jener Gelder, die wir vom Land im kommenden Jahr an Finanzzuweisungen und Zuschüssen bekommen werden.

Den größten Zuschußbedarf beim oH, nämlich S 28,5 Mill., rufen die Schulen und an zweiter Stelle, schon knapp dahinter, liegt mit 24,2 Mill. der Zuschußbedarf für unser ZAH, das sich immer mehr zu einem Altersspital entwickelt. Wir werden auf Sicht gesehen, wenn diese Entwicklung weiterhin anhält, diese enormen Kosten nicht mehr alleine tragen können, wir brauchen dazu die tatkräftige finanzielle Unterstützung seitens des Landes und des Bundes, um damit fertig zu werden. Unsere Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte erfordern einen Zuschußbedarf von S 15,8 Mill.

Auch dazu wäre einiges zu sagen:

Die Feststellung des Landes, ohnedies 75 % der Personalkosten für den Betrieb der Kindergärten zuzuschießen, sieht real gesehen ganz anders aus. Es belaufen sich die gesamten Personalkosten in diesem Jahr für uns auf S 21,3 Mill. Die Vergütung, die wir vom Land hierfür bekommen, beträgt aber lediglich S 5,7 Millionen. S 10,5 Millionen erfordert die Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes. S 7,2 Millionen die Straßenbeleuchtung, 7,1 Millionen benötigen wir für die Park- und Gartenanlagen, S 3,5 Millionen für unser Theater, S 3,6 Millionen für den städtischen Wirtschaftshof, S 2,2 Mill. für unsere städtische Bücherei, S 1,9 Mill. für die Volkshochschule und etwas über S 2 Mill. für die Freiwillige Feuerwehr.

Die Müllbeseitigung wird einen voraussichtlichen Zuschußbedarf von S 1,4 Mill. benötigen, das Heimathaus erfordert S 1,3 Mill. und ein etwa ebenso hoher Betrag wird für die Erhaltung von Wohn- und Geschäftsgebäuden erforderlich sein. Für die Neuasphaltierung von Straßen sind S 5,5 Mill. und als Beitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung S 7,8 Mill. vorgesehen.

Und nun zum außerordentlichen Haushalt:

Er weist Einnahmen in der Höhe von S 87,2 Mill. und Ausgaben im Ausmaß von S 110,9 Mill. auf, das entspricht einem Abgang von S 23,7 Mill. Dieser Abgang könnte aber, ich habe das bereits erwähnt, durch eventuelle Mehreinnahmen aufgrund einer stärkeren Konjunkturbelebung und durch Zuweisungen und Zuschüsse seitens des Landes und des Bundes abgedeckt werden. Die Einnahmen des aoH im Gesamtausmaß von S 87,2 Mill. verstehen sich wie folgt:

S 44 Mill. als Kreditaufnahme, davon S 4 Mill. aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds, S 19 Mill. hoffen wir aus den Verkäufen von Grundstücken und Häusern hereinzubekommen und S 12,8 Mill. als Kapitaltransferzahlungen seitens des Bundes und des Landes. Schließlich ein Betrag von S 11,4 Mill. aus der Rücklagenentnahme, im wesentlichen Rücklagenentnahmen aus noch nicht verbrauchten Darlehen. Der aoH weist wie immer auf der Ausgabenseite eine ganze Reihe Zwangspunkte auf, wie z. B. Restzahlungen für bereits abgeschlossene Bauvorhaben (z. B. Kanalbau in Münchenholz oder Kanalbau in der Tomitzstraße mit insgesamt S 5,7 Mill.) und die Fortsetzung bereits begonnener Bauvorhaben, z. B. der Straßenabstieg in den Wehrgraben mit S 21 Mill., die Leichtathletikanlage auf der Rennbahn mit S 8 Mill., um nur einige dieser Zwangspunkte in Erinnerung zu rufen. Ein weiterer Zwangspunkt, eine Ausgabe, über die wir sicherlich im kommenden Jahr nicht hinwegkommen werden, ist auch die Sanierung unserer Mülldeponie, für die wir S 10 Mill. veranschlagt haben. Die größte Ausgabenpost stellt auch nächstes Jahr wieder der Straßenbau mit insgesamt S 41 Mill. dar, davon – wie bereits von mir erwähnt – S 21 Mill. für den Straßenabstieg in den Wehrgraben, S 4 Mill. für den Teilausbau der Steiner Straße, S 3 Mill. für den Ausbau der Reindlgutstraße, S 3 3/4 Mill. als Gemeindebeitrag für den Ausbau von Bundes- und Landesstraßen, S 3 Mill. für Straßenbaumaßnahmen zur Erschließung der Mühlbauer- und Grubergründe, S 1,2 Mill. für Rad- und Wanderwege, je S 500.000,- für Straßenbaumaßnahmen im Wehrgraben und im Resthof und schließlich S 3 Mill. für die Direktionsbrücke im Wehrgraben. Für Maßnahmen des Umweltschutzes im aoH sind S 42,5 Mill. vorgesehen, davon 11,3 Millionen für den weiteren Ausbau des städtischen Kanalnetzes, S 10 Mill. für die bereits erwähnte Sanierung der Mülldeponie, eine halbe Million für Sanierungsmaßnahmen im Schloßpark und S 0,75 Mill. als zweite Rate für den Ankauf eines neuen Müllfahrzeuges. Neu in das Budget wurde für Maßnahmen des Landschaftsnaturschutzes ein Betrag von S 1 Mill., daneben ist auch wieder ein Betrag von S 300.000,- für Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen. Für den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden sind

5,5 Millionen vorgesehen, für die Altstadterhaltung und Denkmalpflege sind insgesamt S 6,3 Millionen und für Museumszwecke, Schloßmuseum und Museum Arbeitswelt S 3,7 Millionen vorgesehen. Ein Betrag von S 4,5 Millionen für Wohnbauförderung und 3 Mill. für den weiteren Ausbau der Pflegeabteilung unseres Zentralaltersheimes. Zum Zwecke der Wirtschaftsförderung, die von Gesetzes wegen keine Gemeindeangelegenheit ist, haben wir trotz der sehr angespannten Finanzlage für 1985 den Betrag von S 6 Mill. erhöht und liegt damit um 1/3 höher als im Budgetjahr 1984 präliminiert war. In dieser Summe ist erstmals auch ein Betrag von S 1 Mill. als Zuschuß für den Neubau einer über den Bedarf der Steyr-Werke hinausgehenden Lehrwerkstätte vorgesehen. Hier sind unsere Meinungen nicht konform mit jenen des Landes. Wir sind der Auffassung, daß möglichst vielen jungen Leuten die Chance einer Berufsausbildung gegeben werden soll, um junge Menschen nicht von vornherein zu Hilfsarbeitern zu stempeln.

Ein Betrag von insgesamt S 14,4 Mill. ist für das Kapitel Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft vorgesehen. Die größte Summe davon, nämlich S 8 Mill. für den weiteren Ausbau der Leichtathletikanlage auf der Rennbahn, und 2 Mill. als erste Rate für die Überdachung der Kunsteisbahn. Weiters S 500.000,- für die Schaffung einer Freizeitanlage im Resthof und S 300.000,- für eine ähnliche Einrichtung im Wehrgraben. Eine Summe von S 3,1 Mill. ist für die Ausweitung der BHAK und der Frauenberufsschule vorgesehen und eine halbe Million für die Errichtung eines Volksbildungszentrums im Gebäude der derzeitigen Frauenberufsschule. Schließlich sei aber auch noch das Feuerwehrwesen erwähnt. Hiefür sind insgesamt Ausgaben in der Höhe von S 1,3 Mill. aus den Mitteln des aOH vorgesehen. Der Neubau des Feuerwehrzeugdepots in Münchenholz fällt daher nicht allzu sehr budgetmäßig ins Gewicht, ist lediglich mit S 100.000,- präliminiert, da diese Zeugstätte bekanntlich im Leasingverfahren errichtet wird. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mitbeschlossen mit dem Voranschlag wird auch gleichzeitig der Wirtschaftsplan der Stadtwerke und der Voranschlag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Der Erfolgsplan für die Stadtwerke sieht für 1985 Gesamtaufwendungen im Ausmaß von S 117,1 Mill. vor. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn sind Gemeindegzuschüsse im Ausmaß von S 6,1 Mill. veranschlagt. Insgesamt sieht dieser Finanzplan Investitionen im Gesamtausmaß von 21,2 Millionen vor. Davon S 6,4 Mill. für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes, 3 Mill. für die Errichtung eines Großbrunnens in Tinsting, 4,6 Millionen für den Ausbau des Gasnetzes und 3,9 Mill. für den Ankauf eines Gelenkbusses. Für den Reinhaltungsverband sind im Jahre 1985 Aufwendungen in der Höhe von 97,3 Millionen geplant. Davon S 54 Mill. für die Fertigstellung der zentralen Kläranlage und 25 Mill. für die erforderliche Schlammpresse.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr weist im Erfolgsplan Aufwendungen und Erträge im Gesamtausmaß von 139,7 Millionen aus und an Investitionen sind 62,5 Millionen vorgesehen.

Abschließend noch ganz kurz zum Dienstpostenplan und zur Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung.

Der Dienstpostenplan sieht einschließlich des Personalstandes der Stadtwerke für 1. 1. 1985 einen Sollstand von 775 gegenüber 761 am 1. 1. 1984 vor. Demnach eine Aufstockung von 14 Bediensteten. Hervorgerufen durch die schon erwähnte Ausweitung der Krankenabteilung im Zentralaltersheim, die neue Jugendherberge, die zentrale Kläranlage, die Verkehrsbetriebe und das Wasserwerk. Der tatsächliche Iststand wird aber mit 1. 1. 1985 lediglich 761 Bedienstete betragen.

Zur Dr. Wilhelm Groß-Stiftung:

Dazu sei gesagt, daß das Vermögen dieser Stiftung derzeit bei S 351.200,- liegt und daß vom Zinsenertrag S 10.000,- an Stipendien zur Verteilung gelangen werden.

Und nun zum Ergänzungsantrag, die Kreditsperre betreffend:

Aufgrund der noch immer angespannten Finanzlage unserer Stadt soll auch für 1985 wieder eine 20 %ige Kreditsperre ausgesprochen werden. Ausgenommen sollen davon, wie bereits in den beiden letzten Jahren, die listenmäßig erfaßten Subventionen für Sport- und Kulturvereine sein. Entgegen der bisher geltenden Regelung sollen die Subventionen jedoch zur Gänze auf einmal, und zwar im Mai des kommenden Jahres, zur Auszahlung gelangen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen dienlich gewesen zu sein und darf nunmehr diese beiden Anträge dem Wortlaut nach zur Verlesung bringen:

2) Ha-4444/84

Voranschlag 1985

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1985 wird im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 522,291.000,--
im außerordentlichen Haushalt bei den Ausgaben mit	S 110,896.000,-
und bei den Einnahmen mit	<u>S 87,200.000,-</u>

daher mit einem Abgang von S 23,696.000,--
- im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für berufsbildende Pflichtschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages und deren Anlage, Zl. 5209/1948, in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 117,100.000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 21,200.000,-, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	164 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

(BEILAGE)

3) Ha-4444/84

Voranschlag 1985; Beschluß einer Kreditsperre

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vollziehung des Budgets 1985 unterliegt bei allen Ermessensausgaben einer 20%igen Kreditsperre nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes. Es sind daher lediglich die in Listen erfaßten Subventionen von dieser Kreditsperre nicht betroffen. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung der Kreditsperre ist aufgrund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres 1985 zu entscheiden.

Abschließend sei auch noch festgestellt, daß der Voranschlag 1985 den gesetzlichen Vorschriften entsprechend zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt wurde und daß es, soweit mir bekannt, keinerlei Einwände oder Einsprüche gab.

Dem Leiter des Rechnungsamtes, Herrn Dr. Schmidl und seinen Mitarbeitern, darf ich auch heuer wieder für die umfangreichen und mit größter Gewissenhaftigkeit durchgeführten Arbeiten zur Erstellung des Haushaltsvoranschlages danken.

Ich danke Ihnen, verehrte Kolleginnen des Gemeinderates, für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche nunmehr den Herrn Bürgermeister, die Debatte über den Voranschlag 1985

abführen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Finanzreferenten für den Vortrag zum Budget 1985. Zu Wort gemeldet haben sich bisher vier Mitglieder des Gemeinderates, und zwar Kollege Zöchling, Kollege Fritsch, Kollege Eichhübl und Kollege Tremel.

Ich erteile namens der sozialistischen Fraktion nun Kollegen Zöchling das Wort.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die Erklärung der sozialistischen Fraktion vortragen. Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1985 weist, wie unser Vizebürgermeister Wippersberger bereits ausgeführt hat, ein Gesamtvolumen von 633,2 Mill. Schilling auf. Gegenüber dem Voranschlag 1984 bedeutet dies eine beachtliche Steigerung um immerhin 34 Mill. Schilling oder in Prozenten ausgedrückt um 5,7 %. Zieht man jedoch von den Gesamtausgaben im Jahr 1983 die für Grundankäufe ausgegebene Summe von 56,8 Millionen ab, so zeigt der Voranschlag 1985 gegenüber der Rechnung 1983 eine Steigerung um 54,9 Millionen Schilling oder um 9,5 %. Diese erfreuliche Entwicklung des Budgetvolumens der Stadt ist im wesentlichen auf zwei Punkte zurückzuführen, nämlich auf die schon in diesem Jahr wirksam gewordene Wirtschaftsbelebung und Stabilisierung der Beschäftigungssituation und auf den Finanzausgleich.

Also auf zwei Aspekte, die sehr wesentlich auf die Arbeit und auf das Wirken der Bundesregierung zurückzuführen sind. Aufgrund dieser von der Bundesregierung, vor allem auf wirtschaftlichen und abgabenrechtlichen Gebieten gesetzten Akzente, kann man auch für die Zukunft eine finanzielle Besserstellung der Gemeinden im allgemeinen und der Stadt Steyr im besonderen erwarten. In der Region Steyr hat man diese wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung schon in diesem Jahr sehr deutlich wahrgenommen. Großen Anteil daran hatten die Steyr-Werke, die mit Unterstützung der Bundesregierung einen sehr großen Auftrag hereinnehmen konnten. Hier möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß eine wichtige Voraussetzung dazu der örtliche Betriebsrat geschaffen hat, indem er mit der Regierung und dem Sozialministerium zustandebrachte, daß die seitens der Firmenleitung vorgesehenen Kündigungen von rund 900 Dienstnehmern verhindert werden konnten, und damit die beschäftigungsmäßige Voraussetzung für diesen späteren Großauftrag gewährleistet war.

Aber auch die BMW-Motorengesellschaft, deren Betriebsansiedlung in Steyr auch mit großen finanziellen Zuwendungen von Bund, Stadt und letztlich auch seitens des Landes gewährleistet werden konnte, hat ihren Beschäftigtenstand um 200 auf 1.300 Mitarbeiter ausgedehnt sowie verschiedene weitere Unternehmen, die in Steyr einen neuen Betriebsstandort fanden.

Die Lohn- und Gehaltessumme dieser Betriebe ist für das Wirtschaftsleben und für die Gemeinde von größter Bedeutung. Für die Stadt Steyr bedeutet dieser wirtschaftliche Aufschwung eine steigende Entwicklung der Einnahmen aus Bundesertragsanteilen, wie auch eine Stabilisierung der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer. Aufgrund dieser erfreulichen Wirtschafts- und Budgetentwicklung konnte die sozialistische Gemeinderatsfraktion ihre Vorstellungen in nicht unbeträchtlichem Ausmaß in das Budget 1985 einfließen lassen. So sind nach den Vorschlägen der sozialistischen Fraktion zum Teil sehr große Ausgabenbeträge für die Bereiche Sport, Wirtschaftsförderung, Umweltschutz und Wohnbau gefordert und letztendlich auch veranschlagt worden. Damit sollen vor allem in den genannten Bereichen neue Vorstellungen gesetzt werden. So werden im kommenden Jahr für den Sport neben den auch bisher durchgeführten Förderungsaktionen neue Schwerpunkte gesetzt. Neue Schwerpunkte, sowohl für den Sommer- als auch für den Wintersport.

Für die bereits in Bau befindliche Leichtathletikanlage am Rennbahnweg ist eine Summe von 8 Millionen Schilling vorgesehen. Damit sollen im Jahr 1985 die Freianlagen, d. h. die Laufbahnen, Sprunggruben, Wurfanlagen usw. fertiggestellt werden. Dieses Leichtathletikstadion ist aber nicht nur für Leichtathleten bestimmt, sondern soll eine neue

Heimstätte für alle Sportler werden. Zudem sollen diese Anlagen für sämtliche Steyrer Schüler frei benützbar sein. Damit ist auch eine bessere Auslastung dieser Anlage gewährleistet, mit der berechtigten Hoffnung, daß in den nächsten Jahren der Leichtathletiksport in Steyr wiederum populärer wird und an die österreichische Spitze anschließt. Das Leichtathletikstadion ist jedoch nur ein Teil des am Rennbahnweg entstehenden Sportzentrums. Es ist auch beabsichtigt, den Eislaufplatz zu überdachen. Für nächstes Jahr ist unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Stadt vorerst ein kleiner Betrag, nämlich 2 Millionen, für die Errichtung der Fundamente der tennispplatzseitigen Tribüne vorgesehen. Egal, welche Bauvariante für die Eishalle gewählt wird, scheint es mir unbedingt notwendig, nächstes Jahr mit diesem Vorhaben zu beginnen, um die berechtigten Wünsche eines Großteils der Bevölkerung Steyrs auf Überdachung der Eisfläche nicht noch länger aufzuschieben.

Das Sportzentrum am Rennbahnweg bildet zwar den Schwerpunkt der Sportförderungsmaßnahmen, zumindest was den Einsatz von Geldmitteln betrifft, doch finden sich im Budget 1985 auch Subventionszahlungen für die Errichtung von Sportanlagen in den Stadtteilen Resthof und Wehrgraben. Damit wird den Forderungen der in diesen Stadtteilen lebenden Menschen, die auch in das Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr aufgenommen wurden, zumindest in einer ersten Phase entsprochen. Zieht man alle Ausgaben für den Sport und die außerschulische Leibeserziehung zusammen, so ergibt sich die beachtliche Summe von 16,3 Millionen, die im kommenden Jahr für die Förderung des Sportes ausgegeben werden soll.

Ein weiterer, von der sozialistischen Gemeinderatsfraktion forcierter Bereich, ist der des Umweltschutzes. In diesem Bereich sind neben sehr großen Investitionen im Rahmen der Entsorgung, wie die Fertigstellung der Zentralen Kläranlage in Hausleiten und die Sanierung der Mülldeponie, im nächstjährigen Budget 1 Mill. Schilling für die Sanierung des Schloßparkes und S 300.000, – für Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen. Insbesondere im Rahmen der Millionen für Natur- und Landschaftsschutzmaßnahmen können die berechtigten Wünsche der Steyrer Bevölkerung auf Umwelt- und Naturverbesserung, wie z. B. die Erhaltung von Grünzonen im Stadtgebiet, schnell und unbürokratisch erledigt werden. Von sehr großer Bedeutung für die Region Steyr sind auch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die für nächstes Jahr vorgesehen sind. So wurden die Gewerbeförderungsdarlehen gegenüber 1984 um 1 Million auf 1,5 Millionen angehoben. Nach dem erst kürzlich beschlossenen Entwicklungskonzept für die Stadt Steyr soll nämlich Betrieben, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, bzw. Betrieben, die sich in Steyr ansiedeln möchten, auf Ansuchen die Möglichkeit eingeräumt werden, zinsfreie, jedoch wertgesicherte Darlehen zu erhalten. Wir hoffen, daß wir dadurch für weitere neue Betriebe einen entsprechenden Anreiz schaffen können, Steyr als Betriebsstandort zu wählen.

Und nun noch einige Bemerkungen zum Wohnbau, der nicht nur meinen Kolleginnen und Kollegen der sozialistischen Fraktion, sondern auch mir persönlich als zuständiger Referent ein großes Anliegen ist. Im kommenden Jahr werden von der Stadt beträchtliche Summen für die Restaurierung, Instandhaltung, Standortverbesserung und den Neubau von Wohnungen ausgegeben. Für die Restaurierung, das heißt zur Verschönerung der Fassaden und Dächer der Häuser im Altstadtbereich, sind für nächstes Jahr 1,5 Millionen veranschlagt. Dies ist ein weiterer Beitrag der Stadt zur Verschönerung des Ortsbildes, der – dadurch kommen sicher mehr Fremde in die Stadt Steyr – auch als Förderung für den Fremdenverkehr angesehen werden kann.

Die Instandhaltung, insbesondere die Erneuerung von Fenstern und Dächern, von gemeindeeigenen Häusern, wird nächstes Jahr 3,7 Millionen beanspruchen. Mit diesem Geld sollen die Fenster der Objekte Haratzmüllerstraße 37, Karl Marx-Straße 1 und 4, Schosserstraße 5 und Schubertstraße 3, 4 und 6 sowie die Dächer der Objekte Straße des 12. Februar 2 und Schiffmeistergasse 3, 5 und 7 erneuert werden. Da die Wohnungen dieser Häuser zum Großteil von sozial schwächer gestellten Mietern bewohnt werden, können die Kosten durch die Mieten nicht in vollem Umfang hereingebracht werden, wodurch diese Instandhaltungsmaßnahmen als von der Stadt, vor allem sozial begründet, subventioniert betrachtet werden können.

Vor ähnlichen Aspekten steht die Stadt bei den Instandhaltungs- und Standardver-

besserungsmaßnahmen am Objekt des Josef-Lazaretts im Wehrgraben, dort sollen nach einem 2 Mill. Schilling kostenden Projekt die Wohnungen zu einem besseren, menschenwürdigeren Standard umgebaut werden. Auch hier sind die Mieter kaum in der Lage, durch erhöhte Mietenzahlungen die Umbaumaßnahmen, wenn auch im nachhinein, zu finanzieren. Die Finanzierung dieser Standardverbesserungsmaßnahmen am Objekt des Josef-Lazaretts kann somit ebenfalls als nicht unerheblicher Beitrag der Stadt zur Verbesserung der Wohnkultur im Stadtteil Wehrgraben verstanden werden. Überhaupt ist es ein großes Anliegen der sozialistischen Fraktion, gerade das Gebiet des Wehrgrabens so gut wie möglich zu fördern, um auch dort ein Wohnviertel bester Wohnqualität entstehen zu lassen.

Fortsetzen werden wir unsere diesbezüglichen Bestrebungen mit der Restaurierung der städtischen Objekte und den Förderungsmaßnahmen zur Errichtung einer Freizeitanlage in diesem Stadtteil. Neben diesen Ausgaben der Stadt für den sozialen Wohnbau finden sich im Budget 1984 noch 4 Mill. Schilling für Kapitaltransferzahlungen an private Institutionen.

Dieses Geld ist für die Grund- und Baukosten des Pensionistenwohnhauses am Bergweg bestimmt. Dort werden kommendes Jahr 54 Pensionistenwohnungen fertiggestellt, die zu erträglichen Mietzinsen weitergegeben werden sollen. Um den Pensionisten die hohe finanzielle Anfangsbelastung eines Grund- und Baukostenbeitrages zu ersparen, hat der Gemeinderat in einem Grundsatzbeschluß bereits die Übernahme dieser Kosten zugesagt. Damit setzen wir einen echten Beitrag zur Seniorenförderung in Steyr. Zu diesen aus dem Stadtbudget bereitgestellten Mitteln, beabsichtigt die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Investitionen in Höhe von 62,5 Millionen Schilling. So sollen am Resthof 60 neue Wohnungen fertiggestellt werden, und zwar Zwei- und Dreiraumwohnungen mit ca. 60 und 80 m². Es hat sich bei meinen Sprechtagen gezeigt, daß vor allem diese Wohnungsgrößen angestrebt werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieses Budget zeigt die Schwerpunkte der Arbeit im kommenden Jahr auf. Die Mittel für die Verwirklichung aller Vorhaben sind im Budget vorgesehen, was wir daraus machen, das liegt an uns, an den Aktivitäten der Gemeindevertreter in unserer Stadt. Da damit nicht nur die Wünsche der sozialistischen Fraktion, sondern auch viele Wünsche der anderen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen enthalten sind, sind für alle die besten Voraussetzungen gegeben. Ich ersuche Sie daher alle um gute Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der im Voranschlag angeführten Aufgaben zum Wohle der Bevölkerung von Steyr.

Ich möchte es abschließend aber nicht versäumen, namens der sozialistischen Mehrheitsfraktion im besonderen unserem Finanzreferenten, Herrn Vizebürgermeister Wippersberger, sowie seitens der Beamtenschaft Herrn Dr. Kurt Schmidl, für die, wie Sie sehen, sehr umsichtige Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1985, zu danken. Mein und unser Dank gilt auch allen übrigen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinde. Ihnen allen danken wir für Ihren steten Einsatz, der es uns erst ermöglicht, die vielen Arbeiten und Aufgaben in den verschiedensten Bereichen zu bewältigen. Mit dem Wunsch auf weitere gute Zusammenarbeit auch innerhalb der Fraktionen innerhalb unserer Gemeindevertretung darf ich Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, und vor allem unserem Herrn Bürgermeister Heinrich Schwarz und den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Magistrates ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches, gesundes Jahr 1985 wünschen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling für die Stellungnahme der sozialistischen Fraktion. Für die Österreichische Volkspartei wird nun Kollege Fritsch sprechen.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Wir haben heute schon sehr viel über Zahlen gehört, über Gelder, die wir beabsichtigen, im Laufe des kommenden Jahres auch im Interesse der Stadt und ihrer Bürger auszugeben. Gelder, die uns anvertraut sind zu einem sorgsamem Umgang, Gelder, die uns anvertraut sind, um das Image unserer Stadt und die Lebensmöglichkeit, die Lebensqualität zu heben. Wenn wir ehrlich sind und fragen, woher die Gelder kommen, dann glaube ich, gebührt in erster Linie in allen unseren Ausführungen ein Dank, ein Dank an die Steuerzahler, die es uns überhaupt erst ermöglichen, über jene Mittel, die heute im Präliminar beinhaltet sind, zu verfügen. Dieser Dank ist aber gleichzeitig für uns ein Auftrag, mit den uns überhändigten Geldern sorgsam umzugehen. Ich will heute nicht in den Fehler verfallen, in den scheinbaren Fehler, sofort wieder mit Zahlen zu operieren, und das Budget wiederum zahlenmäßig zu durchleuchten. Entgegen der bisherigen Gepflogenheiten werden mehrere Sprecher meiner Fraktion zu einzelnen Kapiteln und zu einzelnen Problematiken des Voranschlags 1985 Stellung beziehen. Daher betrachten Sie bitte meine Ausführungen als global und vielleicht nicht nur bezogen auf das Jahr 1985 allein.

Ich möchte es aber nicht verabsäumen, vorerst auch Dankeschön zu sagen dem Finanzreferenten Kollegen Wippersberger für seine Einladung an meine Fraktion, unsere Wünsche Ihnen, der Mehrheitsfraktion, wie es Kollege Zöchling gerade erst betont hat, darzulegen. Ich bin froh darüber, daß ein Großteil unserer Wünsche erstens erfüllt wurde oder sich aber mit den Vorstellungen anderer Fraktionen deckt. Das beweist mir persönlich, daß doch im großen und ganzen parteipolitische Überlegungen nicht immer Vorrang haben vor Darlegungen und Überlegungen, die unsere Stadt und das Leben in ihr betreffen. Ich möchte auch nicht in den Fehler verfallen, jetzt alle Wünsche meiner Fraktion katalogmäßig nochmals aufzuzählen und zu wiederholen. Ich glaube, sie sind Ihnen, wenn Sie ehrlich darüber beraten haben seitens der sozialistischen Fraktion, hinlänglich bekannt, ich brauche sie also nicht nochmals nachträglich in Erinnerung rufen. Unsere Schwerpunkte haben sich in erster Linie mit wirtschaftlichen Überlegungen, mit Verkehrsproblemen usw. befaßt. Hier komme ich gleich zu einem globalen Betrachtungspunkt, das sind wirtschaftliche Überlegungen. Es ist richtig, daß die Wirtschaft einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen hat und es ist richtig, daß selbstverständlich dadurch auch die Steuereinnahmen der Stadt ein gewisses Mitpartizipieren zu verzeichnen haben. Sie haben durch Ihren Sprecher, Kollegen Zöchling, besonders herausgestellt, daß die Wirtschaftsförderung, obwohl sie freiwillig sei, in unserer Stadt entsprechend höher dotiert wurde. Glauben Sie nicht, daß das eine Art von gewisser Selbstbeweihräucherung darstellt, aus einer ganz einfachen Überlegung heraus. Von den erwähnten 6 Millionen Schilling sind einmal 3 Millionen Schilling beschluß- und vertragsmäßig verpflichtet, für die Förderung des BMW-Motorenwerkes abzugeben. Ich möchte nicht bestreiten, daß dadurch entsprechende Impulse auch in den Wirtschaftsbereichen unserer Stadt auf Umwegen wiederum gewährleistet erscheinen, aber echte Wirtschaftsförderung haben Sie eingesetzt 1,5 Millionen für die zinsenlosen Darlehen. Hier wissen wir, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion, scheiden sich Ihre Vorstellungen von unseren. Die Darlegungen zum Entwicklungskonzept und bei der Beschlußfassung bzw. bei der vorangegangenen Beratung sind Ihnen sicher noch geläufig. Wir treten nach wie vor dafür ein und sind der Auffassung, daß Zinsenzuschüsse einer echteren und einer weiter und breitest gestreuten Förderung mehr dienlich seien als diese sicherlich in dankenswerterweise erhöhten 1,5 Millionen Schilling. Wir haben aber dabei etwas vergessen. Es sind dies die Förderungsmaßnahmen für unsere Klein- bzw. Mittelbetriebe, unsere sogenannte Kleingewerbeförderungsaktion. Bedenken Sie bitten, daß die höchstmögliche Förderung aus diesem Titel, egal für welche Investitionen, maximal 10.000 minus Kreditsperrebeschluß, also 20 %, nur 8.000 Schilling beträgt. Wir haben des öfteren hier in diesem Kreise angeregt, die Richtlinien dafür einer Novellierung zu unterziehen. Ich bitte Sie auch darum, das echt zu tun und auch zu überlegen, daß mit diesen Maßnahmen keine große Förderung betrieben wird und daß man diesen Titel eigentlich in Beziehung zur genannten Summe anders nennen müßte.

Ich verweise aber darauf, daß zu den wirtschaftlichen Belangen ein Mitglied meiner Frak-

tion noch gesondert Stellung beziehen wird. Ich nehme aber eines vorweg. Im Haushaltsplan 1985 ist ein Betrag von 1 Million für den Neubau der Lehrwerkstätte der Steyr-Werke vorgeschlagen. Es ist dies auch ein Betrag, der hier heute mehrmals in Anwendung gebracht wurde und hier scheiden sich unsere Geister etwas in der Vorstellung hierfür. Hier gehen wir nicht ganz konform mit Ihren Denkprozessen, denn diese 1 Million ist in erster Linie – wie ich aus einer Zeitungsmeldung entnommen habe, insgesamt versprochene 5 Millionen von Herrn Bürgermeister Schwarz – nicht gezielte Gewerbeförderung. Hier, glaube ich, bedarf es noch eingehender und eindringlicher Gespräche, um hier zu einem Konsens zu kommen. Man könnte natürlich leicht sagen, daß man dieses Geld ausgibt deswegen, weil die Landesumlage reduziert wurde und man also mehr Geld aus diesem Titel auf einmal zur Verfügung hätte. Ich kann es auch Kollegen Wippersberger als Finanzreferenten genau sagen, die Reduktion der Landesumlage fällt für das Jahr 1985 genau mit 4,563.745 Schilling zu Buche. Diese Mittel und die zusätzlichen Steuereinnahmen sollen uns aber nicht auch zu anderen Bauten veranlassen bzw. uns hochmütig werden lassen.

Auch Kollege Zöchling hat seitens der sozialistischen Fraktion, er hat das als echtes Anliegen der sozialistischen Fraktion bezeichnet, der Überdachung der Kunsteisbahn das Wort geredet. Grundsätzlich, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hat unsere Fraktion kein striktes und starres Nein für dieses Vorhaben. Aber eine Ausgabe in einer Größenordnung von 30 Millionen Schilling, wie sie uns kurzfristig dargelegt wurde, – es wird darüber noch verhandelt, das wissen wir selber – ist für diesen Zweck aus der jetzigen Finanzlage unserer Stadt sicherlich nicht vertretbar. Wir ersuchen Sie und sage ruhig auch wir fordern Sie auf, dafür entsprechende Varianten ausarbeiten zu lassen, die in einem preismäßig vertretbaren Rahmen unseren Steyrer Bürgern, allen unseren Steyrer Bürgern, nicht nur den sporttreibenden, gegenüber sich bewegen. Wenn auch im Jahre 1985 nur rund 2 Millionen aus diesem Titel dafür zur Verfügung gestellt werden würden, so wissen wir, daß im Jahre 1986 dann, wenn man der ursprünglichen Vorschlagsdiktation folgen kann, ein Betrag von 20 Millionen dafür aufgewendet werden müßte. Es ist, und ich hoffe es, darüber sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen und ich glaube, wir werden in einem Konsens, so auch die Gemeinschaft gesucht wird, dafür eine allseits vertretbare Lösung finden.

Auch Gelder, die heutzutage für den Umweltschutz eingesetzt werden, sind nicht unbedingt eine Erfindung der Mehrheitspartei. Der Bau der Kläranlage ist ein Bau, den wir alle miteinander gefordert, den wir alle miteinander gutgeheißen haben und sämtliche finanziellen Aufwendungen dafür sind praktisch Folgerungen aus den ursprünglichen Beschlüssen.

Dasselbe gilt auch im Bezug auf die vorgesehenen Mittel für die Mülldeponie und hier ein sehr offenes Wort. In erster Linie betrachte ich mich und die Vertreter meiner Fraktion grundsätzlich als Vertreter unserer Stadt. Wir sind dafür gewählt worden, dieser unserer Stadt unsere Arbeit angedeihen zu lassen. Aus der Sicht unserer Stadt ist die derzeitige Abtransportierung unseres Mülls in die Deponie Hasenöhrl nach St. Valentin auf die Dauer gesehen untragbar. Auch die Mehrkosten, die dafür entstehen. Wenn die Gebühren dafür nicht erhöht werden, so ist das nicht unbedingt das großzügigste Entgegenkommen der für die Finanzen der Stadt Hauptverantwortlichen, sondern ich nehme an, daß die Ursache für die Nichterhöhung der Müllabfuhrgebühren am 6. Oktober 1985, sprich Wahltag, und in den Vorwahlkämpfen zu suchen ist. Dieser kleine Seitenhieb sei mir gestattet. Ich stehe auch nicht an, im Bezug auf die Situierung unserer Mülldeponie zu erklären, daß sie auf unserem eigenen Grund und Boden steht, daß sie also auch von uns saniert und von uns betrieben werden wird, daß sie allerdings für überregionale Lagerungen alleine schon von der zeitlichen und logischerweise auch von der kapazitiven Möglichkeit wesentlich geringer arbeiten könnte wie bisher, wenn wir alleine dort deponieren. Es sind 20, 25 Jahre derzeitiges Kapazitätssvolumen aufgrund der Gutachten. Aber, meine Kolleginnen und Kollegen, was sind 20 Jahre? In 20 Jahren ist erstens einmal die Deponie, so sie für uns alleine dienen soll, trotzdem in ihrer Lagerungskapazität bereits voll ausgeschöpft. Man kann daher auf keinen Fall eine derartige Vogel-Strauß – Politik betreiben, daß man nicht rechtzeitig und bald versuchen müßte, eine andere Deponierungsmöglichkeit zu finden. Hier sind uns als Stadt Steyr garantiert

Grenzen gesetzt. Grenzen gesetzt durch die nicht mehr durchführbare Deponierung innerhalb unseres Stadtbereiches. Wenn Sie mir in unseren 28 km² einen Ort sagen können, wo wir dann, wenn die Deponie Schafweidmühle voll bzw. ausgeschöpft ist, deponieren können, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Hier wäre es, glaube ich, unsere Aufgabe, im Verein mit den zuständigen Stellen der Landesregierung, für eine überregionale Deponie uns umzusehen. Ich will nicht sagen, daß wir sie betreiben müssen, aber es wird nichts anderes mehr möglich sein, als in Bezirken außerhalb unserer Stadt eine Deponie zu betreiben. Hier müßten wir versuchen, rechtzeitig zumindestens einmal Überlegungen und Forschungen anzustellen, um ja nicht in Verzug zu kommen.

In dem Zusammenhang, meine Kolleginnen und Kollegen, auch etwas zur Verkehrssituation. Ich habe es etwas eigenartig empfunden, daß kurz vor unserer Budgetsitzung – sicherlich läßt sich das im Timing nicht so genau abgrenzen – eine Aussendung gekommen ist seitens der Arbeiterkammer, wo unter anderem der Präsident Fritz Freyschlag einen Artikel über die Verzögerungen geschrieben hat, die sich im Bereich der Einbindung der Stadt Steyr in den Zentralraum auf dem Straßenwesen getan haben. Hier glaube ich doch auch als Steyrer Mandatar, und da glaube ich auch in Ihrem Namen denken und sprechen zu können, einen Widersinn und einen Widerspruch zu ersehen. Wir haben uns alle im Entwicklungskonzept, wir haben uns alle letztlich im Nachtragsvoranschlag usw. bei den Debatten dazu bekannt, daß wir aktuellst die Errichtung der Nordspange fordern und sie benötigen, daß aber die Einbindung in den Zentralraum nicht unbedingt die S 37 sein soll. Hier steht aber nun in der Aussendung des Herrn Präsidenten der Arbeiterkammer, im Falle der S 37 ist aber der Gesinnungswandel – gemeint ist im Bezug auf Zurückstellung bzw. Streichung – in der Bundeshauptstadt völlig unverständlich. Die Arbeiterkammer vertritt daher nach wie vor die Auffassung, daß der Bau der Schnellstraße dringend notwendig ist im Interesse der Arbeitnehmer. Hier würde ich bitten, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der sozialistischen Fraktion, die Sie auch in der Arbeiterkammer tätig sind, doch auch Ihren Herrn Präsidenten in erster Linie von den Wünschen der Stadt Steyr rechtzeitig zu informieren und nicht Forderungen, die wir aus Nützlichkeitsgründen nicht mehr anwenden, weiter zu vertreten.

Zur Nordspange nochmals eine sehr klare Haltung und Meinung meiner Fraktion. Wir setzen alle Möglichkeiten und wir setzen alle unsere Kräfte in jenen Gremien, in denen wir vertreten sind und die dafür prädestiniert sind, dafür ein, daß einer baldigen Realisierung entgegengesehen werden kann. Das gilt für uns auf Landesebene und hier forde ich auch Herrn Bürgermeister und die Kollegen der sozialistischen Fraktion auf – wie weit die Freiheitlichen einen guten Draht nach Wien haben, weiß ich nicht – im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik der Nordspange Vorrang zu geben, ohne die Vorlage eines gesamten Trassenkonzeptes zu verlangen. Das gesamte Trassenkonzept bis zur endgültigen Einbindung in den Zentralraum wäre für uns Steyrer, wäre für die Verkehrssituation in unserer Stadt nicht mehr vertrag- und ertragbar, aber auch nicht einsehbar. Damit aber im Zusammenhang steht immer noch etwas offen, ich weiß, daß ich den Appell auch von hier aus an andere Stellen richte – die Lösung des Ennser Knotens, des Verkehrsproblems. Der Fußgängerübergang, von Möbel Leiner errichtet, ergibt zwar mehr Sicherheit in einem einzigen Bereich für die Fußgänger, für die Kinder ja. Er gibt aber kaum mehr Sicherheit und großzügigere Möglichkeit für den Verkehr, als es sich jetzt abzeichnet. Hier muß eine andere Lösung geschaffen werden. Varianten, Lösungsvorschläge dazu gibt es mehr wie genügend, aber je mehr man davon hat, umso weniger wird irgend etwas realisiert, denn überall, bei jedem Projekt, gibt es etwas auszusetzen. Wir werden uns sicherlich auch bei der zuständigen Stelle des Landes dafür einsetzen, daß auch der Ennser Knoten dem heutigen Verkehr entsprechend ausgestaltet wird. Was wir aber in diesem Bereich, meine Kolleginnen und Kollegen, machen können, ist ganz etwas anderes. Die steigende Verkehrsflut in diesem Bereich des Nordknotens ist fast untragbar geworden für die Bewohner der Siedlung Ressel-, Porsche- und der Resthofstraße. Wir kennen auch die Gewohnheiten unserer Verkehrsteilnehmer, wir kennen die Schleichwege, wir kennen aber auch deren Zeitdruck und dann entsprechende Geschwindigkeitsüberschreitungen in diesem an und für sich ursprünglich nur als Wohnstadt erbauten Bezirk. Hier müßten wir versuchen, den berechtigten Wünschen dieser Bewohner nachzukommen und Lösungen dadurch zu finden, daß wir eine andere

Verkehrsregelung überdenken. Auch wenn die Verkehrsregelung in diesem Wohnbereich durch zusätzliche Einbahnen, auch zum Teil durch Lkw-Fahrverbot, erreicht werden könnte, und auch durch eine entsprechende Geschwindigkeitsreduzierung. Wir haben dort keine Durchzugsstraße, wir haben dort keine Schnellstraße, wir haben dort in erster Linie Wohnungen und enge Straßen. Daher würden auch solche Maßnahmen gutgeheißen werden, wenn sie im Interesse der dort wohnenden Bevölkerung liegen. Aber eines ist, glaube ich, unbedingt vonnöten für uns alle, den Individualverkehr dement-sprechend zurückzudrängen. Sicherlich, wenn wieder Treibstoffpreiserhöhungen kommen – sie stehen ja ins Haus, wie man gehört hat – wird für einige Zeit der Individualverkehr reduziert werden. Aber der Autofahrer ist nicht nur die Melkkuh der Nation, sondern der Autofahrer ist auch das Gewohnheitstier ersten Ranges. Er schimpft zwar einige Zeit, wenn etwas teurer wird, aber er fährt trotzdem. Durch solche Maßnahmen, die man nicht gutheißen kann, durch Tarif-, Gebühren- und andere Erhöhungen wird sicherlich nebenbei bemerkt der Individualverkehr nicht reduziert werden. Man muß einen anderen Anreiz bieten. Man muß versuchen, den Bürger unserer Stadt doch dahin zu bringen, daß er unsere öffentlichen Verkehrsmittel wesentlich stärker benützt als bisher. Nicht durch eine entsprechende Tarifregulierung, sondern durch Verständnis, durch Information, durch Aufklärung. Aber dazu gehört noch etwas. Dazu gehört sicherlich ein generelles Überdenken unserer Linienführung, dazu gehört sicherlich auch ein generelles Überdenken der dadurch sich ergebenden Fahrzeiten. Denn so lange er mit dem öffentlichen Verkehrsmittel doppelt wie dreifach so viel Zeit benötigt, um z. B. von seiner Wohnung zum Arbeitsort oder in die Stadt zu kommen, als mit dem Pkw, so lange wird er dieses Verkehrsmittel nicht annehmen. Er fährt zwar nicht so lange her, dafür sucht er aber weiß Gott wie lange einen Parkplatz, das weiß ich. Auch hier müßte man Lösungen finden können im innerstädtischen Bereich. Vielleicht eine ketzerische Überlegung – der Stadtplatz, das wissen wir, erstickt langsam aber sicher in der Blech-lawine – ob es nicht doch einmal eines zuerst einzuleitenden und nachher eines sich im positiven Sinn ergebenden Denkprozesses bedarf, so weit wie möglich den Stadtplatz vom Individualverkehr freizuhalten. Es ist dies keine Lösung, die nächstes Jahr anzustreben sein wird, wir wissen um die Widerstände, die sich ergeben haben, als dazumals Fußgängerzonen errichtet wurden. Es gab hunderttausend Bedenken, heute kann sich aber niemand mehr vorstellen, wie es früher war, heute ist man froh darüber. Es wird wahrscheinlich zwangsweise einmal dazu kommen, ich möchte nicht sagen, daß das von Haus aus gesteuert wird, aber in Gesprächen und da auch in Stadtteilgesprächen, wird man sicherlich diese Frage einfließen und diskutieren lassen.

Und nun noch ein paar Ausführungen zu einem großen Problem, das die Stadt nicht nur nächstes Jahr, sondern ich möchte fast sagen sogar ein oder zwei Jahrzehnte lang bewegen wird. Ich meine die Angelegenheit Wehrgraben, damit bringe ich aber auch den Bereich Steyrdorf sofort in kausalen Zusammenhang. Verzeihen Sie mir gleich am Anfang einen Seitenhieb. Kollege Zöchling hat gesagt, der Wehrgraben ist ein echtes Anliegen der sozialistischen Fraktion. Ich glaube das, ich glaube das aber erst seit zwei Jahren. Früher hat Ihre Fraktion diesbezüglich ganz andere Vorstellungen gehabt. Ich möchte nichts mehr aufrühren, was früher zu dieser Problematik gesagt, polemisiert wurde. Es ist vergessen, es ist sachlich heute auf jeden Fall in der Denkweise, daß alle miteinander, alle Parteien in Steyr, sich für die Erhaltung des Wehrgrabens, für die Erhaltung des Gerinnes und sicherlich für – das schöne Schlagwort, es gibt nichts anderes – die Revitalisierung dieses Bereiches verwenden. Aber eines fehlt noch immer, das ist die rechtliche Grundlage. Wir können seitens der Stadt und dankenswerterweise auch von Seiten der Privatunternehmer in diesem Bereich bereits auf positive Aspekte und Auswirkungen verweisen. Aber das Grundsätzliche, der Wasserrechtsbescheid, der immer noch aus dem Jahre 1972 besteht und rechtswirksam ist bis dato, ist immer noch nicht aufgehoben. Sie kennen genau so gut wie ich die Schwierigkeiten und auch das Hin- und Herschieben. Bei diesem Schieben schließe ich jetzt die Stadt selbst und die Verantwortlichen dafür ausdrücklich aus. Es sind dies die Bereiche der Wasserrechtsbehörde auf Landesebene und die des Bundes und des Bundesdenkmalamtes. Ich hoffe, daß auch die Rechtssituation aufgrund der Gegebenheiten und aufgrund der rechtlichen Überlegungen

bald so weit hergestellt sein wird, daß wir auch das Gerinne, von dem wir ursprünglich ausgegangen sind, werden erhalten können. Wir haben aber, meine Herrschaften, nichts davon, wenn wir in diesem Bereich nur dort oder da Schwerpunkte setzen im Bezug auf neue Wohnungen. Auch ein Mehrzwecksaal Wehrgraben erfüllt sicherlich, wie der Name sagt, seinen Zweck. Er wird begrüßt werden, ist aber für uns und nach unserer Meinung nicht unbedingt dafür ein Anreiz, sofort in den Wehrgraben zu ziehen, sofort dort zu wohnen. Genau derselbe Anreiz ist derzeit noch gegeben in unserem Stadtteil Steyrdorf. Hier müßten wir, nachdem auch von den Vertretern des Bundesdenkmalamtes Wehrgraben und Steyrdorf letztlich als eine einzige Einheit gesehen werden, auch von Seiten der Stadt einmal darangehen und darandenken, Lösungen zu schaffen. Sie wissen, daß von uns, von der Stadt, aus in Steyrdorf sehr sehr wenig bisher geschehen ist, um eine Aufwärtsentwicklung in diesem Bereich in die Wege zu leiten. Wir haben nichts davon, meine Damen und Herren, wenn wir dort Fassaden verschönern, wir haben nichts davon, wenn wir Häuser so schön darstellen, wir müssen dort ganz etwas anderes beginnen. Das Wesentlichste ist eine Strukturverbesserung in diesem Bereich, nicht Stadtbildverschönerung alleine soll unsere Maxime sein, sondern die dort vorhandenen Strukturen zu verändern, müßte von uns in die Wege geleitet werden. Wir fordern eine Strukturentwicklung für dieses Gebiet. Es ist dies ein einziger Problemkreis, Revitalisierung Wehrgraben und Steyrdorf, sie sind sinngemäß miteinander verbunden und auch räumlich und körperlich als eine Einheit zu betrachten. Wenn verschiedene risikofreudige Geschäftsleute im Steyrdorf ihre Geschäfte umbauen, großzügig den modernen Erfordernissen anpassen und ausgestalten, so ist deren Wagemut zu begrüßen, aber man muß auch seitens der Stadt einiges dazu beitragen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Geschäft dementsprechend auszubauen. Ich weiß, daß es verschiedenste Vorstellungen und Forderungen gibt, wie man einer Lösung dort nähertreten könnte. Es ist immer so, für jedes Problem hat man mehrere Ansichten. Es genügt aber doch einmal für den Anfang eine ausgiebige Diskussion. Der Bereich Steyrdorf ist jener Bereich, der glaubt, nicht zur Gänze, sondern nur teilweise, durch eine entsprechende Verkehrsbelebung die Menschen wieder dorthin zum Einkaufen zu bringen. Ich weiß nicht, ob das ganz die richtige Meinung ist. Nur müßten wir uns das nicht nur als Lippenbekenntnis eigen sein lassen, dort etwas an Taten zu setzen, sondern versuchen wir an andere Institute, die die Möglichkeiten dazu haben, heranzutreten, um echte Strukturkonzepte und Verbesserungen zu finden. Das ist nicht, das sagte ich am Anfang meiner Ausführungen, etwas was für das Jahr 1985 alleine Gültigkeit hat, sondern das dehnt sich eben, wie gesagt, auf Jahrzehnte hinaus. Nur beginnen muß man einmal, reden allein ist sicher nicht zweckdienlich.

Jetzt ein Berufsanliegen, das mit dem, was ich sagte, beginnen muß man einmal, in kausalem Zusammenhang steht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es voriges Jahr schon gesagt, ich habe voriges Jahr darauf hingewiesen, daß aufgrund der neuen Schulunterrichtsgesetznovelle für den Pflichtschulbereich, wo wir als Stadt Schülerhalter sind, entsprechende Veränderungen eintreten im Bezug auf zusätzlichen Raum, im Bezug auf zusätzliche Klassen als Unterrichtsraum. Im Budget des kommenden Jahres ist für den Ausbau nichts vorgesehen, obwohl bereits im April d. J. eine Erhebung seitens des Amtes des Bezirksschulrates über zusätzlichen Raumbedarf durchgeführt wurde. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob es dem Herrn Schulreferenten, Kollegen Schwarz, weitergeleitet wurde. Es ist, das sage ich offen, noch nicht zu spät, wenn man in diesem kommenden Jahr die notwendigen Baumaßnahmen nicht setzt. Dafür aber schlägt das Rechnungsjahr 1986 diesbezüglich dann doppelt zu. Sie werden auch nicht sagen können, daß manche Schulen überbevölkert, andere entbevölkert sind, denn eine Transferierung der Schüler oder eine Transferierung für einzelne Unterrichtsgegenstände oder -stunden in andere Stadtteile ist nicht durchführbar. Ich bin gerne einmal bereit, heute ist nicht der richtige Zeitpunkt dafür, darüber ausführlicher, mit Fakten und Daten untermauert, zu diskutieren.

Ich habe noch eine Bitte. Ich bin momentan mit kleineren Problemen beschäftigt und hier weiß ich mich konform mit den Vertretern der sozialistischen Partei auf Landesebene, die in diesen Bereichen ununterbrochen nach einer Objektivierung trommeln. Nach Objektivierung im Bezug auf Einstellung in den Landesdienst usw. Im Landesdienst

gibt es noch etwas anderes, es gibt ja auch in den Steyr-Werken außer Betriebsräten noch anders Tätige, Kollege Pimsl. Aber die Objektivierung, die man für den Landesdienst fordert, müßte doch auch gleichzeitig in den Magistratsstädten Eintritt und Eingang finden. Hier habe ich bis jetzt noch nie etwas gehört. Also glaube ich, ist es doch unbedingt vonnöten, ein gewisses konformes Vorgehen an den Tag zu legen. Das gleiche gilt für das Amtsblatt der Stadt Steyr. Ich möchte nicht über die Kosten reden, ich bin überzeugt davon, daß das jemand anderer macht. Die Amtliche Linzer Zeitung war für die sozialistischen Vertreter im Land Anlaß zur Kritik. Sie fühlten sich dort unterdotiert, sie fühlten sich dort unterbewertet oder überhaupt nicht bewertet. Landeshauptmann Dr. Ratzenböck hat angeordnet, daß allen Vertretern aus dem Regierungsbereich, also sozialistisch genau so wie ÖVP, entsprechender Raum zur Verfügung steht, und sie in Bild und Wort entsprechend ihrer Arbeit dort vertreten sind. Nun könnte man selbstverständlich wiederum Rückschlüsse ziehen auf das Amtsblatt der Stadt Steyr, obwohl ich loyalerweise dazu sagen muß, nicht daß es wieder heißt, er sagt nur die Hälfte, daß unter der Ära des Herrn Bürgermeisters Schwarz alle stadträtlichen Referenten, also auch jene der ÖVP, zu ihrer Problematik Stellung beziehen können. Das sei vermerkt. Es gibt allerdings auch noch andere Gründe, über die ich jetzt nicht reden möchte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber die anderen zwei kleineren Parteien haben bis jetzt keine Stellung abgeben können.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das ist nicht meine Aufgabe, für andere Parteien zu sprechen, Kollege Treml, Du bist ja meistens so eloquent, zumindest Deine Forderungen einmal aufzustellen, wie weit Du sie realisierst, ist Deine Angelegenheit.

Aber, und damit lassen Sie mich zum Schluß kommen, weil ich weiß, daß zum Detail des Budgets von meiner Fraktion noch entsprechende Erklärungen folgen werden. Ein Budget ist sicherlich Leitschnur, Richtschnur des politischen Handelns für das kommende Jahr. Unter politisch verstehe ich nicht parteipolitisch, sondern kommunalpolitisch. Obwohl sicherlich dort oder da, das ist unumwunden zuzugeben, eine Handschrift der Mehrheitsfraktion zu finden ist. Das ist halt einmal so und man hat es als Minderheitspartei zur Kenntnis zu nehmen. Ich kann aber ruhigen Gewissens sagen, daß dieses vom Finanzreferenten Kollegen Wippersberger vorgelegte Budget auch die Zustimmung meiner Fraktion finden wird mit all den dazugehörigen Nach- bzw. Anträgen, und zwar die Zustimmung auch deswegen finden wird, weil unsere Vorstellungen weitestgehend berücksichtigt wurden. Und auch wir sind der Auffassung, daß wesentlich mehr Einendes als Trennendes in diesem Voranschlag 1985 für uns vorhanden ist.

Ich bedanke mich auch beim Rechnungsdirektor Dr. Schmidl, bei all seinen Beamten für die viele Arbeit, die sie dabei gehabt haben. Ich bedanke mich aber auch insbesondere dafür, daß Sie mir bzw. meiner Fraktion jederzeit mit Auskünften, so sie gefordert oder erbeten wurden, zur Verfügung gestanden sind. Ich bedanke mich aber auch bei allen anderen Bediensteten für die loyale Arbeit. Wenn Weihnachten kommt, dann sind zumindestens ein paar ruhige Tage im Kreise der Familie, die wir alle nebenbei bemerkt, bitter notwendig haben, gegeben.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, persönlich und namens meiner Fraktion und besonders Ihnen, Herr Bürgermeister, ein paar geruhsame und fröhliche Festtage. Ich darf aber auch damit die Wünsche meiner Fraktion zum Ausdruck bringen für ein sicherlich arbeitsreiches, für ein für uns erfolgreiches neues Jahr 1985 und darf damit die besten Wünsche für die Gesundheit aller Einzelnen verbinden. Eines wünsche ich Ihnen und uns allen, daß auch das Wahljahr 1985 uns immer wieder so zusammenfinden lassen wird, bei allen Auseinandersetzungen, die sich diesbezüglich naturgemäß ergeben, daß man immer noch in erster Linie den Menschen und dann erst den politischen Gegner in einer Person sieht. Es gibt, glaube ich, nichts Schöneres, als wenn man sagen kann, ich achte den Menschen. Den Menschen, mit dem ich verhandle, mit dem ich spreche. Wenn dieser persönliche Wunsch in Erfüllung geht, dann haben wir uns alle miteinander geholfen und gedient.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Fritsch für seinen Beitrag zum Budget 1985. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl. Auch ich werde mir später dann erlauben, einige Worte zu sagen. Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, wert Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch heuer obliegt es mir, seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum vorliegenden Voranschlag 1985 Stellung zu beziehen. Meine Vorredner haben ja sehr ausführlich über die Bedeutung dieses Budgets in verschiedenen Bereichen gesprochen. Erlauben Sie daher auch mir, daß ich aus der Sicht der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion einige uns wichtig erscheinende Punkte herausstreiche und näher beleuchte. Ich möchte nicht jeden einzelnen Punkt, den wir als Budgetforderung an den Finanzreferenten herangetragen haben, nochmals wiederholen. Nachdem aber Kollege Fritsch dem Thema Revitalisierung Wehrgraben sehr breiten Raum geschenkt hat, darf ich vorwegnehmen, daß auch wir diese zukünftigen Maßnahmen der Revitalisierung in den Vordergrund gestellt haben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir beraten heute wieder einmal über das Budget eines Wahljahres. So wie es vor uns liegt, scheint es kein Wahlbudget zu werden. Der Abgang erricht jene Millionen, die das Budget 1979 verzeichnete. Ob wir den Voranschlag 1985 auch in der Abrechnung so unschuldig vorfinden, läßt sich noch nicht abschätzen. Schließlich läßt der Vollzug des Budgets dem Herrn Bürgermeister großen Spielraum. Beim Vollzug liegt es, ob wir tatsächlich diesen Abgang verzeichnen werden. In den vergangenen Jahren wies ja der Rechnungsabschluß eine erfreuliche Ausgeglichenheit nach, nicht zuletzt dank übervorsichtiger Einnahmen- und großzügiger Ausgabenschätzungen. Ob dieses "Budgetspiel" aber auch von den Grundsätzen der Budgetwahrheit und -klarheit her erfreulich ist, bleibt dahingestellt.

Beim Nachtragsvoranschlag 1984 haben wir gesehen, daß mehr eingegangen ist als man einplante, andererseits blieben viele Vorhaben des aoh unerledigt.

Zu den Maßnahmen des Bundes bzw. zu den Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das Land und unsere Stadt darf ich folgendes feststellen. Die Einnahmenseite betreffend soll auch hier einmal gesagt werden, daß die Wirtschaft nicht nur um 0,5 % gewachsen ist, wie HK-Präsident Trauner Mitte 1983 ankündigte, sondern das Wirtschaftswachstum tatsächlich einen fünfmal so hohen Wert erreichte, nämlich 2,5 %, und dies auch Wirtschaftsfachleute bestätigen.

Auch in Steyr gehen durch Wirtschaftsmaßnahmen des Bundes und der Stadt die Arbeitslosenraten gottlob zurück. Bei der Gewerbe- und Lohnsummensteuer wird dies ganz deutlich. Da gibt es nichts zu rütteln. Das sind positive Aspekte, die sich auch in diesen Budgetzahlen für 1985 widerspiegeln. Nicht nur Großbetriebe und Industrie verspüren den wirtschaftlichen Aufwind. Die Unternehmer erwarten deutlich bessere Auftragseingänge und Umsätze im Gewerbe. Wollen wir hoffen, daß auch die Steyr-Werke zu Produktions- und Strukturkonzepten gelangen, damit sich am Ende der 80er-Jahre die derzeit labile Lage verbessert bzw. die Arbeitsplätze gesichert werden.

Meine Damen und Herren, ein Bereich muß aber besonders betont und herausgestrichen werden. Es zeichnet sich in Steyr eine neue Discountwelle ab. Hier tun sich wieder einige Riesen unrühmlich hervor. Sie unterlaufen mit kleineren Ladeneinheiten die Beschränkungen für Einkaufszentren. So ruinieren sie die gewachsene Infrastruktur in Gemeinden. Dabei greifen sie auch auf die Form von sogenannten Billigketten mit eingeschränktem Warenangebot zurück. Überdies errichten sie noch Großfachmärkte. Die wiederum bedrohen die Existenz der gewachsenen Betriebe des Facheinzelhandels. Ich will keine Namen nennen, aber Sie wissen, wen ich meine. Wenn auch gleich 100 oder mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden, so ist dies doch eine Bedrohung für private Kaufleute und Gewerbetreibende und letztlich eine Bedrohung bestehender Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, zu den Fragen der Umwelt darf ich folgendes ausführen. Natürlich können technische und wirtschaftliche Erfordernisse in Konflikt zur Umwelt geraten. Wir dürfen aber dann auf diese Probleme nicht starren, wie das Karnickel auf die Schlange, wir können unsere Aufgabe nicht meistern, indem wir zuwarten. Wir

müssen die Probleme in den Griff bekommen, sonst bekommen sie uns in den Würgegriff.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Stadtväter warnen, alles, was uns derzeit als "grünes Land" in Steyr noch erscheint, durch Beton und Asphalt zum Verschwinden zu bringen. Ein kleines Beispiel, die Stadtpfarrkirche und der Vorplatz. Besser wäre es, wenn wir gegenüber den jüngeren kritischen Menschen auch Signale setzen, die mit dem Überbegriff Umwelt und Gesundheit in Einklang zu bringen sind. Für außerordentliche Aufgaben des Umweltschutzes, damit meine ich Luft, Wasser, Lärm, ist im aOH des Budgets 1985 kein Schilling im Budget 1985 eingesetzt. Die nach wie vor ungeklärte Frage der Sondermüllbeseitigung in Oberösterreich veranlaßt mich, die ÖVP-Vertreter hier im Gemeinderat zu ersuchen, sich bei ihren kompetenten Parteifreunden dafür einzusetzen, daß dieses auch für Steyr wichtige Problem nicht weiter auf die lange Bank geschoben wird.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich weiß ja nicht, in welche Richtung der Schender umfällt!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

1984 waren für Rad- und Wanderwege 1 Million im Voranschlag eingesetzt, für 1985 sind ebenfalls 1 Million im Voranschlag sichtbar. Hoffentlich werden nun wirklich Maßnahmen gesetzt, daß es noch im Jahr 1985 endlich Radwege gibt. Dieses Budget könnte dazu einen Beitrag leisten, wenn die Budgetwahrheit ernst genommen wird. Schwerpunkte für den Schutz der Umwelt sind leider nicht sichtbar. Vielleicht gelingt es dem Bürgermeister, eine weitere Forderung von uns zu realisieren: Nämlich durch Kontaktherstellung mit Mineralölfirmen für Steyr eine Tankstelle für bleifreies Benzin zu bekommen. Dies wäre ebenfalls ein Umweltschutzbeitrag.

Meine Damen und Herren, da jedes Budget auch bundesabhängig ist, möchte ich ganz kurz auch einige Details von Verbesserungen hier anführen. Diese Regierung unter freiheitlichem Einfluß bemüht sich, günstigere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Das geht von Steuererleichterungen durch Verlängerung des Zeitraumes für den Verlustvortrag, verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten, Erhöhung der Freigrenzen und des Freibetrages bei der Lohnsummensteuer u. a. bis zum Abbau bürokratischer Hemmnisse. Natürlich haben wir noch keinen Anlaß dazu, die Hände in den Schoß zu legen, es bleibt noch viel zu tun. Bei vielen Maßnahmen fällt auf, daß hier offensichtlich die bundesstaatliche Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Gemeinde zu funktionieren beginnt. Wie gut Zusammenarbeit klappen kann, sehen wir ja auch beim Staatsvertrag zwischen Bund und Land Oberösterreich über eine gemeinsame Regionalförderung und über Sonderförderungen. Fast 1000 Ansuchen haben Oberösterreichs Unternehmer bereits eingebracht, rund 60 allein aus Steyr. Den Großteil von ihnen haben Landesregierung und Bürgerfonds schon behandelt und ohne bürokratische Hürden bewilligt, darunter 27 Ansuchen von Steyr.

Ein Investitionsvolumen von rund 60 Millionen Schilling lösten diese Förderungen allein für Steyr aus, für Oberösterreich mehr als 1 Milliarde. Dieser Investitionsstoß hilft nicht nur den geförderten Betrieben, ihre Struktur anzupassen und im Wettbewerb zu bestehen. Die Aufträge, die aus diesen Investitionen folgen, tragen ebenfalls wesentlich dazu bei, daß diese Mittel auch Arbeitsplätze sichern helfen.

Meine Damen und Herren, ich darf nun auch zu den Einsparungen einiges ausführen. Ob die Stadt Steyr eine Studie erstellt hinsichtlich Verwaltungsvereinfachung oder um Kosteneinsparungen zu erwirken, sich bei verschiedenen Dienstzweigen mit Repri- vatisierungsabsichten beschäftigen wird, ist Sache einer Mehrheit im Gemeinderat. Laut Auskunft von Vizebürgermeister Wippersberger hat man in dieser aufgezeigten Richtung leider keine Absichten. Trotzdem sollte man auch hier überlegen, ob wirklich alles zwingend die öffentliche Hand machen muß. Muß es wirklich sein, daß die Stadt verschiedene Einrichtungen, Fahrzeuge und Geräte besitzt? Könnten wir nicht verschiedentlich örtliche Unternehmer beschäftigen? Sicherlich werden wir auf gewisse Stäbe des städtischen Wirtschaftshofes nicht verzichten können, das möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen, ich denke z. B. an den Winterdienst.

Es gibt aber auch noch andere Bereiche, die überprüft gehören. Vieles verwaltet eben die öffentliche Hand nur aus Tradition, aber nicht aus sachlichem Zwang. Daher schiene es sinnvoll, immer wieder zu hinterfragen, muß die Stadt diese Aufgaben selbst wahrnehmen? Wie wirtschaftlich führt der örtliche Unternehmer diese Arbeiten durch? Beispiele gibt es in Villach, Wels, Bregenz, wo Dienstleistungsarbeiten an örtliche Unternehmen vergeben werden. Das sollte den verantwortlichen Anhaltspunkte liefern, die zu Reformen führen können und sollen. Daher auch unser Begehren, eine Studie vorzulegen, um zu Kosteneinsparungen zu gelangen.

Meine Damen und Herren, reformiert gehören auch verschiedene Privilegien, für die sich die Bürger sehr interessieren, z. B. die einmalig für ehrenamtlich wirkende Stadträte gewährte Stadtratspension. Es bleiben die hohen Kosten für die Repräsentation, es macht den Verantwortlichen nichts aus, wenn das Amtsblatt aus teuerstem Material fast 1,5 Mill. S jährlich verschlingt. Ich muß daher schon fragen, wo bleiben bei uns die Einsparungen? Nicht einmal Lippenbekenntnisse werden abgegeben, geschweige eine Tat gesetzt. Aber-Millionen werden im Verlaufe einer Legislaturperiode für diese Dinge ausgegeben. Trotz über 400 Mill. Schilling Schulden, die sich über Steyr bis 1984 angehäuft haben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, reformieren müssen wir auch in einem anderen Bereich. Ich denke daran, daß die Verantwortlichen der Stadt wichtige Positionen vergeben, ohne sie auszuschreiben. Beim Bund gibt es nun die Ausschreibung aller wichtigen Posten. Ähnliches könnte auch in unserer Gemeinde geschehen. Aber man schaltet lieber in dieser Beziehung ein Geheimverfahren ein. Ähnliches haben wir auch kürzlich mit dem Posten – das hat mit der Stadt Steyr zwar nichts zu tun – des Landesfremdenverkehrsdirektors erlebt. Also, diese unsere Kritik trifft beide Großparteien. Ich kann daher nur sagen: Der Bürgermeister bzw. das Personalreferat soll aus mehr Kandidaten auswählen können, wenn über Dienstposten entschieden wird. Das kann man, wenn mehrere Bewerber vorhanden sind, die sich bei einer Ausschreibung bewerben. Es kann dann vielleicht nicht mehr so bequem monocolor entschieden werden. Ich weiß, daß man es nicht allen recht machen kann. Das sieht man auch dort, wo Freiheitliche solche Entscheidungen zu treffen haben. Nur nimmt diese Kritik manchmal schon kuriose Formen an. Dies sieht man etwa bei einem Artikel über Entscheidungen im Rechnungshof. Dort hat ein Journalist und Abgeordneter – er steht der ÖVP sehr nahe – Präsident Broesigke kritisiert. Er hat ihn kritisiert, weil der Rechnungshofpräsident nicht einen Roten, sondern einen Schwarzen zum Sektionschef ernannt hat.

Meine Damen und Herren, über eine große Personalauswahl aus Oberösterreich verfügt immer wieder das Bundesheer. Zu jedem der Einrückungstermine holt es viel mehr Landesbürger zu den Waffen, als Oberösterreichs Kasernen, vor allem die Steyrer Trollmannkaserne aufnehmen können. Viele unserer jungen Landsleute landen daher in anderen Kasernen fern der Heimat. Ich halte das grundsätzlich nicht für ein Unglück. Oft bringt es aber doch Härten und ist vor allem nicht im Sinne des anerkannten Landwehrprinzips. Kollege Humer ist Fachmann beim Bundesheer und wird das sicher bestätigen können. Hier könnte man seitens der Stadt etwas tun. Es müßte nur gelingen, das Bundesministerium für Landesverteidigung zu interessieren, unsere Kaserne in Steyr zu erweitern, Möglichkeiten einer Erweiterung im sogenannten Steyr-Markt-Gelände wären genügend vorhanden. Es könnten offizielle Stellen des Landes und des Bundes eine wirksame Unterstützung bei diesem Vorhaben bekunden, wenn diese Stellen kontaktiert werden. Dies soll als Anregung für die Verantwortlichen, zumindest als Diskussionsgrundlage, aufgefaßt werden.

Ich glaube, daß wir dann auch eine der Ursachen dafür ausräumen können, daß Oberösterreich die meisten Zivildienstler aller Bundesländer stellt. Gerade weil so viele Oberösterreicher außerhalb des Bundeslandes einrücken müssen, melden sich so manche lieber zum Zivildienst. Weil ich schon beim Zivildienst bin. Hier scheint es mir auch nötig zu überdenken, wo und wie man Zivildienstler einsetzt. Ich halte es für richtig, sie dort einzusetzen, wo sie, wie etwa beim Rettungswesen, unmittelbar dem Bürger dienen. Problematischer scheint es mir, wenn man sie bei uns in Steyr bei Post und Bahn beschäftigt. Wenn wir dort schon Arbeitskräfte brauchen, sollten wir lieber

arbeitslosen Jugendlichen eine Chance geben.

Meine Damen und Herren, die Grenzen unseres Landes hat seit einiger Zeit jene Autobahn erreicht, die Südosteuropa und Nordwesteuropa auf kürzestem Weg miteinander verbindet. Erfreulicherweise geschieht auch schon etliches, um die Lücke zwischen Suben und dem österreichischen Autobahnnetz zu schließen. Anders sieht es bei uns im Bereich von Steyr aus. Hier sind im Land überwiegend Bremser an der Arbeit. Die S 37 ist gefallen. Der Landesbaudirektion scheint die Lust an diesem Projekt vergangen zu sein. Steyr nützt dieser Rückzieher nichts. Wir benötigen aber eine leistungsfähige Straßenverbindung zur Westautobahn und zum öö. Zentralraum. Wie man dieses für Steyr notwendige Problem bewältigt, ob S 37 oder unter einem anderen Titel, das ist sekundär. Hier sollten wir alle an einem Strang ziehen, sonst gleiten wir ab, sonst verkümmern wir, das beweist ja die Volkszählung 1981. Nun zu einem Punkt, den wir als Budgetforderung gestellt haben, nämlich zur Haus- und Gehsteigreinigung. Bereits seit Jahren fordert die Steyrer FP die Übernahme der Haus- und Gehsteigreinigung für die älteren und kränklichen Steyrer durch den Magistrat bzw. durch den städtischen Wirtschaftshof.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Personaleinsparung!

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:
Das wäre etwas für Zivildienere.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das wäre auch eine Möglichkeit, das ist ja ein Vorschlag, den wir gemacht haben und der, wie ich gehört habe, nicht erfüllt wird. Aber ich möchte trotzdem, wenn es erlaubt ist, in diesem Punkt zu Ende sprechen.

Um dieser Forderung weiteres Gewicht zu verleihen, haben wir kürzlich im Rahmen unseres 7. "Bürgerstands" die Bevölkerung befragt. An der Fragebogenaktion beteiligten sich insgesamt 296 Steyrer Bürger. Dabei sprach sich die klare Mehrheit von 97,4 % der Befragten für die geforderte Übernahme der Haus- und Gehsteigreinigung durch den Magistrat bzw. durch den städtischen Wirtschaftshof aus.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich freue mich, daß ich Sie damit so erheitern konnte. Ich danke für Ihren Beifall. Immerhin wohnen etwa ein Drittel der Pensionisten in sogenannten Wohnblocks. Nicht alle betagten Bürger – ich hoffe, daß das jetzt nicht zu Lachausbrüchen führt und ich hoffe auch, daß das in der Bevölkerung bekannt wird, daß man das Problem der älteren Leute dazu hernimmt, um darüber zu lachen. Das finde ich sehr bedauerlich. Aber, um es nochmals zu sagen, es sind eben nicht alle betagten Bürger in der gesundheitlichen Lage, daß sie ohne weiteres z. B. die im Winter wechselweise durchzuführenden Schneeräumungsarbeiten bewältigen können. Denn nur in einigen Wohnblocks gibt es bezahlte Hausbesorger. Wir werden daher diese Wünsche betagter Bürger immer wieder deponieren und hoffen auf baldiges Gehör.

Zuletzt noch Allgemeines über den Haushalt und über das Finanzausgleichsgesetz. Der gesamte Voranschlag 1985 sieht Ausgaben in der Höhe von S 633,2 Millionen vor, die Einnahmen betragen jedoch nur S 609,5 Millionen. Ein Abgang von 23,7 Millionen wird heute beschlossen.

Ich möchte auf einzelne Ziffern heute nicht besonders eingehen, aber die Feststellung treffen, daß die Ausweitung der Ausgabenseite des Voranschlages gegenüber dem Vorjahr immerhin 5,7 %, sprich 34 Millionen, beträgt. Dies entsteht jedoch keineswegs dadurch, daß auf der Seite des aöH Außerordentliches an Ausgaben geplant wird, dieser Teil der Ausweitung wird nur mit 4 Mill. veranschlagt, sondern die urbanen Aufgaben und Ausgaben des öH werden um gleich 29,6 Mill. erhöht, was einer Steigerung von mehr

als 6 % entspricht. Der Löwenanteil dieser Steigerung ist Personalaufwendungen gewidmet. Gleich 230,9 Millionen müssen für Personalkosten, Gemeinderat, Pensionen und sonstige Ruhebezüge aufgewendet werden. Das sind fast 47,6 % der Reinausgaben des ordentlichen Haushaltes.

Meine Damen und Herren, ich sage das wertneutral und zur Warnung vor künftigen Entwicklungen, weil der Budgetspielraum immer kleiner wird, die Rücklagen ebenfalls kleiner und die Schulden und der Schuldendienst immer größer, wie der Kleinstdruck dieses Buches nachweist.

Über 471 Millionen Stadtschulden nötigen immerhin der Stadt einen Schuldendienst von bereits 48,9 Millionen Schilling ab, die Kreditzinsen machen allein 34,5 Millionen aus. Gott sei Dank entwickeln sich die Steuereinnahmen nach Schätzungen dieses Voranschlags günstiger. Sowohl bei der Gewerbe- als auch bei der Lohnsummensteuer werden Mehreinnahmen von 10 Millionen insgesamt erwartet. Und vom Bund erwartet man sich über den Weg des neuen Finanzausgleiches ebenfalls um 7 Millionen mehr.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang erinnere ich an unsere ablehnende Haltung, als es darum ging, eine gegen die Bundesregierung gerichtete Resolution mitzuverantworten. Ich sagte damals, es sei nicht notwendig, eine derartige Resolution, die die Befürchtungen um den Finanzausgleich betraf, zu verabschieden. Die Bundesregierung wird sicherlich trachten - meinte ich damals - daß die Gemeinden durch den Wegfall von Steuern z. B. bei der Gewerbekapitalsteuer Ersätze anbietet. Ich sagte damals, der Steuerausfall im Jahr 1985, der bundesweit rund 450 Millionen betragen wird, wird den Gemeinden vom Bund rückerstattet. Man hat mir nicht geglaubt. Ich hatte damals den Eindruck, die SPÖ vertraut nicht auf ihre Mannschaft in der Bundesregierung und ist Opfer der Oppositionspropaganda. Jetzt ist der Rahmen des neuen Finanzausgleiches vorgegeben: Über 2,2 Milliarden Schilling wendet die Bundesregierung zusätzlich für die Länder und Gemeinden auf. Die gleiche Maßnahme ist für 1986 und die Folgejahre mit einem Betrag von 650 Millionen vorgesehen, wobei durch die Änderung des Aufteilungsschlüssels bei der Gewerbesteuer zwischen Bund und Gemeinden auch für eine Dynamisierung zugunsten der Gemeinden Rechnung getragen wurde. Ich frage mich heute, warum dies damals die SPÖ Steyr unter Bürgermeister Weiss bei der seinerzeitigen Resolutionsbeschlußfassung nicht wußte.

Meine Damen und Herren, wir haben ja unser Wissen darüber auch nicht vom Heiligen Geist, sondern von unserem Parlamentsklub erhalten. Nun gibt es ja mittlerweile einen Dreiparteienbeschluß über das Finanzausgleichsgesetz. Die Geltungsdauer beträgt 4 Jahre von 1985 - 1988. Deshalb haben wir als einzige Partei im Rathaus dieser Resolution vor einem Jahr nicht zugestimmt, deren Inhalt Befürchtungen zum Ausdruck gebracht hat, die nun als unbegründet erscheinen.

Diesem Budget erteilen wir jedoch die Zustimmung mit der Auflage und Bitte, es mit der Budgetwahrheit auch ernst zu nehmen, denn letzten Endes wird man aber den Finanzreferenten nicht so sehr am Voranschlag messen müssen, sondern am Rechnungsabschluß im Wahljahr 1985. Entscheidend wird sein, ob es auch im Wahljahr gelingt, die Neuverschuldung der Stadt gegenüber den Vorjahren durch eine maßvolle Administration des Budgets zu stabilisieren. Diesen Appell kann man dem Finanzreferenten nicht ersparen. Von den geschriebenen Absichten her erscheint uns dieser Voranschlag annehmbar. Die Freiheitliche Fraktion wird daher, das habe ich bereits ausgeführt, dem Budget 1985 zustimmen.

Den zuständigen Beamten danke ich für die Erstellung und die Zurverfügungstellung des Rechnungswerkes. Allen Mandataren wünsche ich persönlich Gesundheit und alles Gute; gleichfalls allen Beamten und Bediensteten dieses Hauses.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für die Fraktionserklärung namens der Freiheitlichen Partei und ersuche nun Kollegen Tremel um seine Stellungnahme.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Voranschlag für das Jahr 1985 wird bereits von den kommenden Gemeinderatswahlen am 6. Oktober 1985 geprägt, im Gegensatz zu anderen Meinungen, die heute schon geäußert wurden, so daß im Wahljahr im Budget keine kommunalen Gebühren- und Tarifierhöhungen vorgesehen sind bzw. auch heute mit diesem Budget nicht beantragt werden. Sie brauchen es ja auch nicht, da sie ja mit Beginn des Jänners von der Gemeinderatsmehrheit bereits bis zu 50 % erhöht wurden.

Gleichzeitig zeigt der Voranschlag, obwohl sich die wirtschaftliche Lage in unserer Stadt in den letzten Jahren verschlechterte, die Region Steyr ein ausgesprochenes Krisengebiet trotz der Sonderförderungsaktion bleibt, daß die finanzielle Situation der Stadtgemeinde Steyr noch besser ist als in vielen oberösterreichischen Gemeinden. Dies drückt sich, meine Damen und Herren, vor allem darin aus, daß der oH, wie heute schon einige Male erwähnt wurde, mit 522,3 Millionen wieder ausgeglichen werden konnte und rund ein Viertel – genau sind es 139 Gemeinden – der 445 oberösterreichischen Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, den oH auszugleichen, weil ja der Finanzausgleich so gut ist, wie Kollege Eichhübl meint.

Das Budget der Stadt sieht Gesamtausgaben von 633,2 Mill. Schilling vor, um 33,9 Mill. oder 5,4 Prozent mehr als im laufenden Jahr, wozu allerdings 44 neue Darlehensmillionen notwendig sein werden. Im oH stehen 110,9 Mill. Schilling Ausgaben nur Einnahmen von 87,2 Mill. gegenüber, so daß ein Abgang von 23,7 Mill. zu erwarten ist. Für den Schuldendienst, für die Tilgung von Krediten und die Bezahlung der angelaufenen Zinsen müssen bereits 49 Millionen aufgewendet werden, was einem Betrag von 1.255 Schilling pro Steyrer – vom Kleinkind bis zum Opa – entspricht. Damit wird die Pro-Kopf-Verschuldung bis Ende 1985 bereits auf über 12.000 Schilling ansteigen. Z. B. aufgrund der Stadtverschuldung kamen 1966 auf jeden Einwohner 10 Schilling öffentliche Schulden, 1968 waren es bereits 500 Schilling und 1969 waren es pro Kopf der Bevölkerung 1.400 Schilling. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird, wie gesagt, 1985 auf rund 12.000 Schilling anwachsen und zeigt deutlich die falsche Finanzpolitik der SP-Regierung in den letzten 14 Jahren gegenüber vor allem den Industriegemeinden und damit auch für die Stadt Steyr. Die Entwicklung der zunehmenden Stadtverschuldung zeigt auch, daß die Benachteiligung der Gemeinden durch die Bundes- und Landesregierung unvermindert anhält. Und der neue Finanzausgleich, der am 1. 1. 1985 in Kraft tritt, ist nach Auffassung der Kommunisten keine große Entlastung für die Gemeinden und damit für die Stadt. Vor allem kann keineswegs von einer Besserstellung unserer Stadt gesprochen werden. Sicher ist die Herabsetzung der Landesumlage um 20 Prozent, also rund 4,5 Millionen, für unsere Stadt ein Vorteil. Doch entspricht diese geringe Reduzierung in keiner Weise unserer Forderung nach restloser Beseitigung dieser Umlage. Insgesamt bringt die 20 %ige Verminderung der Landesumlage den 445 oberösterreichischen Gemeinden nur 117 Millionen oder im Durchschnitt pro Gemeinde 260.000 Schilling.

Trotz Finanzausgleich nimmt die Finanzschwäche der oberösterreichischen Gemeinden nicht ab, sondern weiter zu, das möchte ich deutlich unterstreichen. Alles in allem sind die Änderungen im neuen Finanzausgleich in keiner Weise geeignet, die zunehmende Verschuldung unserer Stadt zu vermindern, geschweige denn die notwendige Investitionstätigkeit anzukurbeln. Aus diesem Grund verlangt die KPÖ-Gemeinderatsfraktion nicht nur die restlose Beseitigung der Landesumlage – nebenbei wird diese Forderung im Steyrer Entwicklungskonzept auch von SPÖ, ÖVP und FPÖ erhoben – sondern auch einen höheren Anteil am Ertrag der gemeinsamen Bundessteuern. Jedenfalls aber auch die Beseitigung der Mehrwertsteuer auf alle kommunalen Investitionen sowie auf Mieten und Sozialleistungen der Stadt. Die gesamten Ausgaben des Voranschlages steigen, wie auch heute schon erwähnt, im allgemeinen ungefähr nur im Ausmaß der Teuerung an. Es ist daher nicht verständlich und kann auch nicht unwidersprochen einfach hingenommen werden, daß in Zeiten der steigenden Dauerarbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltskürzungen, des Sozialabbaues sowie der allgemeinen Teuerung und Belastungen die SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung zur gleichen Zeit das Heeresbudget um 13 Prozent auf bereits 17 Milliarden Schilling erhöht. Die SP-Mehrheit, so auch der Finanzreferent Vizebürgermeister Wippersberger bei der letzten Gemeinderatsitzung, vertritt die optimistische

Auffassung vom wirtschaftlichen Aufschwung. Daraus zu schließen, daß es uns allen besser geht, wäre dennoch verwegen. Nach wie vor gibt es Arbeitslose, besonders in den Bereichen der Metall- und Bauindustrie. Die Arbeitslosenrate liegt in der Stadt Steyr und in den 13 Umlandregionen derzeit bei mehr als 5 Prozent und damit merklich über dem oberösterreichischen Landesdurchschnitt. Es gibt in der Region Steyr mehr als 1.600 vorgemerkte Arbeitslose, das haben wir ja heute schon bei der Einleitung von Bürgermeister Schwarz gehört, daß insgesamt 1.676 arbeitslos sind, davon 869 Männer und 807 Frauen. Außerdem 170 schulentlassene Mädchen und Burschen, denen lediglich 16 offene Lehrstellen zur Verfügung stehen. Und von den rund 6000 arbeitslosen Jugendlichen in unserem Bundesland zwischen 15 und 20 Jahren entfällt, wie Sie wissen, ein beachtlicher Teil auf die Region Steyr. Es ist auch bekannt, daß seit dem Jahre 1980 im Steyr-Werk 2.500 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, denen in den letzten Monaten durch eine verbesserte Auftragslage nur etwa 600 befristete Neuaufnahmen gegenüberstehen. Daher bin ich der Auffassung, daß die Bundes- und Landesregierung auch in Zukunft verpflichtet ist, die Sonderförderungsaktion zur Sicherung und Schaffung weiterer Arbeitsplätze in der Region Steyr weiterzuführen und zwar wirkungsvoller als bisher, wobei Maßnahmen gesetzt werden müssen, die für die krisengeschüttelte Region Steyr eine echte Hilfe bedeuten. Nicht nur für die Unternehmer und Großunternehmer, sondern vor allem für die Arbeiter und Angestellten. Vor allem ist die Errichtung einer Großlehrwerkstätte im Steyr-Werk für 500 bis 600 Lehrlinge nötig, nicht wie heute schon wieder von einer Reduzierung gesprochen wird, wir sind auch zufrieden, wenn es 300 werden. Es muß auf jeden Fall die Jugendarbeitslosigkeit gemildert werden.

Im Voranschlag der Stadt ist dafür ein Förderungsbetrag von 1 Mill. Schilling vorgesehen. Ferner muß endlich ein Lehrlings- und Jugendeinstellungsgesetz geschaffen werden und der kontinuierliche Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern für Klein- und Mittelbetriebe, wie sie derzeit vom Steyr-Werk und bei GFM gehandhabt werden. Bei den Einnahmeposten Gewerbe- und Lohnsummensteuer ist man nicht so optimistisch, da kann man wahrlich nicht feststellen "der Aufschwung ist da", wie die SP-Agitatoren behaupten. Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1984 verringert sich die Gewerbesteuer von 35 auf 34 Millionen Schilling. Außerdem weiß man, daß diese Steuer überhaupt auslaufen soll, was wiederum einen sehr hohen Preis für die Koalition mit der FPÖ zu Lasten der Gemeinde bedeutet. Dadurch erleidet die Stadt Steyr eine Einbuße, daß in der Bundespolitik von der SP-Führung der FPÖ recht teure Geschenke gemacht werden. Die Lohnsummensteuer steigt von 62 Millionen im laufenden Voranschlag auf 67 Millionen Schilling an. Bereits bei der Rechnung 1983 erbrachte sie 66 Mill. Schilling. Diese kleine Zunahme entspricht wirklich nur mehr den relativ geringen Lohn- und Gehaltserhöhungen. Dabei spielt auch sicherlich der 4,17 prozentige Lohn- und Gehaltsverlust der Arbeiter und Angestellten der Steyr-Werke durch die Kurzarbeit eine Rolle und schlägt sich negativ im kommenden Jahr 1985 im Gemeindebudget zu Buche. Nach einer Aussage des Nationalrates und Betriebsratsobmannes Leithenmayr hat die Kurzarbeit positiv eingeschlagen. Vielleicht für ihn, für die Arbeiter und Angestellten, aber wie sich hier in Ziffern und Zahlen zeigt, für die Gemeinde sicher nicht. Ich möchte auch sagen, die Lohnsummensteuer ist zu einer recht anfechtbaren Besteuerung geworden. Der Betrieb, der die meisten Arbeitsplätze hat und diese vermehrt, wird mit einer höheren Steuer belegt als jener Betrieb, der ohne Rücksicht auf soziale Verpflichtungen rationalisiert und Arbeitskräfte arbeitslos werden.

Die Steyrer Vertreter müßten im Städtebund die Auffassung vertreten, daß gerade die ständige Rationalisierung zu einer stärkeren Besteuerung herangezogen werden sollte, wodurch die heutige Lohnsteuer allmählich in eine gerechte Abgabe umgewandelt werden könnte.

Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich auf einige wichtige und vorrangige Probleme in unserer Stadt zu sprechen kommen. Es waren ja einige Fraktionssprecher so lieb und nett und haben doch einige wichtige Anliegen und Probleme, die von meiner Seite schriftlich vorgelegt wurden, in ihren Budgetreden eingebunden.

Die KPÖ-Fraktion hat bereits Ende September 1984 20 wichtige Anliegen - ich gehe nicht auf alle ein - und Forderungen im Interesse der Steyrer Bevölkerung zur Erstellung des Voranschlages für 1985 mit dem Ersuchen überreicht, diese soweit wie möglich zu be-

rücksichtigen. Aufgrund von Vorverhandlungen mit dem Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger und seiner rechten Hand Stadtrechnungsdirektor Schmidl wurden trotz einer sehr auf Sparsamkeit ausgerichteten Budgetplanung rund zwei Drittel von den 20 KPÖ-Vorschlägen im Voranschlag 1985 berücksichtigt. So werden für die Fortsetzung der Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten an gemeindeeigenen Althäusern die Zuschüsse von 2,5 auf insgesamt 5,7 Millionen Schilling erhöht. Vorrangig werden 2 Häuser in der Wehrgrabengasse Nr. 47 und das unter Kulturdenkmal stehende Haus Wehrgrabengasse 31 sowie die Häuser auf der Ennsleite saniert, wobei – das ist zu begrüßen – die Sanierungskosten nicht auf die Mieter überwältzt werden. Und 1 Million wird für die Fassadenaktion im Altstadtbereich zur Verfügung gestellt. Für die notwendigen Reparaturen der Brücken entlang des Wehrgrabenkanals sind 3 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag reicht sicherlich nicht aus, um neben der Direktionsbrücke die weiteren Brücken zu reparieren, die seit vielen Jahren für den allgemeinen Verkehr gesperrt sind und nur als Notstege für die Fußgänger dienen. Die KPÖ-Fraktion ist für die schnelle Errichtung und Inbetriebnahme der städtischen Mülldeponie in Hausleiten. Dafür sind im Voranschlag 10 Millionen Schilling präliminiert. Nach Inbetriebnahme fallen die hohen Transport- und Lagerkosten in St. Valentin im Ausmaß von rund 3,5 Mill. jährlich weg und die städtische Müllgebühr könnte auf den ursprünglichen Preis von 1983 um 50 Prozent reduziert werden.

Auch unser langjähriger Vorschlag, die Kunsteisbahn zu überdachen, wird im Rahmen der Sportplatzerrichtung Rennbahn realisiert. Für 1985 sind 10 Millionen vorgesehen, davon 2 Millionen für die Überdachung des Eislaufplatzes. Ich verlange auch mehr Sicherheit für Radfahrer und habe daher bei den Budgetgesprächen entsprechende Mittel, 1 Million Schilling, für die Schaffung von Radwegen erreicht. Vorrang hat der Ausbau eines Radweges auf der stark frequentierten Haratzmüllerstraße vom Plenkberg bis zur Pachergasse. Ebenso soll endlich auf der Enns- und Steyrbrücke durch Bodenmarkierung ein Radstreifen errichtet werden, der besonders der Schuljugend mehr Sicherheit bringen würde. Außerdem müßte mein Vorschlag, die Asphaltierung des Wander- und Radweges entlang der Enns vom Pumpwerk bis zur Schönauerbrücke endlich realisiert werden.

Im Innenstadtbereich ist die Errichtung von Abstellplätzen für Fahrräder und Mopeds besonders dringend. Dazu habe ich bereits im September konkrete Vorschläge dem Finanzreferenten übergeben, der die Prüfung versprach und auch versprach, das so weit wie möglich zu realisieren.

Ein allgemein bekanntes Problem ist der Verkehrslärm im Wohngebiet Resthof-Tabor. Durch den starken Fahrzeugverkehr auf der Resthofstraße zur Ressel-, Puch- und Porschestraße kommt es zu einer sehr starken Lärmbelästigung der Bewohner dieses Gebietes. Um diese Umweltbelästigung durch den Fahrzeugverkehr in diesem großen Wohngebiet zu beseitigen, schlage ich folgende Verkehrsregelung vor. Die Zu- und Abfahrt zur Resthofstraße soll von der Mannlicherstraße erfolgen. Die Resthofstraße soll ab Kreuzung Mannlicherstraße Resthofstraße bis Röhrholtweg (Zufahrt zu den Gewerbebetrieben) zur Sackgasse erklärt und gekennzeichnet werden. In der Gegenrichtung im Kreuzungsbereich Resselstraße Resthofstraße ist das Verkehrszeichen allgemeines Fahrverbot mit Zusatztafel "Zufahrt für Anrainer bis Röhrholtweg" gestattet, anzubringen. Durch die von mir vorgeschlagene Verkehrsmaßnahme würde auch der ständige Verkehrsstau im Wohngebiet Tabor bei der Einbindung Resselstraße in die Enns- und Porschestraße zum Tabor-Knoten bzw. Blümelhuberberg verhindert und die Umweltbelastung durch Motorlärm und Abgase gemildert. Eine weitere Verkehrsmaßnahme im Wohngebiet Resthof soll realisiert werden, die ich bereits anlässlich der Budgetsitzung 1982 verlangte, nämlich noch vor dem Ausbau der großen Firma Sommerhuber. Für die Ofnerstraße ab Kreuzung Siemensstraße soll ein Fahrverbot für den Lkw-Schwerverkehr erlassen werden. Dafür soll die Infangstraße ausgebaut und Zufahrtsstraße zur Firma Sommerhuber werden. Durch diese Maßnahme wird der Lkw-Schwerverkehr aus der Wohnsiedlung Resthof gänzlich verbannt und die Lärmbelästigung beseitigt. Die Kreuzung Enns- und Siemensstraße soll ampelgeregelt werden, um die Ausfahrt von der Resthofstraße in die Enns- und Siemensstraße sicherer zu machen.

Für die Umweltpolitik ist nach wie vor kennzeichnend, daß die Umweltschäden rascher wachsen als die Umweltschutzmaßnahmen, weil nach meiner Meinung die gesamte Umweltpolitik nach wie vor in erster Linie durch die Profitinteressen der Konzerne bestimmt wird. So wird in der Verkehrspolitik im Interesse der Auto- und Mineralölkonzerne bis heute dem Individualverkehr der Vorrang gegenüber dem öffentlichen Verkehr eingeräumt. Es ist auch nichts Neues, daß wir Kommunisten seit vielen Jahren für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs, des "nichtmotorisierten Individualverkehrs" eintreten und Geschwindigkeitsbeschränkungen in den Neubauvierteln Ennsleite und Resthof verlangen. Bisher, das muß ich sagen, ohne nennenswerten Erfolg. Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen nach meiner Meinung attraktiver werden durch Fahrpreis-Ermäßigungen für Autobusfahrten auf den städtischen Linien. Dabei ist auch das verstärkte Anfahren der Randgebiete der Stadt, der Waldrand-, Gründbergsiedlung sowie Gleink erforderlich, besonders auch in den Morgen- und Abendstunden, auch an Sonn- und Feiertagen durch die städtischen Autobusse. Positiv muß ich hervorheben, daß die Stadt jährlich einen über 6 Millionen Schilling-Zuschuß für den städtischen Autobusverkehr zur Verfügung stellt. Damit unser Stadtplatz zu einem der schönsten Europas wurde, mußten in den letzten 5 - 6 Jahren viele Millionen Schilling Stadtmittel bereitgestellt werden. Daher soll nach der Auffassung der KPÖ-Fraktion unser schöner historischer Stadtplatz von Fahrzeugen, mit Ausnahme der städtischen Linienbusse und der Taxis, freigehalten und zur Fußgängerzone mit Durchfahrtsmöglichkeit zu den Parkplätzen am Ortskai erklärt werden.

Ein weiteres dringendes Problem für die Stadt und die Umlandregion ist der Bau, wie auch heute schon stark unterstrichen wurde, einer leistungsfähigen Straßenverbindung von Steyr in den oberösterreichischen Zentralraum mit Anschluß an die Westautobahn, sowie die Errichtung der geplanten Nordspange mit dem Bau der 4. Ennsbrücke. Leider, und das muß ich auch sagen, gibt es von den etablierten Parteien, von der ÖVP, der SPÖ und der FPÖ, im Landtag - das zeigte sich auch vor wenigen Tagen in der Landtagsdebatte - im Nationalrat und Bundesregierung bisher keine konkrete Zusage bzw. Unterstützung, so daß diese wichtigen Straßen- und Brückenbaumaßnahmen in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden.

Für den Tunnelbau zur Schließung des innerstädtischen Verkehrsringes zwischen der Tomitzstraße und dem Abstieg zur Schwimmschulstraße werden von der Stadt im kommenden Jahr 21 Millionen Schilling 1985 aufgewendet. Jedoch durch die Nichtinangriffnahme des Baues der Nordspange, der 4. Ennsbrücke, wird es zu keiner Entlastung des innerstädtischen Verkehrsringes kommen. Dadurch wird es vor allem zu Stoßzeiten weiter auf der Blümelhuberstraße und am Taborknoten sowie in der Enns-er Straße zu Staus und vermehrter Umweltbelastung kommen. Im kommenden Jahr wird die Großkläranlage der Stadt in Betrieb gehen und die bereits zum Großteil fertigen Kanalsammler in die zentrale Kläranlage eingeleitet. Aber fehlen wird dabei ein wichtiger Kanalsammler im Wehrgraben. Mit dem Kanalbau konnte bisher nicht begonnen werden, weil die Herren Bürokraten in Bund und Land von ÖVP, SPÖ und FPÖ die Rechtslage bis heute nicht geklärt haben, obwohl bereits seit 2 Jahren feststeht, daß das Gerinne des Wehrgrabenkanals nicht zugeschüttet wird. Die KPÖ-Fraktion verlangt dessen ungeachtet, daß mit den Kanalbaumaßnahmen entlang des Wehrgrabens unverzüglich begonnen wird, damit die Abwässer aus den Wohngebieten Steyrdorf und Wehrgraben nach der Inbetriebnahme der zentralen Kläranlage nicht ungeklärt in die Steyr über die Enns in den Stausee geleitet werden.

Ende 1983 hat der Gemeinderat ohne meine Zustimmung ein großes Grundstück um 44 Millionen Schilling angekauft, das seither brach liegt, jedoch dafür jährlich 2,5 Millionen Schilling Zinsen zu leisten sind, das werden im kommenden Jahr schon 5 Millionen. Wichtiger wäre gewesen, man hätte um viel weniger Stadtmittel einen Grundankauf zur Sicherung bzw. Erweiterung des Erholungsraumes in der Unterhimmler Au getätigt. Zum Umweltschutz möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Die verstärkten Umweltmaßnahmen müssen ohne Mehrbelastung der Bevölkerung erfolgen, daher muß die Finanzierung durch jene erfolgen, die schon bisher wegen mangelnder Vorsorge vor Verschmutzung und Vergiftung der Luft und des Wassers profitiert haben. Die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates wissen ja, daß es immer wieder Ölverschmutzungen

gibt durch die Steyr-Daimler-Puch AG. Z. B. möchte ich hinweisen auf die Schlängelungen, die von Fall zu Fall in der Nähe des Möbelhauses Hoflehner ausgelegt werden.

Die KPÖ-Fraktion ist gegen zusätzliche Belastung der Steyrer Bevölkerung durch die notwendige Errichtung der städtischen Mülldeponie Hausleiten und der zentralen Kläranlage, die Kosten in der Höhe von rund 200 Millionen Schilling erfordern. Wir verlangen höhere Zuwendungen von der Bundesregierung anstelle sinnloser Milliardenverschwendung für den Ankauf von ausländischen Abfangjägern. Denn eine einzige Flugstunde eines Abfangjägers kostet so viel wie das Jahreseinkommen eines Arbeiters.

Man stellt mir seitens der Mehrheitsfraktion die Frage, woher soll die Regierung das Geld nehmen? Ich möchte heute öffentlich die Antwort geben. Auf keinen Fall dürfen weiterhin die Arbeiter, Angestellten und Pensionisten durch Steuererhöhungen, Teuerung und durch die Erfindung neuer Steuereinnahmen, wie Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes, Sozialabbau usw. zur Kasse gebeten werden. Die SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung soll sich das Geld dort holen, wo es ist – bei den Großunternehmen, die pro Jahr 15 Milliarden Schilling Profit einheimsen, bei ihren Managern, die ein Jahreseinkommen von 2,5 bis 4 Millionen Schilling und darüber beziehen. Bei den Steuerhinterziehern, die derzeit dem Staat mehr als 20 Milliarden Schilling schulden und bei jenen 10 Prozent der Besitzenden, die genau so viel verdienen wie die übrigen 90 Prozent der Österreicher. Wenn man für eine gerechte Umverteilung ist, dann müssen die Reichen zahlen. Nach wie vor ist und bleibt das Hauptproblem in unserer Stadt die Wohnungsfrage. Es ist eine bekannte Tatsache, daß es in der Stadt Steyr rund 1.600 Familien gibt, die seit Jahren auf eine GWG-Wohnung mit einer erschwinglichen Miete warten, obwohl in den letzten Jahren für hunderte Steyrer Familien die Wohnbedingungen verbessert wurden. Allerdings wurde unsere Vorstellung nach sozialen und billigen Mieten nicht erfüllt. Viele Steyrer Familien, insbesondere junge Familien mit Kindern, können sich die monatlichen Kosten von 4000 bis 5000 Schilling einer neuen Wohnung nicht leisten und warten oft jahrelang, bis eine alte Gemeindewohnung frei wird. In Oberösterreich ist es so, daß rund 30.000 Familien in diesem Wohlfahrtsstaat nicht mehr ihre Mieten bezahlen können. Und wenn die Wohnungsmieten von Jahr zu Jahr steigen, so ist es darauf zurückzuführen, daß die SPÖ, ÖVP und die FPÖ-Fraktion die Wasser-, Kanalbenützungs- und Müllabfuhrgebühren sowie die Heizungskosten wesentlich erhöhten. Aufgrund dieser Situation habe ich daher im Auftrag meiner Partei wiederholt Vorschläge im Wohnungsausschuß und im Gemeinderat unterbreitet, wie das drückende Wohnungsproblem gemildert werden könnte. So wäre es beispielsweise notwendig, daß im Budget mehr Mittel für den Wohnbau zur Verfügung gestellt werden. Im Resthof – darauf hat Kollege Zöchling schon hingewiesen – wurden Wohnbauten auf 64 kleinere Mietwohnungen umgebaut, um die monatliche Miete zu verringern. Für eine Zweiraumwohnung mit 49 m² zahlt man 2.420 Schilling, für eine Dreiraumwohnung mit 70 m² S 3.450,- und für eine Vierraumwohnung mit 82 m² sind monatlich 4.050 Schilling zu bezahlen. Dies entspricht pro m² S 49,50. An Baukostenzuschuß sind 26.250 bis 44.000 Schilling zu entrichten. Aber eine wesentliche Senkung der Mietkosten kann nur dann erreicht werden, wenn die Stadt auf die ständigen Gebührenerhöhungen bei Wasser, Kanal und Müllabfuhr verzichtet und mehr Budgetmittel für die kostenlose Grundbeistellung sowie durch Übernahme der Anschlußkosten bereitstellt. Die Verwirklichung eines sozialen Wohnbaues, mehr Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zu fordern, daß wirksame Maßnahmen gegen die Grundspekulationen ergriffen werden, die Profite der Bauwirtschaft eingeschränkt, die Zinsen der Wohnbaukredite gesenkt und die Mittel aus der staatlichen Wohnbauförderung wesentlich aufgestockt werden, wobei die Mehrwertsteuer auf Mieten auf jeden Fall abzuschaffen ist.

Ich habe auch heuer wieder bei den Vorberatungen zum Voranschlag 1985 im Interesse der 2.300 Mieter von Münichholz verlangt, daß die Stadtgemeinde zur Enttarnung, für die friedensmäßige Färbelung der Häuser in Münichholz nach 40 Jahren seit Beendigung des 2. Weltkrieges finanzielle Mittel in der Höhe von 5 Millionen Schilling bereitstellt. Aber meine Gesprächspartner bleiben auch heuer wieder hart und bleiben bei ihrem bekannten Standpunkt, bevor nicht die Steyr-Werks-Direktion zahlt, ist die Stadtgemeinde

auch nicht bereit, diesem Verlangen zu entsprechen. Die Gesamtkosten der Wohnhausbereinigung einschließlich der Enttarnung von 30 Millionen Schilling belaufen sich auf über 103 Millionen Schilling. Mit dem Zinsendienst und der ungerechten Mehrwertsteuer auf Wohnungen und Wohnbau wird sich dieser Betrag auf rund 150 Millionen Schilling erhöhen. Und diesen Betrag sollen die Mieter innerhalb der nächsten Jahre durch jährliche Mietzinserhöhungen bezahlen. Zum Beispiel muß jeder Mieter in den Angestelltenwohnungen laut Beschluß des Bezirksgerichtes Steyr für die Sanierungs- und Erhaltungskosten, aufgeteilt vom 1. 1. 1985 bis 31. 12. 1994, durchschnittlich den Betrag von rund 136.000 Schilling entrichten, dies entspricht einer Mietzinserhöhung von 11,90 Schilling pro m² und Monat. Um die Mieterhöhung vorerst zu mildern, wurde eine 3-Etappen-Lösung von den Mietervertretern durchgesetzt. Trotzdem muß z. B. eine fünfköpfige Lehrerfamilie mit einem Nettogehalt von 12.000 Schilling in der Leharstraße für die Hausinstandhaltung 10 Jahre hindurch durchschnittlich um 1.285 Schilling Monat mehr an Miete entrichten. Die Rede ist von einer Vierraumwohnung mit 108 m². Somit erhöht sich für eine Altwohnung ohne Heizung die derzeitige Miete von 1.900 Schilling auf 3.185 Schilling. Auch bei den sogenannten Volkswohnungen kommt es innerhalb der nächsten 10 Jahre aufgrund der laufenden Erhaltungsarbeiten auf eine Mieterhöhung pro m² und Monat um 10 Schilling. Die Stadt gab und gibt laufend beträchtliche Mittel, viele Millionen Schilling für Privathausbesitzer, sie wäre auch daher verpflichtet, für die sogenannten "Volkshäuser" in Münichholz einen angemessenen finanziellen Beitrag zu leisten. Geben Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, einen Zuschuß in der von mir geforderten Höhe für die Enttarnungskosten, damit leisten Sie einen kleinen Beitrag, um die Mieterhöhungen zu mildern. Ich fordere Sie von der SPÖ, der ÖVP- und FPÖ-Fraktion auf, Ihre Stellung dazu bekanntzugeben, damit die Münichholzer doch endlich Gewißheit bekommen, ob sie mit Förderungsmitteln von der Stadt rechnen können.

Auf dem Gesundheitssektor bestehen in unserer Stadt schwere Mängel. So verhindert der Standesdünkel der ÖVP-dominierten Ärztekammer die Ausbildung und Zulassung einer ausreichenden Zahl von Zahnärzten. Die Folgen dieser Ärztemisere sind untragbare, monatelange Wartezeiten für Patienten und überfüllte Wartezimmer. Aufgabe von Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist es, endlich einmal zu verlangen, daß die gesetzlich festgelegte Fristenlösung auch im Steyrer Krankenhaus durchgeführt wird, wenn notwendig, ist vom SP-Gesundheitsminister Steyrer eine Änderung der derzeitigen ÖVP-Personalpolitik zu fordern. Zu den Unvollständigkeiten der medizinischen Hilfe unserer Stadt gehört auch die seltene Tatsache, daß die Stadtgemeinde aufgrund jahrelanger Urgenzen von mir bereits im Sommer 1983 einen Notarztwagen um 600.000 Schilling für das Rote Kreuz angekauft hat, doch steht dafür noch immer kein Arzt zur Verfügung. Verantwortlich dafür ist die oberösterreichische Landesregierung, die dafür zu sorgen hätte, daß der Ambulanzwagen doch endlich auch die erforderliche ärztliche Mannschaft erhält. Das Schwerpunktkrankenhaus Steyr braucht die sofortige Einstellung von Ärzten zum Einsatz mit dem Ambulanzwagen, um bei schweren Unfällen oder bei Fällen von Herzinfarkt schnell und zeitgerecht helfen zu können.

Meine Damen und Herren, wir haben ja die Ehrung von Landeshauptmann-Stellvertreter Possart zum Anlaß genommen, um auch in dieser Angelegenheit zu intervenieren. Aber es ist lustig festzustellen, wenn man z. B. die OÖ. Nachrichten, das Sonderblatt von Steyr, zur Hand nimmt und dort lesen kann, wann bekommt Steyr endlich einen Notarztwagen? Manche glauben, das sei meine Zeitung, die Neue Zeit. Es freut mich aber trotzdem, daß auch hier in der Öffentlichkeit dieses Verlangen stärker in den Mittelpunkt gerückt wird. Allerdings, wenn man diesen Artikel liest, muß man feststellen, daß es der ÖVP-Landtagsabgeordnete Steinmayr ist, der sich hier besonders einsetzen wird. Solche Dinge werden scheinbar nur vor den Wahlen aufgegriffen. Das gilt nicht für den Landtagsabgeordneten Steinmayr allein, sondern das gilt auch für die sozialistische Fraktion. Wir haben einen Landesrat drüben, den Bezirksobmann der sozialistischen Partei, Kollegen Reichl. Wir haben Kollegen Dresl als Gewerkschaftssekretär dort, und Kollege Breurather hat über Straßenfrei- bzw. Staubfreimachung gesprochen. Ich möchte aber sagen, bei dieser Landtagssitzung hat weder der Landtagsabgeordnete Stein-

mayr oder Kogler oder auch andere nur ein einziges Wort zu dieser Frage verloren. Das möchte ich nur richtigstellen zu diesen Zeitungsaussendungen. Die KPÖ-Fraktion ist auch der Auffassung, daß die Teilfinanzierung der kommunalen und sozialen Leistungen durch Einsparungen, durch Reduzierung der hohen Politikerbezüge erfolgen könnte. Im Voranschlag 1985 ist jedoch eine Erhöhung der Bezüge um 578.000 Schilling auf 7,6 Millionen Schilling vorgesehen. Für die drei Bürgermeister, 6 Stadträte und 27 Gemeinderäte sowie die Pensionisten werden insgesamt über 9,7 Millionen Schilling aus der Stadtkasse entnommen. In Zeiten beträchtlicher Arbeitslosigkeit und großer Belastungen der Bevölkerung sowie der zunehmenden Verschuldung unserer Stadt ist eine Erhöhung der Politikerbezüge abzulehnen. Die KPÖ-Fraktion ist für die Beseitigung der Politikerprivilegien und der ungerechtfertigten Stadtratspensionen. Das Einkommen eines politischen Mandatars aus seiner Funktion soll in einem vertretbaren Verhältnis zum Einkommen eines Arbeiters oder Angestellten sein. Und von Sparsamkeit, wenn es um die eigene Tasche der Gemeindepolitiker geht, kann dabei wohl keine Rede sein. Durch Vereinbarungen mit BMW-Motorenwerk Steyr hat die Stadt Steyr Verpflichtungen übernommen, die die Stadtfinanzen auf Jahre schwerstens belasten, wodurch die Verschuldung noch weiter ansteigen wird. Im Voranschlag 1985 sind 6 Millionen Schilling für wirtschaftsfördernde Maßnahmen vorgesehen, davon die Hälfte, 3 Millionen, für BMW. Damit ist die Bargeldleistung von 21 Millionen Schilling für das Basisprojekt und die 1. Ausbaustufe abgegolten. Aufgrund der Stadtförderung der 2. Ausbaustufe von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze sollen bei Erreichung dieser Anzahl weitere 34 Millionen Schilling entrichtet werden. Diese enorme Zusatzförderung und die Rückzahlung für 2 Jahre der an die Stadtgemeinde geleisteten Lohnsummensteuer, von meiner Schätzung nach rund 16 Millionen Schilling, wurde bei der Beschlußfassung von der KPÖ-Fraktion abgelehnt. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben sich dafür ausgesprochen, allerdings soll die im 2. Förderungspaket zugesicherte Finanzunterstützung für BMW nur dann realisiert werden, wenn bei Vollausbau im Jahre 1986 eine Beschäftigungsquote von 60 Prozent der in Steyr wohnhaften Beschäftigten erreicht wird. Derzeit sind im BMW-Motorenwerk 1.400 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, wobei der Beschäftigungsgrad von Bewohnern der Stadt völlig unbefriedigend ist und voraussichtlich die 60 Prozent bis 1986 nicht erreicht werden und daher die Millionenförderung, die aus Steuerleistungen der Steyrer Bevölkerung kommt, nicht ausbezahlt werden darf. Wenn schon Wirtschaftsförderung, dann soll man die heimische Wirtschaft fördern, im besonderen die eigenen Stadtwerke und die Klein- und Mittelbetriebe. Alle Steyrer Betriebe zusammen haben in den letzten Jahrzehnten nicht einmal einen Bruchteil der Förderungsmittel erhalten, wie die Mehrheit des Gemeinderates bereit ist, dem BMW-Motorenwerk zu geben.

Abschließend möchte ich ausdrücklich feststellen, daß für 1985 eine ganze Reihe von echten sozialen Leistungen der Stadt im Budget verankert sind. Dies kommt deutlich bei den Zuschüssen zum Ausdruck: Für das Altersheim – wie Finanzreferent Wippenberger schon hinwies – 24 Millionen, für Kindergärten und Horte 15 Millionen, Heimatmuseum durch Nulltarif 1,3 Millionen, Jugendherberge über 600.000 Schilling und für die Altenbetreuung, Wohlfahrtswesen und Seniorenpaß 4,8 Millionen Schilling. Weil die Haupteinnahmen der Stadt von der arbeitenden Bevölkerung stammen, bin ich der Auffassung, daß die erhöhten Zuschüsse und Ausgaben für den Wohnbau, für Kultur und Sport, für den städtischen Autobusverkehr, für Gesundheit sowie für die Kinder- und Altenbetreuung voll gerechtfertigt sind. Unsere Vorstellungen und Alternativen zum Voranschlag 1985 sind wohldurchdachte und auch finanzierbare Anliegen und ich bin gleichzeitig felsenfest überzeugt, daß auch im Finanzplan 1985 es die Möglichkeit gibt, weitere Vorschläge und berechtigten Wünsche der arbeitenden Bevölkerung unserer Stadt zu erfüllen. Namens meiner Partei stimme ich dem Voranschlag für das Jahr 1985 zu, weil darin gewisse Vorschläge der KPÖ-Gemeinderatsfraktion, die ich im Interesse der Bevölkerung gemacht habe, berücksichtigt sind. Keine Zustimmung gibt die KPÖ-Fraktion der Gruppe 0 – zu der in diesem Raum außer mir keiner das Wort ergreift – in der die Bezugserhöhungen für die Gemeinde-

politiker und die ungerechtfertigten Stadtratspensionen beinhaltet sind, Keine Zustimmung gebe ich auch zur Gruppe 9, Kapitel Finanzen, in der die Benachteiligung der Stadtgemeinde durch den neuen Finanzausgleich durch die SPÖ/FPÖ-Koalitionspolitik deutlich zum Ausdruck kommt.

Ich möchte Ihnen, Herr Bürgermeister, den beiden Vizebürgermeistern, den Damen und Herren des Gemeinderates sowie auch den Beamten und Bediensteten mit ihren Familien frohe Festtage wünschen. Und vor allem, was mir am Herzen liegt, wünsche ich allen ein friedliches Jahr 1985.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml, der den Reigen der Fraktionssprecher abgeschlossen hat. Es haben jetzt alle Fraktionen ihre positive Stellungnahme zum Budget abgegeben. Vor Fortsetzung der Diskussion erlaube ich mir, die Sitzung für 15 Minuten zu unterbrechen zum Zwecke der Lüftung und einer Kaffeepause.

Pause von 17.10 - 17.30 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir setzen die Budgetdebatte fort. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Stadtrat Pimsl, anschließend Kollege Hochrathen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der vorgelegte Haushaltsplan 1985 geht mit gutem Grund davon aus, daß der Gemeinderat die verfügbaren Mittel so verwendet, wie sie für die Notwendigkeiten einer pulsierenden Stadt weiterhin erforderlich sind. Darüber hinaus ist ein größtmöglicher Gleichklang mit den Bedürfnissen und Bewohner unserer Stadt herzustellen. Ein vordringliches Anliegen der Steyrer Bevölkerung ist die Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer ausgewogenen Umwelt. Reine Luft, sauberes Wasser, gesunder Wald und weniger Lärm sind keine Schlagworte, sondern Werte, die höchste Dringlichkeit aufweisen und allen anderen Überlegungen vorangestellt werden sollen.

Der Voranschlag 1985 trägt, wie daraus unschwer zu ersehen ist, diesen lebenswichtigen Erfordernissen weitgehend Rechnung. Insgesamt sind für Umweltmaßnahmen im Budget 42,5 Millionen Schilling praliminiert. Ich darf mir ersparen, auf einzelne Positionen einzugehen, weil dankenswerterweise unser Finanzreferent bei seinen Erläuterungen zum Budget bereits darauf eingegangen ist. Diese 42,5 Millionen Schilling sind bei weitem nicht der Gesamtbetrag der Aufwendungen für Umwelt, sondern sie sind weitaus höher, als wir im Budget aus Stadtmitteln verwenden. Ich darf hier insbesondere noch erwähnen, daß der Reinhaltverband für 1985 eben für die Umwelt 92 Mill. Schilling verwenden wird. Es ist sicher auch eine Umweltverbesserung, wenn unsere Stadtwerke weitere 10 Millionen Schilling, wie im Budget vorgesehen, dafür aufwenden, daß sie für das Wasserleitungsnetz, für den Großbrunnen Tinsting, beachtliche Mittel vorsehen oder wenn sie durch die Erneuerung des Fuhrparks bei den Verkehrsbetrieben für umweltfreundlichere Fahrzeuge Sorge trägt. Nicht nur die Erneuerung des Fuhrparks steht im Vordergrund, sondern auch die Verbesserung unserer Umwelt ist mit dabei. Umweltschutzmaßnahmen sind sicher nicht allein mit finanziellem Aufwand zu meistern. Es ist darüber hinaus die Einstellung des Politikers, aber auch die des Bürgers zur Umwelt mit ausschlaggebend. Maßnahmen, die daher zur Verbesserung unserer Umwelt unter anderem dadurch beitragen, daß im gesamten städtischen Bereich Sammelstellen für Altpapier, Glas, Batterien und überhaupt für Sondermüll, geschaffen werden bzw. wurden und dafür geworben wird, diese auch zu benützen, und deren Abtransport so weit gesichert ist, daß es gelingt, immer mehr Altwaren - ob Glas oder Papier - einer Wiederverwendung zuzuführen.

Eine erst vor kurzem vom Gemeinderat beschlossene Verordnung zur Verminderung unnötigen Lärms soll das städtische Zusammenleben weiter erleichtern. Die Schaffung von

verkehrsberuhigenden Zonen und Wohnstraßen sind ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Lebensqualität. Die Erstellung eines Verkehrsplanes für einzelne Stadtteile soll für die Bewohner dieser städtischen Bereiche, ob Tabor, Münichholz oder Ennsleite, um einige Beispiele zu nennen, eine wesentliche Verbesserung ihrer Umwelt bringen. Die rasche Errichtung der sogenannten Nordspange muß vordringlich verwirklicht werden. Ich freue mich darüber, daß alle Sprecher der Fraktionen sich zu dieser vordringlichen Maßnahme bekannt haben und ich freue mich besonders darüber, daß Herr Vizebürgermeister Fritsch nach seiner momentan etwas vorhandenen Sprachlosigkeit nach den Ausführungen des Herrn Landesrates Winetzhammer vor kurzem die Sprache nicht ganz verloren hat, sondern wieder Schritt gefaßt hat und sich absolut zu diesen notwendigen Maßnahmen bekennt. Ich hätte es bedauert, denn ich horche Ihnen gerne zu.

Die einzelnen Stadtteile sollen dauerhafte Verbesserungen durch diese Verkehrspläne erfahren, die ich für sehr vordringlich halte, meine Damen und Herren des Gemeinderates, weil zurecht kritisiert wird, daß Einzelmaßnahmen zwar zur momentanen Verbesserung beitragen, letztlich aber ein Gesamtkonzept notwendig ist, um eine dauerhafte Lösung zu erreichen.

Eine weitere Einbeziehung der Sanierung unserer Parkanlagen erscheint mir ebenfalls äußerst vordringlich. Hier meine ich insbesondere die im städtischen Bereich vorhandenen Teiche, wie unser Schloßparkteich, aber auch der Quenghofteich sollte von uns saniert werden, um die notwendigen Erholungsräume für unsere Bevölkerung zu sichern und wenn möglich instand zu setzen. Als zuständiger Referent für den Umweltschutz anerkenne ich die Bemühungen des Finanzreferenten, im Haushaltsplan für diese umfangreichen Aufgabenstellungen im Rahmen des möglichen Vorsorge getroffen zu haben. Zusätzliche Mittel werden allerdings weiterhin dafür notwendig sein. Unsere Umwelt, die Erhaltung und Verbesserung, ist keine Kurzzeitmaßnahme, diese Aufgabe kann nur allumfassend gelöst werden. Nicht der Wald, aber auch nicht der "Bruder Baum" alleine ist gefährdet, oder gar schon geschädigt, der Mensch ist gefährdet, Kolleginnen und Kollegen und seine Umwelt in der Gegenwart und auch in seiner Zukunft. Politiker werden gegenwärtig oft schon an dem gemessen, was sie nicht tun, anstatt an dem, was sie tun. Unsere gemeinsame Aufgabe kann nur so verstanden werden, das Notwendige und Richtige im erforderlichen Ausmaß zu tun und wir werden dazu auch die Zustimmung des Bürgers finden. Setzen wir uns daher diese große Aufgabe gemeinsam zum Ziel.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Ich bitte nun Kollegen Hochrather zum Pult.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

In meinem Beitrag zum Voranschlag 1985 möchte ich mich nicht mit Zahlen und Prozentsätzen beschäftigen, sondern einmal auf die Budgetwünsche und Anregungen einer kleineren Bevölkerungsschichte unserer Stadt, nämlich die der Bauern, eingehen. Wenn gleich die bäuerliche Bevölkerung auch nur einen geringen Teil unserer Einwohnerzahl darstellt, so haben meiner Meinung nach die Bauern als Landschafts- und Kulturpfleger doch ein Anrecht, ihre Betrachtungen zum Gemeindehaushalt vorzubringen. Unsere Landwirtschaft, vielfach auch als die grüne Lunge unserer Zeit bezeichnet, hat in der letzten Zeit eine Vielzahl von einschneidenden Maßnahmen hinnehmen müssen.

Zuerst wäre einmal der Straßenbau zu nennen. Nicht daß die Bauern als die davon am meisten Betroffenen gegen jeglichen Straßenbau wären, sie können nur oftmals den Vorgangsweisen rundherum um Planung und Bau von Straßen wenig Verständnis entgegenbringen. Dabei wäre es so einfach, das Verständnis derjenigen, die bei jedem Straßenbau oft schmerzlich getroffen werden, indem sie durch die oft zu großzügige Planung einen Großteil ihrer Existenzgrundlage, nämlich wertvollen Grund und Boden verlieren, zu gewinnen. Wenn sie sich nun fragen, wie das geht, so gibt es darauf eine relativ einfache Antwort, indem man die Betroffenen bereits bei der Planung von Straßen

informiert und dann ihre Anregungen und ihre Kritiken in die Planung miteinbezieht. So wird es dann möglich sein, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die für alle tragbar sind und nicht solche, wie uns die inzwischen "gestorbene" Schnellstraße S 37 gezeigt hat. Auch muß die kürzeste Linie zwischen zwei Punkten nicht immer die beste sein. Eines aber sollten wir vor allem an der S 37 für die Zukunft lernen. Bei der S 37 wurden Grundeigentümer bereits enteignet, obwohl der Bau und vor allem auch die Finanzierung dieser Schnellstraße noch nicht gesichert war. Nun befinden sich verschiedene der betroffenen Bauern in dem Dilemma, daß sie die für die Grundstücksablässe erhaltenen Beträge bereits investiert oder anderweitig ausgegeben haben und jetzt vielfach nicht mehr in der Lage sind, die seinerzeit für den Schnellstraßenbau abgelösten Grundstücke vom Bund wieder zurückzukaufen. Wertvolles Ackerland, oft mitten aus zusammengehörenden Grundstückseinheiten herausgerissen, kann durch diese Umstände in fremden Besitz gelangen. Daher als Anliegen der Landwirtschaft zum Bau der Nordspange und weiteren Straßenbauten folgende Bitte: Die Betroffenen bereits im Planungsstadium über die einzelnen Varianten und Möglichkeiten zu informieren und soweit wie möglich auch deren berechnete Einwände miteinzubeziehen und eine erforderliche Enteignung erst dann vorzunehmen, wenn der Bau und auch die Finanzierung der betreffenden Straße tatsächlich gesichert sind.

Ein anderes Problem, das die Bauern betrifft, sind Gemeindestraßen, durch die wiederholt bei Neuasphaltierungen die Breite zunimmt und sie dann breiter sind, als im öffentlichen Gut ausgewiesen ist. Das kommt davon, hat mir ein betroffener Landwirt erzählt, daß bei Neuasphaltierungen die Bankette und Ausweichen mitasphaltiert werden und die Gemeindestraßen oft nicht die Breite haben, um ein gefahrloses Begegnen oder Aneinandervorbeifahren von Pkws bzw. Lkws zu gewährleisten. Die weichen dann aus auf das Grünland, so werden die Straßen breiter, es entstehen wieder Bankette und bei der nächsten Neuasphaltierung werden diese Bankette wieder mitasphaltiert und die Straße nimmt immer mehr an Breite zu.

Es soll in unserem Gemeindestraßennetz asphaltierte Straßenstücke geben, die auf diese Weise stillschweigend ganz schön an Breite zugenommen haben. Als Beispiel möchte ich hier die Kegelprielstraße vom Bauernhaus Staffelmayrstraße bis zur Gemeindegrenze und die Hausleitner Straße - besser bekannt als die Zufahrt zur früheren Mülldeponie - erwähnen.

Eine Abwehrreaktion der betroffenen Landwirte gegen diese schleichende Straßenverbreiterung oder besser gesagt auch Enteignung, nämlich das Ziehen der tiefen Ackerrinnen bis an den Asphalttrand, wird demnach für uns auch verständlicher. Als eine zielführende Maßnahme wäre aber eine Überprüfung und Neuvermessung mit eventuell erforderlicher Grundstücksablösung zu empfehlen. Die von mir als Beispiel angeführte Hausleitnerstraße führte nicht nur zur alten Mülldeponie, sondern sie ist auch für mich die Überleitung zu meinem nächsten Betrachtungspunkt, nämlich der neu zu errichtenden Mülldeponie. Umweltschutz ist ja in unserer Zeit zu einem viel diskutierten und auch berechtigten Thema geworden, es wurde auch heute hier schon vom Umweltschutz gesprochen. Ich ersuche daher, schon bei der Planung dieser Deponie besonderes Augenmerk auf die dadurch entstehenden Umweltbelastungen zu richten. Dabei denke ich nicht nur auf die Verhinderung von Grundwasserbeeinträchtigungen, diese werden ja in den wasserrechtlichen Auflagen enthalten sein, Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die Luftreinhaltung zu achten. Wie wir aus dem Betrieb der früheren Mülldeponie wissen, bläst der Wind den Schmutz - ich denke im besonderen an Papierabfälle, Plastiksäcke und dergleichen - oft hunderte Meter, ja sogar oft kilometerweit über die angrenzenden Felder und Wiesen. Auch sollten bereits bei der Planung alle möglichen Vorsorgen für eine Vermeidung von Geruchsbelästigung getroffen werden, um sich die sicher heranstehenden Anrainerbeschwerden zu ersparen. Bereits beim Bau und später auch beim Betrieb wird es zu einer verstärkten Verkehrsbelastung auf der Zufahrtsstraße kommen. Es erscheint daher sinnvoll, schon vor Baubeginn dieser verstärkten Verkehrssituation Rechnung zu tragen und an einen eventuellen Ausbau der Zufahrtsstraße zu denken. Aus meiner Sicht sehr begrüßenswert ist die Errichtung bzw. Zurverfügungstellung von Grundstücken des sogenannten Distelbergergutes in Gleink für Schrebergärten. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber anregen, schon jetzt an eine Entsorgung

der anfallenden Abfälle zu denken, sonst kann es sehr leicht vorkommen, daß diese Abfälle in den umliegenden Feldern oder auch Wäldern abgelagert werden und das sollten wir zu vermeiden versuchen.

Erst gestern wurde eine große Sorge, aber auch eine Anregung der Bauwirtschaft an mich herangetragen und ich will gerne beides an Sie weitergeben. Diese Sorge betrifft zwar nicht Bauern aus unserem Gemeindegebiet, hängt aber doch ursächlich mit der Stadt Steyr zusammen. Bekanntlich bezieht die Stadt einen Teil ihres Trinkwasserbedarfes aus der im Gemeindegebiet von Garsten gelegenen Brunnenanlage Tinsting. Nun ist laut Aussagen von Anrainern dieser Brunnenanlage geplant, rund um diese Anlage ein Wasserschutzgebiet in der Größe von etwa 100 ha zu errichten. Was das für die betroffenen Bauern bedeutet, kann man erst verstehen, wenn man die näheren Auflagen und ihre Auswirkungen kennt. Aber auch für die Stadt als Bezieher dieses Trinkwassers würde sich die Errichtung dieses Wasserschutzgebietes finanziell auswirken. Für den durch diese erschwerten Wirtschaftsbedingungen verursachten Ertragsausfall ist laut Aussage der Bezirksbauernkammer mit einer Duldungsentschädigung von jährlich ca. 500.000 Schilling an die betroffenen Bauern zu rechnen. Dabei ist die Notwendigkeit eines Wasserschutzgebietes in dieser Gegend nach Aussagen von Experten der Landwirtschaftskammer überhaupt in Frage gestellt. Da die Errichtung des Wasserschutzgebietes neben den erheblichen Erschwernissen für die Landwirtschaft auch eine finanzielle Entlastung für die Stadt Steyr bringt, sollte man doch bereits vor Errichtung die unbedingte Notwendigkeit prüfen und erst dann wohlüberlegt die Entscheidungen treffen.

Am Schluß meiner Ausführungen will ich auch noch den Wunsch bzw. eine Anregung der Bauernschaft vorbringen. Dieser Wunsch ist auf Grund der Forderung vieler Städter nach der Öffnung unserer Wälder für Spaziergänger und Wanderer entstanden. So sehr ich die Öffnung des Waldes begrüße, so sehr bringt diese Öffnung auch Gefahren. Gefahren für den Wanderer, aber auch für die Waldbesitzer. Oftmals schon ist es in der trockenen Jahreszeit vorgekommen, daß ein Waldbrand durch ein leichtsinnig entfachtes Feuer oder sogar durch weggeworfene Zigarettenstummel entstanden ist. Neben den Gefahren, die ein Waldbrand für Menschenleben bringen kann, ist er aber auch immer ein erheblicher finanzieller Schaden für den Waldbesitzer. Um solche Brandschäden für den Waldbesitzer möglichst gering oder erträglich zu halten, haben einige Fremdenverkehrsgemeinden für die sich innerhalb des Gemeindegebietes im privaten Besitz befindlichen Waldstücke Feuerversicherungen abgeschlossen. Die Prämien, die sich bei wenigen Schillingen pro Hektar bewegen, werden von den Gemeinden bezahlt. Da die wenigen Wälder innerhalb unserer Gemeindegrenzen zu den beliebtesten Ausflugswegen der Steyrer zählen, wäre es sicher auch überlegenswert, eine derartige Feuerversicherung seitens der Gemeinde als kleine Sicherstellung oder Entschädigung der Waldbesitzer für eventuelle Brandschäden abzuschließen, zumal es äußerst schwierig ist, Verursacher von Waldbränden auszuforschen.

Wie ich heute erfahren habe, denkt jetzt die Gemeinde St. Ulrich daran, eine derartige Versicherung abzuschließen.

Am Ende meines Berichtes angelangt, hoffe ich, daß es mir gelungen ist, einen kleinen Beitrag zum besseren Verständnis zwischen der Stadtverwaltung und unserer bäuerlichen Bevölkerung beizutragen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Hochrath für seinen Beitrag. Als Nächste bitte ich Frau Stadtrat Ehrenhuber.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, wertee Damen und Herren des Gemeinderates! Vizebürgermeister Wippersberger hat in seiner Budgetrede bereits auf den hohen Zuschußbedarf für das Zentralaltersheim hingewiesen. Dieser Zuschuß wird sich in den kommenden Jahren sicherlich nicht verringern. Dies ergibt sich einerseits schon daraus, daß sich die Zahl der pflege- und hilfebedürftigen Menschen allein schon aufgrund der steigenden Lebenserwartung erhöht und damit unser Zentralaltersheim immer mehr zu ei-

nem Pflegeheim wird. Der Beweis ist damit gegeben, daß das Haus zu Beginn nur etwa 50 Pflegebetten hatte, heute sind es bereits 184. Die Warteliste für ein Pflegebett umfaßt derzeit 55 Ansuchen. Darunter sind ca. 15 sehr dringende Fälle. Die Eröffnung der neuen Pflegeabteilung, genau heute vor einem Jahr, und die Schaffung von zusätzlichen 33 Pflegebetten brachte daher nur vorübergehend eine Verkürzung der Wartefrist. Wir sind uns aber der Aufgabe, die wir gerade unseren älteren, kranken Mitbürgern gegenüber zu erfüllen haben, voll bewußt und daher auch schon wieder dabei, in einem Trakt der Heimabteilung Pflegebetten einzubauen. 3 Millionen Schilling sind für diese Erweiterung und diverse Verbesserungen im Altersheim im Budget 1985 vorgesehen. Daß die Betreuung dieser schwerkranken Mitbürger einen sehr hohen Personaleinsatz, aber auch entsprechendes Fachpersonal verlangt, ist verständlich. So beträgt derzeit der Verhältnis Pflegepersonal – Patienten in der Heimabteilung 1 : 16, in der Pflegeabteilung 1 : 4. Insgesamt umfaßt das Pflegepersonal 57 Personen, davon 20 Diplomkrankenschwestern. Ich darf sagen, daß wir damit sehr gut, im Vergleich zu anderen Einrichtungen dieser Art, liegen. Aber der hohe Abgang und Zuschußbedarf ist vor allem unter dem Aspekt zu sehen, daß derzeit laut Gesetz der Sozialhilfeträger für die Pflegegebühren der geriatrischen Patienten voll aufzukommen hat. Für einen solchen Fall im Krankenhaus muß bis zur Verfügungstellung eines Pflegebettes seitens der Stadtgemeinde ein Betrag von 1.390,- Schilling pro Tag bezahlt werden. Ich darf daher heute einen langjährigen Wunsch und die Forderung der Stadtgemeinde nach Errichtung einer geriatrischen Abteilung im Landeskrankenhaus Steyr unterstreichen. Seit 13 Jahren werden mit dem Land Oberösterreich diesbezügliche Gespräche geführt, bisher leider erfolglos.

Werte Damen und Herren, ich glaube, unser aller Bestreben muß es sein, den sozial schwächeren, kranken und hilfebedürftigen Menschen unserer Stadt durch Bereitstellung der notwendigen Pflegebetten, aber auch durch entsprechende physische und psychische Pflege und Betreuung zu helfen, ihr schweres Los zu lindern. Die dafür notwendigen Mittel müßten gemeinsam von Stadt, Land und Bund getragen werden. Nachdem mit diesem Kostenfaktor nicht nur wir in Steyr, sondern alle Gemeinden mit derartigen Einrichtungen zu kämpfen haben, sollte dieses Problem durch gemeinsames Vorgehen aller betroffenen Städte und Gemeinden über den Gemeinde- und Städtebund einer Lösung zugeführt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Ehrenhuber für ihren Beitrag. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

GEMEINDERAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Trotz des leichten Konjunkturaufschwunges im Laufe dieses Jahres möchte ich sehr deutlich feststellen, daß für die Betriebe unserer Stadt eine verstärkte Gewerbeförderung notwendig sein wird. Ihnen allen ist das Problem unserer wirtschaftlichen Monostruktur bestens bekannt, die zu sehr auf metallbe- und verarbeitende Betriebe ausgerichtet ist und bei allgemeinen Konjunkturereinbrüchen sehr leicht in eine Krise kommt. Wir haben erst zu Beginn dieses Jahres erlebt, daß Steyr und seine Umgebung zur Krisenregion erklärt wurde und große Probleme angestanden sind. Man hat in einer Blitz-Feuerwehraktion seitens der Bundesregierung damals versucht, das Ärgste abzuwenden und das ist zum Teil gelungen. Nur wurden anstehende wirtschaftliche Probleme auch hier in den Steyr-Werken sicher nicht aus der Welt geschafft. Eine wesentliche Belebung im heurigen Jahr unserer Wirtschaft wurde dadurch erreicht, daß man in Zusammenarbeit zwischen Bund und Land den sogenannten Staatsvertrag ausgearbeitet hat, und damit Investitionsanreize und Möglichkeiten geschaffen hat, die von der Wirtschaft sehr gerne angenommen wurden.

Nachdem schon einige Zahlen genannt wurden vom Kollegen Eichhübl, möchte ich diesen etwas berichtigen, weil es nicht ganz gestimmt hat, was er gesagt hat, es wurden rund 114 Förderungsanträge gestellt und damit 1359 Arbeitsplätze gesichert. Das Kreditvolumen umfaßte rund 106 Millionen Schilling, bezogen auf Steyr Stadt und Steyr Land,

wobei sich die Beträge ungefähr zu 50 % aufteilen. Das Investitionsvolumen betrug fast 175 Millionen und die gesamten Zinsenzuschüsse von Bund und Land haben über 20 Millionen ausgemacht. Das ist der Stand Ende November 1984. Trotzdem ist das Problem, wie gesagt, in unserer Region nicht gelöst. Es müßte daher ein vordringliches Anliegen der Stadtverwaltung sein, Betriebe, die nicht auf die Metallbranche ausgerichtet sind, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur nach Steyr zu bringen. Daß dies nicht leicht ist, ist uns allen klar. Trotzdem sollten alle Anstrengungen unternommen werden, hier langfristig Lösungen zu suchen und auch zu finden. Ein Schritt hiezu wäre meiner Meinung nach die Errichtung von Gewerbehöfen. In der Bundesrepublik Deutschland existieren verstreut bereits heute eine Reihe von Gewerbe- und Industrieparks, aber auch von Handwerkerhöfen. Ziel ihrer Errichtung war es zumeist, den eigenen, durch die Stadtentwicklung beeengten und von der Lage her nicht ausbaufähigen oder sonst wie planungsbeeinträchtigten Betrieben eine Standortalternative anzubieten sowie bei der Betriebsansiedlung wertvolle Hilfe zu leisten.

Bei der Errichtung eines Gewerbehofes für Jungunternehmer, die eine Existenz aufbauen wollen, ist kaum eine Fehlinvestition zu befürchten. Existenzgründer müssen über mehrfache Qualifikationen verfügen, die neben handwerklichem Talent und beruflichem Können die Spürnase eines Marktforschers und viel kaufmännisches Geschick haben. Was ihnen fehlt, sind aber meist die finanziellen Mittel, um die notwendigen Investitionen, wie Grundkauf, Errichtung der Baulichkeiten und zusätzliche Anschaffung der erforderlichen Maschinen und Geräte tätigen zu können. Dem würden Gewerbehöfe abhelfen, wobei sich bei uns z. B. die stadteigenen Gründe an der Enns- oder Enns- und Enns- Straße anbieten, wo die Baulichkeiten mit einer allgemeinen Grundausrüstung errichtet werden könnten. Die Planung, sowie die Erfassung der Interessenten, soll in Zusammenarbeit mit der Handelskammer erfolgen. Wir werden gerne bereit sein, ihnen hier an die Hand zu gehen. Eine erste Voraussetzung für die Planung wäre aber die Erstellung eines Strukturplanes, aber nicht nur für das angesprochene Gebiet, sondern für ganz Steyr, um eine so gemischte wie problematische Verbauung, wie z. B. am Tabor oder Resthof in Zukunft von vornherein auszuschalten. Die Realisierung der Gewerbehöfe könnte in drei Phasen erfolgen, für das Budget 1985 wäre die Phase I mit Beistellung der Mittel für ein Flächennutzungskonzept und zur Kalkulation der voraussichtlichen Mietkosten, als Phase II könnten wir uns vorstellen als Ermittlung der Interessenten durch Ausschreibung in der Steyrer Zeitung, im Amtsblatt und in den öö. Tageszeitungen und die Phase III sollten der Bau und die Errichtung der Baulichkeiten in der Grundausrüstung sein. Bei einem späteren Ankauf der Liegenschaft durch einen Mieter könnten die Mieten auf den Kaufpreis angerechnet werden, was einen zusätzlichen Kaufanreiz bedeuten würde. Es sei nur am Rande erwähnt, daß sich schon einige Interessenten, darunter ein ganz namhafter, für dieses Projekt bei mir gemeldet haben.

Einer besonderen Wirtschaftsförderung bedürfen aber auch die Handels- und Gewerbebetriebe im Stadtteil Steyrdorf. Ich erwähne das trotzdem, obwohl schon Kollege Vizebürgermeister Fritsch die Bedeutung sehr anschaulich hervorgehoben hat, denn Sie alle kennen die Situation dort, und es scheint mir fünf Minuten vor zwölf zu sein, um hier wirksame und rettende Maßnahmen zu setzen. Die wichtige Erhaltung und Sanierung des Wehrgrabens wurde von Idealisten in zehnjahrelangem Ringen dankenswerterweise erkämpft. Steyrdorf ist immer noch ein Stiefkind unserer Stadt und die Sanierung dieses Stadtteiles liegt in weiter Ferne. Es wäre daher vordringlich, hier ein Strukturprogramm, z. B. über die Infrastruktur zu erstellen, um den Bestand der Geschäfte, aber auch der Häuser und deren Wohnungen zu sichern, und Steyrdorf mit gehobener Wohnqualität wieder zu neuem Leben zu erwecken. Von der Handelskammer sind bereits verschiedene Untersuchungen und Diskussionen durchgeführt worden, doch nun sollen in Zusammenarbeit mit der Bezirksstelle der Handelskammer auch von der Stadtverwaltung entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Eine erste Vorleistung wäre die Erhebung der Fassaden und der Bauzustände in Steyrdorf durch das Bauamt, um ein vorläufiges Bild über die baulichen Sanierungsmaßnahmen zu erhalten. Eventuell eine Kostenschätzung, dann eine entsprechende Förderung einmal durch die Fassadenaktion, wobei ich auch der Meinung wäre, daß sich die Stadt in verstärktem Maß daran beteiligen sollte. Dieses Gebiet wurde ja bisher wirklich sehr vernachlässigt. Ich denke da nicht nur an die Fassaden,

sondern auch an die Häuser, aufgrund des Wohnungsverbesserungs- und Althausanierungsgesetzes. Die erforderlichen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft in diesem Stadtteil sollen von den betroffenen Kaufleuten in Zusammenarbeit mit der Handelskammer erstellt werden.

Verkehrsprobleme, Infrastruktur habe ich schon angeschnitten, Linienverkehr, verstärkte Werbung und dergleichen. Steyrdorf soll und muß als einer der ältesten Stadtteile unserer Stadt erhalten bleiben.

Als Beitrag zur Wirtschaftsförderung könnte ich mir auch vorstellen, daß man die 20 %ige Kreditsperre für Förderungsbeträge an die Wirtschaft aufhebt bzw. nicht zur Anwendung bringt.

Nun noch ein Wort zur neu zu errichtenden Lehrwerkstätte der Steyr-Werke. Es ist sicher wichtig und notwendig, eine neue Lehrwerkstätte zu errichten, aber ich glaube, man sollte hier im Rahmen bleiben. Man sollte sie nicht überregional machen, sondern auf die Bedürfnisse des Werkes abstimmen. Und zwar aus welchen Gründen? Es gibt in Oberösterreich rund 32.091 Lehrlinge, davon werden im Gewerbe allein 16.491 ausgebildet, in der Industrie 6.658, im Handel 6.061, im Fremdenverkehr 1.834, in nicht kammerzugehörigen Betrieben 415 und im Geld- und Versicherungswesen 133. In Steyr-Stadt sind 1461 Lehrlinge und in Steyr-Land 945. Allein in Klein- und Mittelbetrieben werden weit über 50 Prozent aller Lehrlinge ausgebildet. Jetzt kommt ein besonderer Aspekt dazu. Man würde wieder viele Lehrlinge in der Metallbranche ausbilden, die sowieso immer sehr krisenanfällig ist und wenn die ihren Beruf haben, dann kommen sie hinaus ins Leben, sie können natürlich nicht alle untergebracht werden in den Steyr-Werken, das ist klar. Diese müssen sich also dann einen Beruf suchen und kommen sehr schwer unter, weil ja sowieso ein Überangebot an diesen Facharbeitern besteht.

Außerdem glaube ich, trotz der guten Ausbildung in den Steyr-Werken, ist die Ausbildung in einem Betrieb draußen in der Praxis sicherlich für die Wirtschaft wünschenswerter, denn da werden sie auf die Erfordernisse des Betriebes schon drei Jahre hindurch abgestimmt. Sie lernen den Betrieb sehr wesentlich kennen, leben mit dem Betrieb, und sie werden vor allem – das möchte ich besonders betonen – praxisnahe ausgebildet.

Eines möchte ich noch dazusagen, es würden in den Steyr-Werken rund 50 Lehrlinge pro Jahr mehr ausgebildet werden. So lautet die Ankündigung. 300 in 3 Jahren ca, pro Jahr 150 brauchen die Steyr-Werke selber, 50 würden mehr ausgebildet werden. Dies bedeutet bei Mehrkosten von 20 – 25 Millionen Schilling eine Lehrplatzförderung, bitte ausdrücklich nicht Lehrlingsförderung, von rund 400.000 – 500.000 Schilling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn sie diesen Betrag einem Betrieb in der Privatwirtschaft oder einem Klein- oder Mittelbetrieb zur Verfügung stellen, ich bin überzeugt, der schafft doppelt so viele zusätzliche Lehrplätze.

Ich möchte abschließend noch bemerken, die wirtschaftlichen Probleme unserer Stadt sind sicher noch lange nicht gelöst, es wird notwendig sein, ein langfristiges Konzept zu erarbeiten, um die Struktur zu verbessern und um Betriebe, vor allem junge Betriebe, Neugründungen, herzubekommen, um der Krisenanfälligkeit der Monostruktur einigermaßen Herr zu werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Schloßgangl, nächster Redner ist Kollege Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte mich an und für sich nicht zu Wort melden, tue es aber aus zwei Gründen. Erstens habe ich kurz vor der Sitzung gehört, daß sich alle meine werten Stadtratskollegen zu Wort melden und es nicht gut zu verantworten wäre, wenn man sagen müßte, der Wallner hat heute nichts zu sagen. Zweitens weiß ich, daß, anbetrachts der noch reichlich zur Verfügung stehenden Zeit bis zum Abendessen, Sie mir wahrscheinlich böse wären, wenn ich mich nicht zu Wort gemeldet hätte.

Nachdem jeder meiner Stadtratskollegen über seinen Bereich gesprochen hat, erwarten Sie sicher, daß auch ich das tue, – Bauamt, Baurechtsamt, Veterinäramt und Marktamt – so muß ich Sie enttäuschen, denn ich tue das nicht. Ich habe mir wirklich vorgenommen,

mich kürzest zu halten, nachdem Sie mir gewisse Kurzzeiten vorgegeben haben. Ich kann es damit begründen, daß all das, was ich dazu zu sagen hätte, schon für die Dezemberausgabe des Steyrer Amtsblattes von mir geschrieben worden ist, mit Foto und Faksimile-Unterschrift belegt. In dieser Seite ist all das, was an Erkenntnissen in den vielen Jahren meiner Tätigkeit in diesen Referaten zu gewinnen war, enthalten. Es wäre daher speziell für Sie, meine Damen und Herren, und vor allem auch für die Presse unzumutbar, was Sie dort in einigen Tagen nach Erscheinen am 16. lesen können, heute als Beitrag zum Budget zu bringen. Erlassen Sie mir daher das bitte.

Trotzdem möchte ich aber noch eine kurze Bemerkung aus meiner beruflichen Tätigkeit kurz anschließen an das, was Herr Ing. Schloßgangl über die Wirtschaft sagte. Ich habe mir die Mühe gemacht und festgestellt, welche Investitionen von der gewerblichen Wirtschaft allein im engsten innerstädtischen Bereich, also nur Stadtplatz, Grünmarkt und Enge, in den letztvergangenen Jahren getätigt wurden. Es waren dies Investitionen von 34 Firmen, also rund ein Drittel der Gesamtfirmen in diesem von mir angesprochenen Bereich, in einem Gesamtausmaß von immerhin bitte – das war auch für mich neu und verwunderlich – 86,180.000 Schilling. Eine genaue Berechnung liegt mir hier vor. Eine Investition in den letzten Jahren also in diesem engsten Bereich von 86,180.000 Schilling. Sie werden mir, glaube ich, recht geben, das ist eine sehr imposante Summe. Wenn man noch die Großinvestitionen der letzten Jahre, BMW, Leiner, Bauhaus etc. dazurechnet, hat sich, das kann man mit Stolz sagen, in Steyr sehr viel getan. Diese Investitionen spiegeln sich selbstverständlich auch im Stadtgebiet wider. Auch hier werden Sie mir recht geben, wenn ich sage, Steyr hat sich mit seiner Geschäftswelt zu einer attraktiven, modernen Einkaufsstadt entwickelt, die einen Vergleich mit anderen Städten nicht mehr zu scheuen braucht. Welchen Schluß kann man aus all dem ziehen? Die gewerbliche Wirtschaft hat Vertrauen in die Stadt Steyr und dieses Vertrauen ist zweifellos gerechtfertigt. Ein Appell sei mir bei dieser Gelegenheit noch gestattet an uns alle, auch an die gesamte Bevölkerung von Steyr. Dieser Appell scheint mir in diesem Zusammenhang wirklich angebracht. Tätigen wir alle unsere Einkäufe in Steyr und nehmen wir die mannigfachen Dienstleistungen der Steyrer Wirtschaft in Anspruch. Sie sichern damit den Bestand unserer Betriebe und damit die Arbeitsplätze.

Nun lasse ich einiges aus, was ich noch vor hatte, denn ich habe versprochen, daß ich meinen Beitrag kurz halten werde. Einen Beitrag aber müssen Sie bitte noch über sich ergehen lassen, der, wenn Sie wollen, die trockene Materie der heutigen Sitzung etwas auflockern soll. Ich will diesen Beitrag unter das Motto stellen "Der alte Specht, der klopft nicht schlecht". Ich weiß, ein etwas unüblicher Titel für eine Gemeinderatsbudgetsitzung. Zur Erläuterung: Am kommenden Montag, 17., wird der Mehrzwecksaal Wehrgraben feierlich seiner Bestimmung übergeben. Kaum einer der Festgäste und wie ich mich auch hier im Raum schon überzeugt habe, kaum jemand vom Gemeinderat wird am Eröffnungstag merken, welche Tragödie sich eigentlich nicht hinter, sondern vor der Fassade des Hallenneubaues vor kurzem ereignet hat. Kurze Vorgeschichte. Der Bund, für den wir ja den Saal, von uns vorfinanziert, bauen, verlangte für den Neubau eine höhere Wärmeschutzgruppe, demnach verlangte wiederum der planende Architekt von der ausführenden Baufirma eine entsprechende Isolierung der Fassade. Die Baufirma brachte diese Isolierung an. Zwischen der Außenmauer und der Außenhaut befinden sich Matten aus Styropor. Wenn man also von außen an diese Fassade klopft, klingt es hohl. Nun beginnt eigentlich die tragische Entwicklung. Das was ich jetzt sage, ist bitte kein Witz, ein Specht muß dieses Klopfen ausprobiert und angenommen haben, daß in der Zwischenschicht ganze Scharen von Maden wohnen und klopften insgesamt 47 Löcher in diese neue Fassade, von einem Haus, das bekanntlich noch nicht einmal eröffnet ist. Gleich vorweggenommen, die Wiederherstellung der Fassade kostet ca. 45.000 – 50.000 Schilling. Die Eingerüstung des Gebäudes zur Wiederherstellung dieser Fassade kommt ca. auf 43.000 Schilling. Nun begann ein Rechtsstreit darüber, wer kommt für diesen Schaden auf? Juridisch – wir haben ja einen Juristen unter uns, der wird mir recht geben, ist das zweifellos leicht zu beantworten. Der Verursacher ist erwiesenermaßen, das haben Baufachleute oder vielleicht hat man sogar einen Zoologen beigezogen, ich weiß es nicht, mir wurde es jedenfalls so erklärt, ein Specht. Aus verschiedenen Gründen ist der aber nicht eruierbar und wahrscheinlich auch nicht greifbar und wenn, dann würde er un-

ter anderem wegen Unzurechenbarkeit zweifellos freigesprochen werden, denn welcher normale Specht ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir bräuchten dazu ein Gutachten vom König!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

... würde annehmen, daß ein von der Stadt Steyr errichteter Neubau madig sei. Alle anderen Spechte im Stadtgebiet und darüber hinaus klopfen nach wie vor weiterhin an die Bäume.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Außerdem ist der Specht grün, da können wir schon gar nichts dagegen unternehmen!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Es geht der Rechtsstreit daher zweifellos in dieser Angelegenheit weiter, und zwar zwischen dem Architekten, der Baufirma und dem Materiallieferanten. Man kann also glaublich gespannt sein, wie dieser Rechtsstreit ausgehen wird. Für mich steht jedenfalls fest, Dinge gibt es, die gibt es nicht!

Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wallner, er hat zweifellos zur Auflockerung dieser Sitzung beigetragen. Ich bitte nun Kollegen Steinmaßl.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Errichtung von Gewerbehöfen, die durch die Stadtgemeinde finanziert werden soll, erscheint mir sehr nach Planwirtschaftsmaßnahme, die es in den Oststaaten gibt. Ich finde es sinnvoller, wenn die Gemeinde Grundstücke für die Ansiedlung von Betrieben preisgünstig zur Verfügung stellt. In Wels zum Beispiel – das ist eine vergleichbar große Stadt wie Steyr – wurde nach langen Beratungen und Verhandlungen ein gleichartiges Projekt aus den verschiedensten Gründen wieder fallen gelassen und als Ersatz eine Industriezone geschaffen, die sich steigender Frequenz durch Interessenten erfreut. Bei einer verstärkten Anbietung von gemeindeeigenen Gewerbegrundstücken an bauwillige Interessenten ist sicherlich eine Entflechtung der sogenannten krisenanfälligen Monstruktur in Steyr gegeben. Der Beweis dafür wurde schon erbracht. Ich denke dabei an die Firma Sommerhuber, an die neuen Betriebe an der Haager Straße in Gleink bzw. Dietach und letztlich auch an die Wolfersnstraße, wo sich auch drei Betriebe ansiedeln bzw. Betriebserweiterungen vorgenommen werden.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß man, sozusagen general geplant, die Wünsche der verschiedensten Gewerbe- bzw. Erzeugerbetriebe in diesen Gewerbehöfen unter einen Hut bringen kann. Mit einem vorgegebenen Raumangebot hat kein Betrieb die Möglichkeit, in Zukunft eine unter Umständen notwendige Betriebserweiterung vornehmen zu können. Ein Bedarf an Gewerbehöfen, sollten sie mit Handelsbetrieben besetzt werden, besteht in Steyr aber wirklich. Wir haben doch im Resthofgebiet praktisch ein Einkaufszentrum im Bereich des Sparkassenplatzes, genügend Einkaufsmöglichkeiten auch am Beginn der Ennsner Straße in den vielen Geschäften, und auf der Ennsleite kann man bei- nahe von einer Einkaufsstraße bei den Hochhäusern sprechen. Daß die Nahversorgung im Bereich Steyrdorf durch die Errichtung eines mit Handelsbetrieben bestückten Gewerbehofes an der Ennsner Straße zwangsweise zusammenbrechen würde, zeigt die Tatsache, daß immer mehr Geschäfte dort, speziell seit Eröffnung des Taborlandes, zusperren oder abwandern mußten. Dieser Trend würde sich sicherlich noch verstärken. Das würde sich auch nicht ändern, wenn drei City-Busse den Wieserfeldplatz anfahren würden, da ja jetzt praktisch dort schon keine Einkaufsmöglichkeit mehr gegeben ist.

Ich glaube daher, mit diesem Wunsch der ÖVP-Fraktion würde man den in Steyrdorf noch

ansässigen Geschäftsleuten keinen guten Dienst erweisen.
Ich darf die Befürchtung des Kollegen Holub bezüglich des Wasserschutzgebietes Tinsting ganz kurz streifen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es handelt sich um Kollege Hochrather, nicht um Kollege Holub!

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Entschuldigung.

Die Absicht des Wasserverbandes ist, für die Landwirtschaft keine ökologischen Nutzungsbeschränkungen zu beantragen im Gebiet des Großbrunnens. Es wurde ja, wie eigentlich bekannt sein müßte, im Herbst 1984 ein Versuch durchgeführt. Das Ergebnis davon sieht vor, daß keine Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung dieses Grundstückes zu befürchten sind. In dieser Hinsicht kannst Du Deine Landwirte sicher beruhigen. Es besteht die Absicht, kein engeres, sondern ein erweitertes Schutzgebiet dort zu schaffen, im Gegensatz zum Schutzgebiet Dietach.

Einige Worte darf ich auch noch, nachdem ich ja der Referent der Stadtwerke bin und sozusagen auch den Verkehrsbetrieben vorstehe, zu Kollegen Tremel sagen, und zwar zur Tarifstruktur. Seit Einführung der Netzkarte, die von 230 Schilling auf 200 – das ist eine Verminderung von 13 Prozent – gesenkt wurde, ist die Fahrgastfrequenz um durchschnittlich 7 % gestiegen. Trotz dieser Preissenkung ist der Verkauf der teureren Einzelfahrscheine gleich hoch geblieben. Was die angesprochene Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel betrifft – auch Vizebürgermeister Fritsch hat das eingangs erwähnt – verweise ich auf den seit Jahresbeginn 1984 eingeführten verkürzten Verkehrstakt auf den Linien Ennsleite und Tabor von einem halb- auf einen viertelstündlichen, und bei der Linie Krankenhaus – Gründbergsiedlung von ein- auf halbstündigen Intervall. Nach Christkindl und in die Waldrandsiedlung wurde auf 8 Hin- und Rückfahrten gesteigert und von Montag bis Samstag wurde der sogenannte "Volkshochschulbus" eingeführt, der allerdings, nebenbei bemerkt, sehr spärlich in Anspruch genommen wird. Ich bin überzeugt, daß eine Fahrgastfrequenzsteigerung bei mancher Linie – nicht bei jeder – nicht einmal bei Einführung des Nulltarifes möglich wäre, weil einfach der Bedarf nicht gegeben ist. Ich möchte in Erinnerung rufen, ich habe aus Zeitungsberichten voriges Jahr gelesen, daß z. B. in Rom der Nulltarif eingeführt und dieser nicht angenommen wurde.

Meine Damen und Herren, ich will Ihre Zeit nicht allzusehr in Anspruch nehmen und darf abschließend feststellen bzw. bekanntgeben, daß so wie im Vorjahr zu Silvester der sogenannte Silvesterbus ab 1.30 Uhr auf den Linien Ennsleite, Tabor, Stadtplatz bis 5 Uhr früh verkehren wird und ich hoffe, daß das ein Beitrag sein wird zur allgemeinen Verkehrssicherheit. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seinen Bericht. Nächster Redner ist Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nachdem ich vorhin fast ein Opfer der Prophetie geworden wäre, möchte ich die hellseherische Gabe des Herrn Stadtrates Steinmaßl nicht über Gebühr strapazieren, sondern gleich bei Dir, Herr Stadtrat, eine kleine Ergänzung zu Deinen Ausführungen anbringen. Es war sicherlich zu erwarten, daß noch irgend jemand von Seiten der ÖVP-Fraktion zu den Gewerbehöfen eine Antwort geben wird gegen die Stellungnahme, die Du seitens der sozialistischen Partei abgegeben hast.

Erlauben Sie mir, daß ich zunächst einmal den Hintergrund noch einmal kurz umreiße, vor dem sich die Forderung nach der Errichtung von Gewerbehöfen in Steyr, so wie wir sie gemeint haben, abspielt. Grundsätzlich einmal – ich verspreche, daß es nicht zu lange und zu breit wird – sind die Entscheidungen, die die Politik in der heutigen Zeit zu treffen hat, von einigen gravierenden Einflußfaktoren geprägt. Die sollten wir

uns alle einmal wieder zu Gemüte führen, damit wir ganz sachlich über die Themen reden. Als erstes möchte ich erwähnen, weil das zur Zeit in der Öffentlichkeit zwar nicht deutlich geäußerte, aber sicherlich gravierendste Argument ist, daß unsere Bürger in größerem Ausmaß ihre Bereitschaft verlieren, die Entscheidungen bzw. Absichten der Leute zu akzeptieren, die sie vertreten sollten. Das wäre einmal die erste Grundvoraussetzung, in der sich die Politik abspielt. Die alternativen Bewegungen usw. geben uns ja ein beredtes Beispiel dazu. Zum zweiten ist ein absoluter Wertewandel eingetreten, der vielleicht noch nicht bewußt geäußert wird, aber in vielfachen Verhaltensformen oder Gruppierungen schon deutliche Ausdrucksformen findet. Wir haben alle miteinander gelernt, im Wachstumsdenken unsere Ur- und Planabsichten zu finden. Wenn wir durchwegs an diesem Wachstumsdenken alleine als Prämisse festhalten, vergessen wir völlig, daß der Großteil unserer Mitbürger ganz andere Wertemaxime mittlerweile hat. Ich erwähne den Frieden, den wir hier in der Gemeinde gemeinsam leben, ich erwähne das Bewußtsein für die Umwelt und ich erwähne letztendlich, daß das Gefühl allmählich aufsteigt, daß unsere Generation für die kommende Generation in einem weiteren Ausmaß als das Ernähren der kommenden Generation verantwortlich ist.

Der dritte Punkt, der uns alle beeinflussen muß, ist die Krise der Beschäftigung, die teils ja keine Krise an Arbeitsmangel ist, sondern die Krise darin besteht, daß die Leute, die Arbeit wollen, - es gäbe auch Arbeit - niemanden finden, der sie bezahlt. Daraus läßt sich schon der vierte Punkt ableiten, nämlich die steigende Verschuldung, sei es bei den Unternehmungen oder sei es bei den privaten Haushalten.

Kollege Gemeinderat Ernst Seidl wird mir recht geben, in welchem Ausmaß die Anzahl der privaten Konkurse in der letzten Zeit zunimmt. Das ist auch eine Problematik, die wir bei politischen Überlegungen nicht übersehen dürfen, der Verschuldensgrad nicht nur der Unternehmungen, nicht nur der privaten Haushalte, sondern auch des öffentlichen Haushaltes. Das Anwachsen des Verschuldensgrades ist heute schon mehrfach lang und breit klargelegt worden. Ich habe mir, wenn es jemanden interessiert, Zahlenvergleiche herausgerechnet für die Periode, in der wir jetzt als Gemeinderat arbeiten, also von 1979 bis zum Rechnungsvoranschlag 1985. Wir wissen, daß 1979 247 Millionen Schilling der Verschuldensstand war und wir wissen, daß es heute 447 Millionen sind. Wir wissen, daß der Schuldendienst 1979 23,7 Millionen Schilling gekostet hat und wir wissen auf der anderen Seite, daß wir im Jahre 1985 laut Voranschlag nicht ganz 49 Millionen Schilling für den Schuldendienst aufwenden müssen. Ich wiederhole die Zahlen, die heute schon herausgearbeitet wurden, daß pro Kopf der Bevölkerung etwa 1.250 Schilling für den reinen Schuldendienst aufgewendet werden müssen. 1979 waren es noch 585 Schilling. Die Verschuldung in Summe pro Kopf unserer Bevölkerung hat von 6.103 Schilling 1979 auf 11.500 zugenommen, hat sich also verdoppelt. Das ist das wirtschaftliche Szenarium, vor dem sich die kommunalen Entscheidungen in der Stadt abspielen.

Dann kommt noch der fünfte und meiner Meinung nach letzte Punkt in dieser Gedankenkette dazu, der die Entscheidungen beeinflußt, nämlich die stagnierenden Einnahmen sowohl der Unternehmungen als auch der privaten Haushalte, als auch der öffentlichen Hand. Bei größer werdenden Problemen, bei größer werdenden Strukturverbesserungsmaßnahmen, bei der Riesenproblematik des Umweltschutzes bzw. all den Dingen, die wir zu bewältigen haben und den Hypotheken, die wir selbst auf uns geladen haben mit den Entscheidungen der letzten Jahre, nämlich Schuldendienst, der sich daraus ergeben hat.

Zurück zur Gemeinde. Es liegen riesige Aufgaben vor uns, die zum Teil Pflichtaufgaben sind, weil sie schon begonnen sind und einfach fertiggemacht werden müssen. Z. B. die Kläranlage, das Kanalisationsnetz, das Problem der Müllbeseitigung ist heute schon ausführlich diskutiert worden und auch schon sehr kräftig erwähnt wurde von vielen Rednern, insbesondere von meiner Fraktion, die Problematik des Stadtteiles Steyrdorf. Wir haben dann noch einige Projekte weiterlaufen, die ich als Fleißaufgaben nennen wollte. Das waren die unbedingt notwendigen Sachen und dann haben wir uns Fleißaufgaben aufgehängt, z. B. der Sportplatz an der Rennbahn. Dann könnten wir noch Zusatzaufgaben finden, die in Prestigeobjekte eingestuft werden könnten, hier erwähne ich die Luxusausführung beim Eisstadion. Keine Frage, wir sind alle für die Überdachung des Eisstadions, aber bitte vor dem aufgezeigten Szenario mit der Finanzlage und der Bürgerzufriedenheit sollten

wir Luxuslösungen sehr wohl überdenken. Darum ersuche ich Sie herzlich. Die Problematik der Beschäftigung haben wir von der ÖVP-Fraktion gemeint, in Form von Gewerbehöfen in Lösungsvorschlag zu bringen. Hier glaube ich liegen Mißverständnisse vor, was wir dabei meinen, zumindest habe ich die Wortmeldung des Herrn Stadtrates Steinmaßl so verstanden. Es kann keine Rede davon sein, daß wir vorschlagen, daß vorgefertigte Hallen zur Verfügung gestellt werden, sondern daß innerhalb eines bestimmten näher festzulegenden Spielraumes Kubaturen zunächst zur Verfügung gestellt werden. Man weiß ja, was kostet der Kubikmeter Gewerbeobjekt. Man weiß, wieviele Kubikmeter von bis ein durchschnittlicher Gewerbebetrieb benötigt. Z. B. Handwerk bzw. alles, was unter den Titel Gewerbe fällt, aber im wesentlichen ist damit nicht das Handelsgewerbe gemeint. Wenn wir das gemeint hätten, wäre der Einwand mit Steyrdorf richtig. Man weiß also ungefähr, wieviele Kubikmeter benötigt werden, man weiß, wieviel der Kubikmeter kostet, also könnte man ein von bis-Offert den Interessenten ausstellen. So war es gedacht. Das ist uns selbst vollkommen klar, daß es nicht angeht zu sagen, wir bauen á lá Zündholzschachterl 10 Hallen nebeneinander und friß Vogel oder stirb Du nimmst jetzt die Halle. Das ist nicht beabsichtigt. Wir meinen nämlich, daß es notwendig ist, mit Instrumenten zur Bewältigung von Problemen heranzugehen, die sich etwas unterscheiden von den bisher üblichen. Denn die Instrumente, die wir zur Wirtschaftsförderung im allgemeinen einsetzen, sind Instrumente, die sich aus dem vergangenen Jahrhundert ableiten. Die seit dem vergangenen Jahrhundert nicht perfekt funktionieren und daher auch die Probleme der Gegenwart und der Zukunft kaum lösen werden. Es ist also unbedingt notwendig, daß wir sicherlich Gedanken sammeln müssen, die neue Wege zur Förderung darstellen. Dieser Gedanke wäre in diesem neuen Weg der Gewerbeförderung, der zunächst nur Raumoptionen, dann im Bedarfsfall der Anmietung und nach einer nach gewissen Bedingungen zu definierenden Zeit die Übernahme in das Eigentum bei anteiliger Anrechnung der Miete. Das wäre der neue Weg, ein solches Modell bitte gibt es noch nicht. Glauben Sie mir, wir können – nochmals gesagt – mit dem Hammer des vergangenen Jahrhunderts nicht die Elektronik des ausklingenden 20. Jahrhunderts schmieden. Das wäre der Werkzeugvergleich zu diesem Vorschlag und das ist die ernste Absicht, die bei unseren Überlegungen dahinter steht. Genau so ist begründet die Unterscheidung zwischen der Direktsubventionierung in der Gewerbeförderung in Einzelbetriebe oder aber in der Zinsenstützung von Finanzierungen, die sich der einzelne Betrieb selbst nehmen könnte. Dazu wäre noch eine Notwendigkeit in Verbindung zu bringen, damit unser Vorschlag noch plausibler klingt, nämlich es müßte mit den ortsansässigen Geldinstituten ein Verfahrenszinssatz vereinbart werden, zu dem das obergrenzlich behandelt wird. Denn sonst könnte wieder das Argument stimmen, daß da letztendlich nur die Geldinstitute verdienen könnten. Aber mit einem Verfahrenszinssatz, wie er bei manchen öffentlichen Förderungsaktionen ohnehin existent ist, könnte im Rahmen einer regionalen Vereinbarung mit dem Kreditmarkt hier vielen Betrieben mehr geholfen werden, als mit der Direktsubventionierung. Ich hoffe, daß Sie diesem plausiblen Gedankengang zumindest beitreten können.

Was die Problematik des Steyrdorfs betrifft, hat Stadtrat Steinmaßl in seinem Beitrag erwähnt, daß es nichts nützen würde, wenn wir drei City-Busse hinunterführen, wenn oben auf dem Tabor noch Handelsbetriebe dazukommen. Keine Handelsbetriebe, aber es wäre recht schön, wenn Massenverkehrsmittel das Steyrdorf noch mehr erschließen könnten, wenngleich ich auch meine, daß Infrastruktur nicht nur der Autobus ist, sondern Infrastruktur auch in der Qualität der dort befindlichen Wohnungen gefunden werden könnte. Darum sollte auch hier ganz massiv versucht werden, in der Zukunft neue Regelungen für die Altstadtanierung, oder neue Modalitäten für die Altstadtanierung, für die Altstadtrevitalisierung, zu finden. Seien Sie versichert, meine Damen und Herren, wir werden nach bestem Wissen und Gewissen und mit all unseren Kräften unsere konstruktiven Beiträge zu dieser Thematik leisten.

Genauso konstruktiv wie wir zu den Problemen des sozialen Wohnbaues in der Vergangenheit mitgearbeitet haben – Herr Stadtrat Zöchling, ich glaube, Du kannst das bestätigen, daß alle unsere Vertreter stets bemüht waren, konstruktiv mitzuarbeiten und nicht Opposition um jeden Preis zu machen – genauso werden wir uns auch für die Altstadt-

probleme kooperativ zur Verfügung stellen, wobei aber beim Kapitel Wohnbau doch noch im Haushaltsvoranschlag einzelne bittere Brocken zurückbleiben. Alle Jahre freuen wir uns über die budgetierten Mittel und alle Jahre stellen wir entweder per Nachtragsvoranschlag oder spätestens per Rechnungsabschluß fest, daß wir uns zu früh gefreut haben, daß die Mittel nicht ansatzmäßig verwendet wurden und das bei der Problematik, die sich unseren Steyrer Wohnungssuchenden darbietet. Der neue Weg der Finanzierung der GWG-Wohnungen scheint mir eine Besserung zu sein, denn ich glaube, da werden wir die Budgetmittel sehr wohl verwenden müssen.

Kompliment für die Versuche, nur bleiben wir bitte nicht auf diesen Versuchen hängen, sondern überlegen wir gemeinsam ständig weiter, was können wir zum Wohl unserer Mitbürger in Wohnungssachen machen. Überlegen wir gemeinsam, ob nicht doch das Umwandeln von Mieteigentum bei Interesse in das Eigentum des Wohnungsbenützers möglich wäre, weil durch diese Umwandlung und das Bezahlen des Eigentumsanteiles wieder Mittel für die Schaffung neuen Wohnraumes, oder was noch viel wichtiger wird in der Zukunft, für die Sanierung bestehenden Wohnraumes, frei werden. Das Problem heißt in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr, neue Häuser in die grüne Wiese stellen, sondern neues Leben in die alten Stadtteile zu bringen. Meine Damen und Herren, das wird der Prüfstein sein, wie einmal unsere Kinder uns messen, wie wir unsere öffentlichen Verpflichtungen erledigt haben. Die Zeit des nur Neubauens ist vorbei, die Zeit des bewußt Bewahrens ist gekommen. Genauso wie wir mit unserer Umwelt umgehen müssen, bewußt bewahren, genauso müssen wir mit den finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt umgehen und genauso, meine Damen und Herren, müssen wir mit den Bedürfnissen unserer Bürger umgehen. Dazu glaube ich, uns allen im Interesse unserer Bürger "Glück auf" wünschen zu dürfen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Da ich mich auch an der Debatte beteiligen möchte, darf ich Kollegen Fritsch ersuchen, den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Beitrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, gestatten Sie mir einige Überlegungen zu diesem Budget 1985. Ich möchte nicht zu den einzelnen Kapiteln im Detail Stellung nehmen, das wurde in sehr ausführlicher und sehr sachlicher Weise sowohl vom Berichterstatter, vom Finanzreferenten, als auch von den Fraktionssprechern, aber auch von den Diskussionsrednern bisher in sehr erschöpfender Weise getan.

Ich darf mich auf einige grundsätzliche Gedanken beziehen, aber auch auf einige kritische Bemerkungen, die in der Debatte vorgebracht wurden, eingehen.

Als Grundlage für das Budget, meine Damen und Herren, also auch für dieses, dienen die Überlegungen für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Im Juni dieses Jahres haben wir gemeinsam mit den Stimmen aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ein Entwicklungskonzept beschlossen. Dieses Konzept beinhaltet in seiner Gesamtheit Überlegungen und Vorstellungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Die Verwirklichung von Teilbereichen muß aber seinen Niederschlag und seine Auswirkungen in den Budgets der kommenden Jahre haben und so waren die Gedanken eines Entwicklungskonzeptes ein nicht unwesentlicher Faktor für die Budgeterstellung des kommenden Jahres. 1985 endet die sechsjährige Periode des Gemeinderates unserer Stadt und die einzelnen Parteien haben sich der Wahl durch die Bevölkerung zu stellen. Es wäre aber sicher falsch, wenn sich die Politik in den kommenden Monaten ausschließlich auf diesen Umstand beziehen würde und so wurden auch diese Überlegungen – das darf ich ganz deutlich hier sagen – keinesfalls Grundlage für die Arbeit des nächstjährigen Voranschlages. Es sind – das möchte ich auch anführen – in diesem Budget keine Prestigeobjekte enthalten, die im Hinblick auf die Wahl aufgenommen wurden. Die finanziellen Möglichkeiten einer Stadt sind naturgemäß weitgehend eingeschränkt, Kollege Wippersberger hat das schon angeführt, und viele Ausgaben sind von vornherein fixiert. Der vorhandene Freiraum muß daher sinnvoll für die weitere Ausgestaltung unseres Lebensraumes verwendet werden. Sie alle kennen die Vorhaben, die in Arbeit sind, sie wurden heute schon mehrmals angeführt. Ich darf einige der wichtigsten nochmals in Erinnerung rufen. Ich denke an die Fertigstellung des Abstieges in den Wehrgraben, an den Endausbau unserer Kläranlage, an die Weiterführung des Sportstättenbaues an der Rennbahn, aber auch an die weitere Absicherung und Verbesserung des breiten Bereiches unserer sozialen Versorgung, genau so wie die Aufgabenstellung im Schul- und Kulturbereich und den weiten Bereich des Umweltschutzes. Wir werden das große Problem der Sanierung unserer Mülldeponie Anfang nächsten Jahres in Angriff zu nehmen haben und dafür allein viele Millionen Schilling aufzuwenden haben. Wir haben uns darüber hinaus weiter vorgenommen, eine Verbesserung des Museums durch Anmietung von Räumlichkeiten und Ausgestaltung dieser Räumlichkeiten im Schloß Lamberg zu ermöglichen. Wir haben vor, die Volksbildung neu unterzubringen, und zwar werden wir ein Volksbildungshaus errichten in der Stelzhamerstraße in der freiwerdenden Schule.

Sehr beanspruchen, meine Damen und Herren, wird uns die Lösung im Bereich des Wehrgrabens. Die Vorgespräche für die Errichtung eines Museums der Arbeitswelt und in diesem Zusammenhang die Ausrichtung einer Landesausstellung im Jahre 1987 haben sich in den letzten Monaten sehr intensiviert und sie werden uns auch im kommenden Jahr stark beschäftigen. Im Präsidial-Planungsausschuß vor rund einer Woche wurden seitens der Architektengruppe Stelzer-Hutter-Falkner sehr brauchbare Vorschläge für die Gestaltung des ehemaligen Hack-Areales unterbreitet. Es scheint uns, daß der Ankauf des ehemaligen Hack-Areales aus diesem Grund sinnvoll ist. Die Stadt wird die Vorschläge dieser Architekten nach Überarbeitung der Öffentlichkeit vorstellen und wir werden, so hoffe ich, damit einer Lösung des vor einigen Jahren mit

so großen Emotionen behafteten Wehrgrabenproblems näherkommen. Wichtig in diesem Bereich scheint mir nicht nur die Errichtung von öffentlichen Einrichtungen, wie z. B. dieses Museums, sondern ganz entscheidend ist auch die weitere Belegung dieses Raumes durch eine zusätzliche Wohnbevölkerung. Ich darf sagen, daß wir den Bereich des Wehrgrabens auch so, wie Kollege Fritsch und andere Sprecher hier angeführt haben, in einem sehen mit dem Gebiet des Steyrdorfes. Ich glaube, daß eine zusätzliche Wohnbevölkerung im Wehrgrabenbereich gerade in diesem unteren Teil des jetzigen Hack-Areals – die Vorschläge der Architekten gehen in diese Richtung – angesiedelt werden soll, man soll dort zusätzliche Wohnungen schaffen, damit sich die Bevölkerungsstruktur dort verändert und daß dieser Bereich zwangsläufig zum Einzugsgebiet für das Steyrdorf kommen wird und so auch dort eine nicht unwesentliche Belegung nach sich ziehen wird. Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß wir schon Beispiele haben, seitens der Wohnungsgesellschaft der Steyr-Werke wurde in den letzten zwei Jahren durch die Sanierung des Wohnbaugebietes im Eysnfeld sicher ein sehr wertvoller Beitrag geleistet. Die Entwicklung, meine Damen und Herren, unserer Stadt kann aber nicht nur aus den inneren Strukturen erfolgen, sondern wir sind auch darauf angewiesen, daß die überregionalen Einrichtungen für die Weiterentwicklung unseres Raumes geschaffen werden. Mit besonderem Nachdruck möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Vordringlichkeit der Errichtung der Nordspange mit einer besseren verkehrsmäßigen Einbindung als bisher in den öö. Zentralraum verweisen. Ich appelliere nochmals – ich habe das schon das letzte Mal getan – an alle hier im Gemeinderat vertretenen Parteien, sich voll und ganz hinter diese Forderung der Stadt zu stellen. Ich habe heute bei dieser Debatte den Eindruck gewonnen, daß dies tatsächlich der Fall ist, wenn wir uns gemeinsam wirklich nach besten Kräften bemühen, muß dieses Vorhaben in Kürze verwirklicht sein.

Es wurde auch schon von Kollegen Wippersberger darauf hingewiesen, daß viele Schillinge des Budgets der heimischen Wirtschaft als Investition zugute kommen. Es freut mich, daß wir auch seitens des Bundes nicht zuletzt auch aufgrund unserer Interventionen viele Investitionen in unserem Raum beobachten können, und wir sind froh darüber. Es wurde gerade auf dem Sektor des Bauwesens einiges getan, ich darf hier die Errichtung des neuen Postamtes in der Dukartstraße, die Errichtung der Postgarage in der Schwarzmayrstraße, aber auch den Bau des neuen Kreisgerichtes anführen. Es freut mich auch, daß der weitere Ausbau der HTL in Angriff genommen wurde und ich hoffe, daß in Kürze auch mit dem Werkstättenbau für diese Schule begonnen werden kann. Der Neubau der Lehrwerkstätte, der in einem nicht unbeträchtlichen Maß seitens des Bundes gefördert wird, stellt mit einer Bausumme von rund 45 Millionen Schilling auch einen bedeutenden Beitrag dar. Ich werde auf dieses Problem noch kurz zu sprechen kommen.

Dagegen, meine Damen und Herren, bedauere ich es sehr, es wurde heute schon angeführt, daß wir im Vorjahr große Investitionen für Grundankäufe getätigt haben. Wir zahlen tatsächlich einen hohen Zins dafür, viele Millionen Schilling an Zinsen, und es ist bedauerlich, daß es trotz gemeinsamer Bemühungen nicht gelungen ist, eine sehr gute Firma, die im Gespräch war – die Zusagen haben sich beinahe in einer hundertprozentigen Ebene bewegt – zu gewinnen und diese Bemühungen zu keinem positiven Abschluß bisher gekommen sind.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, auf einige Punkte, die in der Diskussion angeführt wurden – ich möchte dem Schlußwort des Kollegen Wippersberger nicht vorzugreifen – einzugehen, da ich einige Male persönlich apostrophiert wurde. Ich möchte auch auf einige Diskussionsbeiträge näher eingehen.

Kollege Fritsch hat darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftsförderung erfreulicherweise mit einem Betrag von 1,5 Millionen Schilling vorgesehen ist, aber ich habe aus diesem Beitrag herausgehört, daß man eigentlich nicht jene großen Beträge, die wir für die Wirtschaft ausgeben, der Wirtschaftsförderung zuordnen, weil sie vertraglich gebunden sind. Ich glaube, da darf es doch keinen Unterschied geben, die Millionen werden für die Wirtschaft ausgegeben, ob das jetzt für das BMW-Werk ist oder für andere Betriebe, diese Beträge sind zu diesem Zweck von uns ausgegeben worden. Ob

das jetzt eine vertragliche Bindung hat oder nicht, das spielt in Wirklichkeit keine Rolle. Ich darf auch darauf hinweisen, daß wir zu Beginn des Jahres, als die kritische Situation in den Steyr-Werken war, Investitionen getätigt haben, die später vorgesehen waren. Ich denke z. B. an den Ankauf der Autobusse. Alle diese Dinge gehören in den breiten Bereich der Wirtschaftsförderung. Viele andere Dinge, ich habe nur diese zwei angeführt, könnte man hier noch dazutun. Wir geben also tatsächlich sehr sehr viel Geld dafür aus.

Meine Damen und Herren, einige Sätze zur Lehrwerkstätte. Hier haben wir unterschiedliche Auffassungen, das kann man ruhig aussprechen, es ist kein großes Malheur. Ich glaube aber, daß wir verpflichtet sind, gerade als Stadt, wenn wir schon für die Wirtschaft sehr viel tun, auch für die jungen Menschen Beiträge zu leisten, daß sie nach dem Schulabgang entsprechende Ausbildungsplätze haben. Die Steyr-Werke waren bereit, den Neubau der Lehrwerkstätte größer zu errichten, als es für den Betrieb unbedingt notwendig ist. Es wird seitens des Betriebes so dargestellt, daß man mit einem Bedarf von in etwa jährlich 50 Lehrlingen für den Betriebsbedarf das Auslangen finden kann.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Diese 50 Lehrlinge, die dort ausgebildet werden, hätten einige Millionen Schilling weniger an Aufwand gekostet, als die zusätzliche Ausbildung weiterer 50 Lehrlinge erfordern wird. Ein Bau der Lehrwerkstätte, der in etwa die doppelte Anzahl von Ausbildungsplätzen bringt, erfordert einen Betrag von rund 45 Millionen Schilling. Hier sind laut Auskunft der Direktion, des Vorstandes der Steyr-Werke, Zusagen seitens des Bundesministeriums mit einer Subvention von 15 Millionen Schilling vorhanden. Es ist also ein offener Betrag von rund 5 Millionen vorhanden. Seitens der Stadt haben wir immer erklärt, das muß ich hier sagen – vielleicht spreche ich hier im wesentlichen im Namen der sozialistischen Fraktion, aber die Mehrheitsverhältnisse sind eben so, wir glauben, daß diese Politik richtig ist – daß wir uns einer Förderung nicht verschließen werden. Konkrete Beträge, das darf ich sagen, wurden noch nicht vereinbart. Es ist eine Frage der weiteren Verhandlungen und auch eine Frage der tatsächlichen Kostengrößen, die dann dieser Bau verschlingt. Sie werden aber bemerken, daß bei diesen 15 Millionen noch 5 Millionen Schilling fehlen und vom Land diesbezüglich noch keine Zusage vorhanden ist. Ich war deswegen vor kurzem bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und im Zuge unserer Gespräche haben wir auch die Forderung der Stadt deponiert, diesen größeren Ausbau zu fördern. Hier ist die Bereitschaft sehr gering vorhanden, das muß ich sagen, es ist aber die Bereitschaft des Landes vorhanden, den Bau der Lehrwerkstätte für die Größe, die das Werk benötigt, das sind also die 25 Millionen Schilling, zu subventionieren. Wenn man rechnet, die übliche Förderung des Landes beträgt 10 % der Summe, also in etwa 2,5 Millionen Schilling, so dürfte es gelungen sein, auch seitens des Landes einen entsprechenden Zuschuß zu erhalten. So sieht die Situation dort aus. Ich glaube, wir können sehr froh sein, daß diese Lehrwerkstätte errichtet wird. Mir ist es lieber, wenn ich die Möglichkeit habe, 50 junge Menschen aus Steyr und Umgebung, das sage ich ganz deutlich, auf einem Lehrplatz unterzubringen, als wenn diese 50 keinen Lehrplatz hätten. Da muß ich Kollegen Schloßgangl widersprechen, die Wirtschaft kann keine Garantie geben, wenn diese Werkstätte nicht gebaut wird, daß diese 50 Lehrlinge in der Wirtschaft untergebracht werden. Ich glaube nicht, daß diese Garantie möglich ist. Dort aber hat man die Garantie, daß diese 50 Lehrlinge tatsächlich untergebracht werden können. Es ist also nicht so, daß man sagt, die würden woanders untergebracht werden. Ich glaube es deswegen nicht, weil es sich bisher nicht bewiesen hat. Umsonst gibt es nicht die große Problematik der Unterbringung der Lehrlinge in den letzten Jahren.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier noch einen Punkt anschneiden, und zwar die Kunsteisbahn bzw. die Überdachung. Hier glaube ich, war die Vorgangsweise, die

vorgenommen wurde, enttäuschend. Es wurde im Stadtsenat ein Antrag gestellt auf Vergabe der Planungsarbeiten für die Überdachung der Kunsteisbahn. Es wurde seitens der Österreichischen Volkspartei der Wunsch geäußert auf eine nähere Information. Wir sind diesem Wunsch nachgekommen, ich gestehe ohne weiteres ein, daß ein gewisser Informationsmangel vorhanden war, wo die Fehler sicher bei uns gelegen sind. Diesen Mangel wollten wir beseitigen und wir haben daher diesen Beschluß nicht vollzogen, sondern zurückgestellt zur Ermöglichung einer weiteren Information. So ist die Situation, das können die Kollegen, die im Stadtsenat sind, bezeugen. Ich möchte außerdem darauf hinweisen und es wird nach Weihnachten in einer weiteren Sitzung des Präsidial-Planungs-Ausschusses dieses Problem ausführlich behandelt. Zudiesem Bericht, der hier der Presse übermittelt wurde, – was ich zwar nicht ganz verstehe, weil solche Dinge das Vertrauensverhältnis und die gute Gesprächsbasis sicherlich nicht fördern – möchte ich sagen, daß folgender Passus sich drinnen befindet: "Werden nicht alle geplanten Bauetappen zur Ausführung gebracht, oder wird eine andere Firma mit Teilleistungen beauftragt, so ist von den Nettoherstellungskosten der nicht ausgeführten Bauetappen bzw. der durch andere Firmen erstellten Leistungen das anteilige Planungshonorar zu entrichten." Das heißt, wenn der Bau anders, billiger, in einer anderen Form oder nur teilweise errichtet wird, wie er aufgrund der Planung dargestellt wurde, dann verringert sich dieser festgelegte Betrag um diese Summe. Außerdem ist im Schluß noch enthalten: "Sollte nach erfolgter Ausschreibung die Fa. Hamberger nicht mit der Ausführung der Arbeiten betraut werden, erlaubt sich die gefertigte Abteilung, einen Amtsbericht zur Freigabe der erforderlichen Mittel für das Planungshonorar zur Vorlage zu bringen, analog Handhabung zu Abs.6." Dieser Absatz 6 war jener Absatz, den ich jetzt zitiert habe. Man sollte hier vollständige Informationen vornehmen. Wir können doch die Beschlußfassung über diese Überdachung, sei sie gestaltet wie immer, doch erst dann vornehmen, wenn wir konkrete Unterlagen aufgrund einer Ausschreibung zahlenmäßig haben. Diese Vorgangsweise ist keine Novität, sondern wurde in vielen anderen Fällen auch praktiziert. Dann werden wir uns unterhalten und darüber einigen und diskutieren. Ich glaube nicht, daß es richtig war, diese Vorgangsweise zu wählen, das möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen. Wir stehen dazu und es wurde auch von Ihnen aus der Österreichischen Volkspartei beteuert, daß eine Verbesserung der Situation auf der Kunsteisbahn erfolgen soll. Darüber gibt es keine Diskussion. Es gibt eine Diskussion darüber, wie die Gestaltung sein soll. Über diese Gestaltung ist dann zu reden, wenn man konkrete Planungen hat. Ich möchte noch etwas dazusagen, diese Überdachung bedeutet nicht nur eine Verbesserung der Eisbahn, sondern darin enthalten müßte auch sein eine Verbesserung der Eisaufbereitungsanlage, die schon verhältnismäßig alt ist, bzw. die Möglichkeit, die Abwärme zu verwerten. Diese Abwärme geht derzeit unverwertet in die Enns, hier müßten die entsprechenden Einrichtungen geschaffen werden. Allein eine solche Einrichtung, die sich auf Sicht gesehen finanziell positiv auswirken würde, würde 5 Millionen Schilling kosten. Der Betrag müßte da drinnen sein. Außerdem darf ich dazu sagen, wer öfter auf der Eisbahn ist und die Anrainer kennt und wer die Sensibilität kennt der Bevölkerung bezüglich Lärm, der weiß, daß eine Abschirmung gegenüber der Siedlung zweifellos eine nicht unbedeutende Umweltschutzmaßnahme für die Siedler darstellen würde. Ich habe das deswegen etwas breiter gebracht, weil ich glaube, daß man diese Dinge diskutieren muß. Ich bin mir sicher, daß wir uns zu einer Entscheidung finden werden.

Meine Damen und Herren, zur Müllentsorgung. Kollege Fritsch hat angeführt, man sollte versuchen, eine überregionale Deponie zu finden. Ich glaube aber, wir haben nicht mehr sehr viel Zeit, weil wir dieses Problem sehr gut kennen und ich wiederhole mich auch nicht gerne, wir haben ja nur deswegen die Instandsetzung unserer derzeit stillgelegten Mülldeponie ins Auge gefaßt, weil wir hoffen – die Entwicklung gibt uns sicher recht – daß in diesen 20 Jahren, wo wir dort die Möglichkeit haben abzulagern, sich eine Technologie entwickelt, die auch für uns verwertbar erscheint. Das wollte ich sagen. Ich glaube, daß man aus diesem Grund diese Überlegungen für unbedingt notwendig erachten muß.

Zum Berufsanliegen darf ich auch noch etwas sagen, wir haben diesen Punkt nicht über-

sehen im Budget, aber die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Schulorganisation legen uns sehr große finanzielle Lasten auf.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Jeder Gemeinde!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, jeder Gemeinde. Ich glaube man sollte, und wir haben uns darüber unterhalten, bevor man diesbezüglich Positionen in das Budget aufnimmt, alle Möglichkeiten zunächst prüfen, in welcher Form es organisatorische Möglichkeiten gibt. Man soll nicht von vornherein sagen, da setzen wir im Budget jetzt 10 Millionen Schilling ein, denn diese Größenordnung wird das in etwa umfassen, damit man diesen gesetzlichen Bestimmungen Rechnung tragen kann, sondern man sollte versuchen, andere, billigere Lösungen zu finden, die auf organisatorischer Ebene mit den Schulen, mit den Schulleitungen durchzubespochen sein werden. Deswegen ist auch auf diese Überlegungen noch keine Rücksicht genommen worden.

Ich darf auch einen Satz zum Amtsblatt sagen, weil auch das mehrmals zitiert wurde. Kollege Treml hat einen Zwischenruf gemacht, daß die Fraktionen nicht die Möglichkeit haben, dort zu sprechen. Ich glaube, daß das Amtsblatt ein Mitteilungsblatt der Stadt sein soll, und daß weitgehend politische Aussagen sich dort nicht befinden sollten. Es wäre natürlicherweise die Folge, wenn jede Fraktion dort entsprechenden Platz eingeräumt bekommt. Das Amtsblatt ist ein Mitteilungsblatt für unsere Bevölkerung über Sachfragen und die Sachfragen werden in den einzelnen Referaten des Stadtsenates behandelt. Daher haben die Mitglieder des Stadtsenates die Möglichkeit, sich dort darzustellen. Wir sollten aber, das glaube ich, das Amtsblatt nicht zum Tummelplatz von politischen Meinungen machen, das würde dem Charakter des Amtsblattes widersprechen. Das ist meine Meinung zu diesem Punkt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Tummelplatz ist schon ein wenig stark ausgedrückt. Deine Haltung ist genau so wie beim ORF. Die KPÖ ist nicht im Landtag vertreten und damit haben sie abgebaut. Das ist die Demokratie in Oberösterreich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Möglichkeit zur Darstellung hat man dann, wenn die Partei eine Stärke hat, daß sie im Stadtsenat vertreten ist, dann wird sie ihre Sachprobleme dort darstellen können. Meine Damen und Herren, zum Kollegen Eichhübl möchte ich ein paar Sätze sagen. Er hat den Begriff Umweltschutz mit den Bezeichnungen Luft, Wasser und Lärm dargestellt, und hat ganz übersehen, daß die größten Ausgaben, die wir in diesem Bereich haben, in die Kläranlage fließen. Die Kläranlage ist das größte Bauvorhaben, das die Stadt in ihrer Geschichte als kommunales Vorhaben errichtet hat. Das wird nicht akzeptiert, wird dem nicht zugerechnet, das ist scheinbar irgend etwas anderes. Roman ich möchte deutlich sagen, daß gehört sehr wohl dort dazu, der ganze Kanalbau usw.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch zum Wehrgraben noch einige Sätze sagen. Kollege Treml hat darauf hingewiesen und gefordert, daß der Kanalbau sofort begonnen wird im Wehrgraben. Dazu darf ich berichten, daß das Vorprojekt, das die Firma Flögl ausgearbeitet hat, fertig ist, und bereits dem Denkmalamt zur Stellungnahme übermittelt wurde. Es ist nämlich die Zustimmung des Denkmalamtes erforderlich und nach Vorliegen dieser Zustimmung kann dieses Projekt wasserrechtlich abgehandelt werden. Es ist ja bekanntlich ein Projekt, das außerhalb des Gerinnes erstellt wird, das also das Gerinne nicht wesentlich beeinflusst. So schaut die Situation aus. Wir alle kennen die große rechtliche Problematik, wir müssen die Möglichkeiten, die wir in diesem Gebiet haben, ausnützen. Wir haben hier doch ganz entscheidende Aspekte und Akzente mit diesem Budget gesetzt.

Im übrigen darf ich etwas sagen, so wie in der letzten Sitzung angekündigt, betreffend den Ärztenotdienst. Ich habe mit Dr. Honsig, der der Vertreter der Ärzteschaft in Steyr

ist, für Jänner einen Gesprächstermin vereinbart, damit diese Problematik auf der Ebene der Ärztekammer mit uns behandelt wird.

Meine Damen und Herren, soweit einige Gedanken zum Budget. Abschließend möchte ich eines sagen, ich bin seit 1967 im Gemeinderat, also verhältnismäßig lange schon, und die Kollegen, die ebenso lange hier sind, werden mir bestätigen, daß dies die dritte Budgetsitzung ist, die wir vor einer Gemeinderatswahl abgeführt haben. Das war 1973, 1979 und jetzt. Ich muß aber sagen, soweit ich das beurteile, daß diese Budgetsitzung bisher von einer großen Sachlichkeit gekennzeichnet war und daß die Sachlichkeit und Gemeinsamkeit im Vordergrund gestanden haben, um gemeinsame Bemühungen für unsere Mitbürger, für die Steyrerinnen und Steyrer, das Beste zu tun. Dafür möchte ich als Bürgermeister allen Fraktionen herzlich danken.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Er ist vorläufig der letzte Redner zum Budget. Ich frage, will noch jemand zum Voranschlag 1985 Stellung beziehen? Es ist dies nicht der Fall und ich darf daher den Herrn Finanzreferenten um das Schlußwort bitten. Gleichzeitig übergebe ich den Vorsitz wieder dem Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger zum Rednerpult.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich mit meinem Schlußwort sehr kurz fassen. Nicht zuletzt dadurch, weil in der Debatte schon manches aufgeklärt wurde und weil unser Bürgermeister mir schon manches vorweggenommen hat. Vizebürgermeister Fritsch ich bin auch Deiner Auffassung, daß die Lösung des Nordknotens völlig unbefriedigend ist und daß es hier eine bessere Lösung geben muß. Der gleichen Auffassung bin ich natürlich auch, was die Verbindung mit dem oberösterreichischen Zentralraum betrifft, daß wir hier gemeinsam vorstellig werden müssen, daß wir hier nach dem rechten sehen müssen. Der Appell an die Bürger, mehr die öffentlichen Verkehrsmittel zu verwenden, ist sicherlich sehr gut, ob er angenommen wird, ist eine zweite Sache. Ich darf sagen, daß in den letzten Jahren unsere Verkehrslinien ständig erweitert und ausgebaut wurden und daß wir wirklich bemüht sind, die Leute dazu zu bringen, daß sie mehr unsere öffentlichen Verkehrsmittel annehmen.

Verkehrsbeschränkung am Stadtplatz, das wurde von einem anderen Redner erwähnt, heraus mit dem Blech aus dem Stadtplatz – das hast Du ja auch gesagt – das ist sehr problematisch. Du hast erwähnt, daß Du Dich noch an die Zeit erinnerst, als die Enge bzw. der Pfarrberg zur Fußgängerzone gemacht wurden. Ich war damals in der Handelskammer und möchte nicht erwähnen, was gesagt wurde über uns. Aber im Prinzip wäre es richtig, wenn es möglich wäre, daß wir den Stadtplatz verkehrsmäßig entlasten. Auch wegen der vielen Fremden, die nach Steyr kommen, denn unser Stadtplatz ist ja wirklich großartig und jeder Fremde, der nach Steyr kommt ist davon begeistert. Wehrgraben und Steyrdorf sind bereits erwähnt worden. Auch sind bereits Zweifel aufgetaucht, daß eine zusätzliche Verkehrsbelebung im Raum Steyrdorf günstig ist. Ich glaube eher das Gegenteil, daß es besser wäre, wenn man Teile des Steyrdorfes zur Fußgängerzone machen würde, damit dort die Leute lieber einkaufen gehen. Aber entscheidend ist, das haben auch einige Debattenredner gesagt, daß wir den Stadtteil Steyrdorf, wie auch den Stadtteil Wehrgraben, wieder beleben. Die Wohnbevölkerung im Stadtteil Steyrdorf hat seit Kriegsende um fast 75 % abgenommen. Das ist der wesentliche Grund, warum dieser Stadtteil Steyrdorf mit seinen Geschäften so wenig angenommen wird. Es wohnt fast niemand mehr dort. Entscheidend wäre, nicht nur die Fassaden zu restaurieren, sondern die Wohnqualität dort zu verbessern. Das wäre das wichtigste, damit wieder Leute dorthin ziehen, damit wieder mehr Leute dort wohnen. Damit würde sicher die Wiederbelebung des Geschäftsverkehrs eintreten.

Objektivierung bei Personaleinstellungen. Dazu darf ich sagen, nachdem ich Personalreferent dieser Stadt bin, wir brauchen nur ganz selten ausschreiben, wir haben hunderte Ansuchen zur Aufnahme in die Gemeinde vorliegen und suchen wirklich sehr genau die Aufnahmen aus. Auch vom sozialen Standpunkt aus. Es gibt Leute, die halt in der Privatwirtschaft kaum unterkommen können, aber eine Gemeinde muß halt auch vom Sozialen ausgehen ...

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Einspruch Kollege Wippersberger. Beim Wort sozial fehlt eine Silbe.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die Silbe, Kollege Fritsch, fehlt sicher nicht. Wenn ich darand denke, daß wir in diesem Jahr eine ganze Reihe Behinderte aufgenommen haben, daß wir mit dem Arbeitsamt ständig in Kontakt sind und versuchen, jene Leute, die in der Wirtschaft nicht unterkommen, weil sie irgend ein Gebrechen haben, nach Möglichkeit bei uns zu nehmen.

Kollege Eichhübl, Du hast gesagt, Du hast Zweifel an der Budgetwahrheit. Ich zweifle an dem, was Du gesagt hast, mit den 7 Millionen, die wir durch den Finanzausgleich mehr bekommen. Dr. Schmidl und ich haben uns ausgerechnet, daß es vier, maximal fünf Millionen sein werden. Sollten es sieben werden, würden wir uns sehr freuen, aber wir zweifeln daran.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich habe Dir erst die genaue Zahl gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zur Budgetwahrheit hast Du auch einiges erwähnt. Lieber Freund Eichhübl ich darf Dir sagen, wir haben im Jahre 1984 z. B. Nachzahlungen bekommen im Ausmaß von 10,8 Millionen Schilling, womit wir wirklich nicht rechnen konnten. Oder z. B. 3,7 Millionen mußten wir weniger an den Reinalteverband abgeben, weil eben der Baufortschritt nicht ganz so war wie geplant. Wir haben das Budget 1984 im Spätherbst 1983 erstellt und erinnere Dich daran, wie die damalige Wirtschaftslage war. Natürlich haben wir die Lohnsummensteuer und die Gewerbesteuer vorsichtig präliminiert und es ist erfreulich, daß in diesem Jahr sich die Sache zum Positiven entwickelt hat und das sind eben dann die Mehreinnahmen. Bei den Ausgaben gibt es auch Dinge, die man präliminiert und dann nicht ausgeben kann. Ich denke z. B. an die Müllabfuhr. Wir wollten in diesem Jahr bereits die Sanierung unserer Mülldeponie durchführen, und es ist nicht unsere Schuld, daß wir das nicht machen konnten.

Du hast gesprochen von der Reprivatisierung von Gemeindeaufgaben, um Personal einzusparen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Personaleinsparung, das war nicht dabei!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Du hast das nicht wortwörtlich gesagt, sondern so ungefähr, wir müssen Personal einsparen. Die Stadt soll einen Teil ihrer Aufgaben wiederum in Privathände geben.

Die Stadt soll halt einen Teil ihrer jetzigen Aufgaben in Privathände abgeben. Gleichzeitig darf ich aber sagen, kommst Du mit der Forderung, die Gemeinde soll für ältere Leute, für kranke Leute, die Haustour übernehmen, soll die Gehsteigreinigung usw. übernehmen. Im nächsten Augenblick verlangst Du aber von der Gemeinde, daß wir zusätzlich Personal einsparen sollen. Mit dem jetzt vorhandenen Personal ist Deine Forderung aber bestimmt nicht möglich, wir müßten ca. 10 - 15 Leute zusätzlich aufnehmen. Darin sehe ich einen sehr starken Widerspruch

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich muß da etwas richtigstellen. Ich habe gesagt, daß Personalaufstockungen in verschiedenen Bereichen durchaus berechtigt sind, z. B. beim Wirtschaftshof, der den Winterdienst sichert. Ich sehe hier keinen Widerspruch.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Dann mußt Du mir aber sagen, wo wir einsparen könnten. Ich kann mir Einsparungen am Personalsektor sehr schwer vorstellen zu einer Zeit, wo wir dauernd neue Aufgaben dazubekommen. Wenn ich darand denke, daß wir das Zentralaltersheim ausgebaut haben und die Pflegeabteilung, da braucht man eben zusätzlich Personal. Die Kläranlage zum Beispiel, da brauchen wir allein dafür nächstes Jahr zusätzlich 10 Leute. Das kann man, glaube ich, nicht privat vergeben, das muß man schon selbst machen.

Zu Kollegen Trembl, er hat die Verschuldung unserer Stadt und die schwierige finanzielle Lage erwähnt. Du hast recht, darüber gibt es keinen Zweifel, aber zugleich ist interessant, daß Du von der Stadt verschiedene Ausgaben forderst, und zwar zusätzlich in Millionenhöhe. Ich habe es hier schon öfter erwähnt, die 5 Millionen Schilling, die Du verlangst für die Enttarnung von Münichholz, der Standpunkt unserer Gemeinde ist halt der, nachdem die Wohnungen in Münichholz von den Steyr-Werken vergeben werden, dann müßten auch die Steyr-Werke dazu einen Zuschuß geben. Wir haben seinerzeit schon erwähnt, wenn die Steyr-Werke dazu einen Zuschuß gibt, so sind auch wir bereit, einen Beitrag zu leisten.

BMW-Förderung, Du kritisierst das. Ich habe als Finanzreferent auch keine Freude, wenn wir denen so viel Geld geben, aber auf der anderen Seite muß man eines feststellen, es sind derzeit rund 1400 Leute bei BMW beschäftigt, ungefähr die Hälfte davon sind Steyrer. Wenn wir dieses Werk nicht hätten, würde es auf diesem Gebiet schlechter ausschauen. Das heißt, wir hätten in Steyr mindestens um 700 Arbeitslose mehr.

Du hast den Grundankauf in der Ennsner Straße kritisiert im Jahre 1983, ich weiß, das war ein harter Brocken für uns. Aber warum haben wir das gemacht? Wir haben es gemacht, damit wir hier in Steyr wenigstens den Versuch unternehmen, Betrieben die Möglichkeit zu geben, sich hier anzusiedeln. Wenn wir in der Au einen Grund gekauft hätten, damit wäre sicher keine Betriebsansiedlung möglich gewesen. Wie wichtig die Betriebsansiedlung ist, das sieht man daraus, daß, obwohl die Steyr-Werke in letzter Zeit über 600 Leute aufgenommen haben, die Arbeitslosenziffer fast unverändert geblieben ist. Das unterstreicht wiederum das, was ich bezüglich BMW gesagt habe.

Kollege Trembl und Kollege Eichhübl, das kommt ja alle Jahre wieder und dazu muß ich doch etwas sagen, und zwar sind das die Einsparungen bei den Politikerbezügen. Ich darf feststellen, das ist ja auch Euch bekannt, daß wir in Steyr verglichen mit anderen vergleichbaren Städten niedrig bezahlt werden. Wir werden sogar unter dem Durchschnitt bezahlt. Du hast auch gesagt, die Einnahmen eines Politikers sollen in vertretbarem Ausmaß sein zu dem Einkommen eines Arbeiters. Wir haben vor kurzem einen Besuch gehabt, und zwar den Oberbürgermeister von Plauen. Bei einem gemütlichen Beisammensein wurde auch über dieses Thema gesprochen. Dabei wurde erwähnt, daß kein Politiker eine 40-Stunden-Woche hat. Der Oberbürgermeister von Plauen meinte, er habe eine 43-Stunden-Woche, ich konnte ihm nur erwidern, daß ich durchschnittlich eine 80-Stunden-Woche habe. Ich verdiene netto nicht ganz das Zweieinhalbfache eines normalen Arbeiters. Entscheidend ist ja, was ich netto bekomme. Ich arbeite aber dafür nicht 40, sondern 80 Stunden und eine gewisse Verantwortung habe ich dabei auch zu tragen.

Kollege Hochrath, Du hast recht, wir werden, wenn wir die Mülldeponie im kommenden Jahr sanieren, darangehen müssen, die Zufahrtsstraßen entsprechend auszubauen. Da hast Du sicherlich recht, das muß bestimmt gemacht werden. Was die Mülldeponie selbst anbelangt, darf ich eines feststellen, daß wir sicher bei der neueröffneten Deponie sehr pfleglich umgehen werden. Es wird ein Müllcompacter anzuschaffen sein, wir werden auch entsprechende Auflagen bekommen und wir werden natürlich alles unternehmen auch gegen die Luftverschmutzung. Wir werden also alles unternehmen, was den Umweltschutz betrifft.

Kollege Schloßgangl, ich kann das unterstreichen, daß Steyrdorf nur dann wieder richtig belebt wird, wenn es uns möglich ist, daß wir dorthin Leute bringen. Die Sanierung der Wohnung ist das entscheidende.

Der Beitrag von Kollegen Wallner war sehr lustig, und zwar das mit dem Specht.

Kollege Holub, Du hast mit Finanzen sehr viel zu tun aufgrund Deiner hauptberuflichen Tätigkeit. Auch ich habe keine Freude mit der Entwicklung der letzten 6 Jahre, was die Verschuldung anlangt, aber ich kann trotzdem noch sagen – das habe ich eingangs in meiner Rede schon erwähnt – verglichen mit den anderen Städten liegen wir noch nicht gar so schlecht. Aber Vorsicht ist sicherlich am Platz.

Ich hoffe, ich habe damit die meisten Beiträge beantwortet.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere heutige Sitzung und die soeben durchgeführte Diskussion über den Haushaltsvoranschlag 1985 bestätigen erneut das gute, sachliche Klima, welches bei uns hier im Rathaus vorherrscht. Die meisten Beiträge kann man wirklich als überaus sachlich bezeichnen. Natürlich gibt es bei einzelnen Punkten zum Teil auch sehr unterschiedliche Ansichten. Das ist verständlich, sitzen doch in unserem Gemeinderat immerhin vier politische Parteien. Daß es da nicht immer gleiche Meinungen gibt, ist klar. Ich danke Ihnen für die sachlichen Diskussionsbeiträge und danke im besonderen den Fraktionssprechern für die Zustimmungserklärungen zum Budget 1985. Es zeigt nicht nur von Toleranz und echtem Demokratieverständnis, sondern auch von hohem Verantwortungsbewußtsein für unsere Stadt und läßt uns für das kommende Jahr trotz der bevorstehenden Gemeinderatswahlen eine gute, sachliche Arbeit erhoffen. In diesem Sinne ersuche ich nun unseren Herrn Bürgermeister, die Abstimmung über meine beiden Anträge durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für sein Schlußwort. Meine Damen und Herren, in dieser Abstimmung ist auch der Antrag auf die 20 %ige Kreditsperre inbegriffen. Es ist ein Teil des Budgets. Wenn Sie diesen beiden Anträgen, dem Voranschlag 1985 und dem Beschluß einer Kreditsperre die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Enthält sich jemand der Stimme?. Danke. Es liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt, zur Bezugsregulierung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag lautet:

4) Präs-1137/84

Bezugsregulierung 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Abschnitt 1

Artikel 1

a) den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszahlungen in der Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1984 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen 1 und 2 angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und der Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a sinngemäß Anwendung, wobei die für die Linzer Vertragsbediensteten geltenden Ansätze nach Anlage 3 und 4 zur Auszahlung gelangen.

Artikel 2

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1984 um 4,7 v. H. erhöht.

Artikel 3

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1984 um 4,7 v. H. (= Va-

lorisierungsfaktor des Gehaltes von V/2) erhöht.

Abschnitt 2

Die von den Monatsbezügen und Sonderzahlungen sowie von dem Anspruch auf eine Nebengebühreuzulage begründenden Nebengebühren zu entrichtenden Pensionsbeiträge werden vorgriffsweise bis zur entsprechenden Novellierung des § 65 des StGBG bzw. des § 3 des OÖ. Nebengebühreuzulagengesetzes um 0,5 v. H. erhöht.

Abschnitt 3

Die Bestimmungen des Abschnittes 1 und 2 treten am 1. 1. 1985 in Kraft.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben diesen Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ich nichts dazu sagen würde, würde in der Zeitung stehen, er kritisiert zwar den Landtag, aber in Steyr sagt er selbst nichts. Wenn nichts drinnen steht, macht es mir auch nichts, denn ich glaube kaum, daß ich es notwendig habe, diese Frage, um populär zu werden, in den Vordergrund zu rücken. Diese Bezugsregulierung für 1985, wie erwähnt wurde, sieht eine Erhöhung von 4,7 % vor und damit ist diese Erhöhung für unsere Bediensteten wieder unter der Inflationsrate ausgehandelt worden. Das ist ja auch brutto, Kollege Wippersberger, netto kommt für die Bediensteten ja ein bißchen weniger heraus.

Ich möchte als Kommunist doch begrüßen, daß in der Stadt zumindestens mehr als die Hälfte der Bediensteten, darunter fallen natürlich auch die Arbeiter, einen Sockelbetrag bekommt von S 550,-, weil sie weniger Grundgehalt haben als 11.800,- Schilling, auch wiederum brutto gesehen. Diese Regelung, daß die schwächeren Einkommensbezieher - es sind immerhin ungefähr 400, ich weiß es nicht so genau, denn ich bin nicht so gut informiert über Personalfragen, weil ich in diesem Ausschuß kein Recht habe, teilzunehmen - profitieren, möchte ich begrüßen. Aber zu dieser Bezugsregulierung gehört natürlich auch, aufgrund der Landesbezügeverordnung, daß gleichzeitig mit dieser Erhöhung von 4,7 % auch die politischen Mandatäre mit einbezogen sind, die ebenfalls eine Bezugserhöhung ab 1. 1. 1985 von 4,7 % erhalten. Bei dieser Gehaltserhöhung geht es immerhin hier in Steyr bis zu S 6.500,- im Monat. Wenn ich hier etwas weiter gehe bis Linz und den Landeshauptmann anschau und seine Stellvertreter, so bekommen sie immerhin ungefähr so viel Erhöhung, wie das heutige Durchschnittseinkommen von S 7.000 - S 7.500,-. Hier scheint es mir, das muß ich nochmals unterstreichen, doch zu überhöhten Bezügen zu kommen. Besonders in einer Zeit, wo eben nicht nur dieses Mal unter der Inflationsrate abgeschlossen wird, sondern bereits in den letzten Jahren für die Arbeiter und Angestellten immer unter der Inflationsrate die Abschlüsse getätigt wurden. Daher ist es auch zu Gehalts- und Lohnverlusten gekommen. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, wir haben auch darüber heute schon gesprochen, schaut es so aus, daß überall gespart werden muß, weniger Finanzmittel vorhanden sind und wenn ich mir anschau, wie die Parteienfinanzierung aussieht der drei im Parlament vertretenen Parteien, dann sieht es so aus für 1985, daß hier eine Erhöhung vorgenommen wird auf 1/4 Milliarde Schilling. Dazu, wenn ich die Länder mit einbeziehe, kommt heraus ungefähr 600 Millionen Schilling. Es gibt auch eine Neuregelung. Ich möchte Genossen Eichhübl, weil er sich oft gibt wie ein Regierungssprecher, weil sie in der kleinen Koalition sind, doch zu Gemüte führen - er tut manchmal so, als wäre er schon Bürgermeister, denn er bedankt sich sogar schon bei den Beamten für die gute Arbeit usw. Aber lassen wir die Witze beiseite. Kollege Eichhübl hat die Kritik besonders hervorgehoben der Stadtratpensionen und da möchte ich

ihm sagen, daß seine Herren mitentscheidend waren bei der Beschlußfassung im Parlament – sie sind es natürlich auch im Land, bei der Parteienfinanzierung – daß sie den Sockelbetrag von 6 Millionen Schilling für jede Partei um 8 Millionen Schilling auf 14 Millionen Schilling erhöht haben. Das ist wiederum ein schönes kleines Geschenk für die kleine FPÖ, weil die schneidet aufgrund einer solchen Regelung besonders günstig ab.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es freut mich, daß Du mich so hoch einschätzt, daß ich da etwas ändern kann.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Du kannst ja dann in Deiner Partei dementsprechend Einfluß nehmen, daß sie solche Dinge nicht machen, sonst verläßt Du sie.

Das war es eigentlich, was ich damit sagen wollte, daß ich mit meiner Zustimmung für die Bezugsregulierung für die Beamten nicht gleichzeitig die Zustimmung gebe zur Bezugsenerhöhung um 4,7 % der Politikerbezüge.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand dazu das Wort?

Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind?

Danke, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Vizebürgermeister Fritsch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit glaube ich, kann ich mit Ihrer Zustimmung rechnen, daß ich Ihnen den Antrag äußerst verkürzt zum Vortrag bringe.

Der Antrag lautet:

5) K-19/84

Fassadenaktion 1984 – III. Abschnitt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 28. 11. 1984 wird der Abwicklung der Fassadenaktion 1984 – III. Abschnitt, entsprechend der im genannten Amtsbericht enthaltenen Aufstellung zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 381.900,-- (Schilling dreihunderteinundachtzigtausendneuhundert)

bei VSt 5/363000/778010 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 320.100,-- (Schilling dreihundertzwanzigtausendeinhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte Sie auch im Interesse des Steyrdorfes, es handelt sich immerhin um 9 Objekte in diesem Bereich, um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich eine Gegenstimme? Auch nicht, dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Fritsch, nächster Berichterstatter ist Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Antrag lautet:

6) GHJ1-7673/84

Ankauf einer Waschmaschine und eines
Wäschetrockners für das ZAH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V, ZAH, vom 27. 11. 1984 wird der Auftrag zur Lieferung eines Schulthess Wäscheschleuderautomaten, Type SE 42 HÖ zum Preis von S 374.832,- sowie eines Schulthess Hochleistungskipptrockners, Type T 246 HÖ zum Preis von S 198.858,50 an die Firma Schulthess, Wien, Franz Josefs Kai 31, übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 573.800,- (Schilling fünfhundertdreißigtausendachthundert)

bei der VSt 1/420000/0403000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben diesen Antrag gehört. Gibt es dazu Meinungsäußerungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einsprüche oder Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke für den Bericht. Anstelle von Kollegen Feuerhuber darf ich Kollegen Pimsler ersuchen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PISML anstelle des abwesenden Stadtrates Feuerhuber:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen folgenden Antrag zum Vortrag bringen:

7) Bau3-1240/81

Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße; Entschädigung für Grundeinlöse, Bewuchs und diverser Bauten sowie der Honorarnoten für die Sachverständigen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 11. 1984 wird im Zusammenhang mit dem Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße der Auszahlung der Entschädigungen für Grundeinlösen, Bewuchs und diverse Bauten sowie der Begleichung der Honorarnoten für die beigezogenen Sachverständigen in Höhe von insgesamt S 3,869,726,10 zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 1,000.000,- (Schilling eine Million)

bei VSt 5/616000/002300 und ein Betrag von

S 2,870.000,- (Schilling zwei Millionen achthundertsiebzigtausend)

bei der VSt 5/612000/002190 freigegeben.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen oder enthält sich jemand der Stimme? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für den Bericht und bitte nun Kollegen Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie um die Zustimmung zum Ankauf eines Steyrer Stadtbusses für den städtischen Verkehrsbetrieb bitten. Der Antrag lautet:

8) ÖAG-7206/84

Stadtwerke

Ankauf eines Steyrer Stadtbusses für den
städtischen Verkehrsbetrieb.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 9. 11. 1984 wird der Auftrag zur Lieferung eines Steyr-Linienbusses SS 11-HUA 250 an die Steyr-Daimler-Puch AG zum Preis von S 1,871.021 exkl. UST übertragen.
Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wortmeldungen sehe ich keine. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall, auch hier liegt Einstimmigkeit vor.
Ich danke Kollegen Steinmaßl und bitte nun Kollegen Wallner um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen einen Antrag des Stadtsenates zum Vortrag bringen:

9) Bau3-1501/72

Baulos Märzenkellerumfahrung; Eisenstraße km 20.69 bis km 22.53; Kostenbeitrag der Stadt Steyr - Schlußzahlung; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 2. 4. 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 10. 1984 wird der Ausbezahlung des Schlußrechnungsbetrages in Höhe von S 2,266.661,80 des Kostenbeitrages der Stadt Steyr für die Errichtung des Bauloses Märzenkellerumfahrung zugestimmt.

Unter einem wird der im zitierten Amtsbericht unter Punkt 1 b) angeführten Verbreiterung der Damberggasse von der Schönaauerstraße bis zum Arbeiterberg als dritte Fahrspur zum Betrag von S 703.542,56 nachträglich zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,300.000,-- (zwei Millionen dreihunderttausend)

werden bei VSt 5/610000/770020 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

Letzter Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werter Gemeinderat, ich darf Ihnen den letzten Antrag des Jahres 1984 vorbringen.
Er lautet:

10) ÖAG-6141/76

ÖAG-1419/84

Verkauf eines weiteren Gewerbegrundstückes an Günter Hittinger und eines
Gewerbegrundstückes an die Fa. Braunschmied GesmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf

a) eines ca. 1.850 m² großen Grundstückes aus Parzelle 1/3 Kat. Gem. Hinterberg zuzüglich eines Straßenanteiles von ca. 110 m² zum Preise von S 260,-/m² an Herrn Günther Hittinger, Transportunternehmer, Steyr, Haager Straße 30 - 32;

b) eines ca. 2.600 m² großen Grundstückes aus Parzelle 1/3 Kat. Gem. Hinterberg zuzüglich eines Straßenanteiles von ca. 170 m² zum Preise von S 260,-/m², davon jedoch ca. 500 m² zum Preise von S 156,-/m² an die Fa. Braunschmied GesmbH, Garsten, Herrenweidestraße 32, wird zugestimmt.

Der Verkauf erfolgt in beiden Fällen zur Errichtung einer gewerblichen Betriebsanlage auf den Kaufobjekten innerhalb von 3 Jahren. Der Kaufpreis ist im Falle

a) infolge der Grundstücksgröße in 5 gleichen Jahresraten, im Falle

b) in 3 gleichen Jahresraten,

in beiden Fällen zinsenlos, jedoch unter Vereinbarung einer Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex zu bezahlen. Die Ratenzahlungen sind ab Vertragsabschluß zu leisten. Der Kaufpreisrest ist auf den Kaufobjekten pfandrechtlich sicherzustellen. Weiters haben die Käufer der Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches einzuräumen und sämtliche mit dem Kauf und der Vermessung verbundenen Kosten zu tragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Fragen? Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenprobe? Keine gegenteiligen Auffassungen.

Ich danke für diesen Bericht.

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde und ich frage die sozialistische Fraktion, ob sie eine Wortmeldung dazu wünscht? Keine Wortmeldung gewünscht. ÖVP? Keine. FPÖ? Keine Wortmeldung. KPÖ? Ebenfalls keine Wortmeldung.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer letzten Sitzung im heurigen Jahr angelangt. Ich darf Ihnen wie immer bekanntgeben, daß Sie Beschlüsse im Ausmaß von 9.572.000 Schilling in dieser heutigen Sitzung gefaßt haben.

Meine Damen und Herren, es sei mir doch gestattet, Ihnen am Schluß zu danken für die Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr. Wir kommen in diesem Forum erst wieder im Jahre 1985 zusammen. Ich glaube - das wurde heute mehrmals betont - daß eine sachliche Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr zum Wohle der Stadt Steyr hier abgelaufen ist. Ich möchte allen Fraktionen dafür sehr herzlich danken und darf auch den Fraktionsobmännern und Fraktionssprechern für die mir übermittelten Wünsche ebenfalls den herzlichsten Dank sagen. Ich darf Ihnen allen anläßlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage alles Gute wünschen. In diese Wünsche schließe ich natürlich die Beamtenschaft in ihrer Gesamtheit mit ein, ich danke auch Ihnen für Ihre Mitwirkung an den vielen Diensten, die wir für unsere Bevölkerung zu erfüllen gehabt haben.

Ich wünsche frohe Festtage im Kreise der Familie und für 1985 Erfolg und persönliches Wohlergehen.

Zum Schluß der Sitzung, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, meine Gäste zu sein. Wir treffen uns im Casino. Diese Einladung darf ich auch für die Presse und die anwesende Beamtenschaft aussprechen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19.45 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK. Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Franz Mayr e. h.

Friedrich Reisner e. h.